D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 88
Mai '77 DM 1,80

monstration gegen Atomkraftwerke am 19.2.1977 in Itzehoe

Heinz Brandt und der Atomfilz

n 19.2.77 erklärte der pensionier- Redakteur der Gewerkschafts- itung "metall", Heinz Brandt, auf r Itzehoer Kundgebung gegen n Bau des Atomkraftwerks Brok- rf: "Seit Hiroshima wissen wir – s das ist – der Atompilz. Es t aber auch den Atomfilz ... Un- Atomfilz verstehe ich den reich zahlten Gewerkschaftsbürokra- , der im Konzernaufsichtsrat und nzernvorstand mit den Managern r Atomindustrie gemeinsame che macht, der mit der Atom- by unter einer Decke steckt, r mit ihr widerlich verfilzt ist – unser aller Schaden. Er kommt n Lohnabhängigen mit süßen rten. Er ist es, der überall die ge verbreitet, den Schwachsinn, ß dies fehlgeleitete Wachstum n Arbeitsplatz sichert, daß ohne ese hochgepäppelte Energieform e Lichter ausgingen. Wir wollen s von diesen Atomfilzen, die- sen Arbeiterverführern, nicht den Verstand oder gar das Lebenslicht ausblasen lassen. Wenn solch ein Atomfilz den Mund öffnet, so fragt ihn, was er im Jahr einnimmt und ob ihm sein 300.000 DM Jahres- einkommen flöten geht, wenn er Euch – statt Flausen zu machen – die Wahrheit sagt."

In der Tat, es gibt ihn, den Atom- filz. Er war in den letzten Monaten vor der Itzehoer Kundgebung mäch- tig aktiv geworden. Ein Atomfilz ist z. B. der ÖTV-Bezirksleiter, SPD- Landtagsabgeordnete und Auf- sichtsrat der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NKW), Hans Schwal- bach. Er und andere Gewerk- schaftsfunktionäre der Kernindu- strie nutzen in inniger Kollabora- tion mit den jeweiligen Geschäfts- führungen die Furcht ihrer Kollegen vor Arbeitsplatzverlust zu pein- lichen Demonstrationen für die Kernenergieproduktion, nicht ohne bei dem einen oder anderen mit Drohungen nachzuhelfen: Im No- vember demonstrierten ca. 5000 KWU-Beschäftigte in Mülheim für den Bau von Atomkraftwerken, 1000 Beschäftigte der NKW in Brok- dorf, 1200 Beschäftigte der Inter- atom in Bensberg. Darüber hinaus sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen Hans Schwalbach und sei- ne Mitstreiter in den Konzernbe- triebsräten, bei Gewerkschafts- und Parteigremien, ja selbst der Bundesregierung für ihre Interes- sen intervenierten (s. "stern" vom 11.11.76 und FR vom 9.4.77).

Den Atomfilz hat niemand erfunden, seine Kritiker haben ihn vorgefun- den!

Nach der Itzehoer Rede beantrag- te die IG-Metall Berlin ein Aus- schlußverfahren gegen Heinz Brandt wegen seiner Atomfilz-Be- merkung in Itzehoe.

Daß der Antrag aus dem abgele-

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Jens Huhn: Atomfilz 1
Detlev Claussen: Buback 3
Hausdurchsuchungen in Frankfurt 4
Norbert Müller: Rechtsfront 4
Groenewold-Prozeß 5
Heide Erd-Küchler: Muttertag 6
Egbert Jahn: SPD und Abrüstungskomitee 9
Funke/Janssen/Kremer: Juso-Kongreß 10
Gespräch mit Wolfgang Jüttner 12

Politische Biographien

Josef-Maria Metzke: Drum bin ich rot geworden ... 16
Oskar Negt: Für Fritz Lamm 20

"Realer Sozialismus"

Soz. Osteuropakomitee: Brief aus Prag 7
SZ Tübingen: Kritik der Sowjetgesellschaft 13

International

J. Brandts/M. Gotthelf: Spanien vor der Wahl 8
D. Claussen/H. Grün: Jugendrevolte in Italien 23
Cesarina Girasol: Zur Situation in Portugal 27

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

kommentare

FORTSETZUNG VON SEITE 1

genen Berlin kam, macht stutzig, und es drängt sich der Verdacht auf, daß die Berliner Atomfilze der Siemens, Mutter des KKW-Baumeisters KWU, bei dem Antrag Pate standen.

Allerdings bestand zunächst kein Anlaß, den Berliner Antrag anders zu bewerten als einen vereinzelten Vorstoß einiger nervös gewordener ertappter Funktionäre. Trotz aller spektakulären Aktivitäten der Filze war keineswegs zu übersehen, daß die Gewerkschaften in der Atomfrage gespalten sind und Heinz Brandt in Itzehoe zu Recht für sich in Anspruch nahm, für zahlreiche Atomgegner in den Gewerkschaften auf der Kundgebung zu sprechen. Ganz sicher nämlich haben sich zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder in letzter Zeit an den Anti-KKW-Demonstrationen beteiligt. Auch haben viele Gewerkschaftsgremien inzwischen offen gegen die Kernenergieproduktion Stellung genommen.

Selbst bei den Gewerkschaftsspitzen war man sich zunächst noch in der Beurteilung der Anti-KKW-Bewegung und der Kernenergieproduktion nicht völlig einig. Eindeutig für die Atomenergie sprachen sich vor allem die Vorsitzenden der Gewerkschaften aus, deren Mitglieder unmittelbar am Bau der Atomkraftwerke beteiligt waren, so die Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, IG Metall und IG Bergbau + Energie. Vorsichtiger äußerten sich die Vorstände der IG Druck und Papier oder auch der Holzarbeitergewerkschaft (s. dazu "express" 4/1977). Zu einer eindeutigen Stellungnahme gegen den Bau von Atomkraftwerken allerdings konnte sich keiner der Spitzenfunktionäre durchringen, obwohl die Tatsache, daß die Kernenergieproduktion nicht nur gesundheitsgefährdend für die Bevölkerung ist, sondern auch politisch unübersehbare Konsequenzen im In- und Ausland hat, nach der Traube-Affäre und dem Brasiliengeschäft selbst den Wachstumsfetischisten in den Gewerkschaftsvorständen nicht verborgen geblieben sein konnte. Anfang April legte dann der DGB eine einheitliche Haltung der Gewerkschaftsspitze zur Frage der Kernenergie fest: Die Kernenergiegewinnung sei nicht ungewöhnlich gefährlich, die bestehenden Bauvorhaben müßten zügig zu Ende geführt werden. Weitere Genehmigungsverfahren sollten bis zur Lösung des Entsorgungsproblems nicht zum Abschluß gebracht werden.

Unter dem Einfluß der Pro-Atom-Lobby im eigenen Haus und der Bundesregierung vermochten sich die DGB-Spitzenfunktionäre noch nicht einmal zu einer Haltung durchringen, die sie etwa gegenüber der Rüstungsproduktion einnehmen: daß nämlich Rüstung nicht etwa zu begrüßen sei, nur weil sie Arbeitsplätze schafft.

Der DGB-Beschluß war ein klarer Punktsieg der Filze. Sie waren allerdings offenbar noch nicht zufrieden. Wie man hört, lädt der KWU-Betriebsrat zu einer Betriebsräteversammlung ein, die sich für die Realisierung aller Kernkraftvorhaben ohne Verzögerung und Einschränkung aussprechen soll. Dies geschieht wohl nicht zufällig zur Zeit der SPD-Energiekonferenz. Mit dem DGB-Beschluß und den möglichen Resolutionen der Betriebsräte hat die Bundesregierung kräftige Knüppel gegen die Atomgegner in den eigenen Reihen in die Hand bekommen. Ganz sich wird man sie im Verlauf der w teren Auseinandersetzungen au schwingen.

Angesichts der erfolgreichen Fi offensive ist es sicher kein Zufa wenn in dieser Woche der IG M tall-Vorstand den Berliner Antr gegen Heinz Brandt gebilligt h Die Einleitung eines Verfahrens g gen ihn signalisiert, daß man n offenbar gewillt ist, den Beschli sen auch administrative Maßna men gegen Atomkraftgegner in d Gewerkschaften folgen zu lass Ein Konflikt unter den zahllos

Zur Person

Politische Repression und Verfolgung erlebte Heinz Brandt in den vergangenen Jahrzehnten in verschiedener Weise. Wegen seiner kommunistischen Aktivitäten in der Weimarer Republik wurde er von 1939-1945 durch die Zuchthäuser und Konzentrationslager der Nazis geschleift – nur durch einen glücklichen Zufall entging er den Gasöfen. Nach 1945 beteiligte er sich mit Entschiedenheit und politischem Elan am Aufbau eines antifaschistischen, sozialistischen Deutschland. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 und die Tatsache, daß der 20. Parteitag der KPdSU in der DDR zunächst ohne die erhofften Folgen einer politischen Liberalisierung blieb, führten zum Bruch mit der SED. 1958 verließ Heinz Brandt die DDR. In Westdeutschland arbeitete Heinz Brandt als Redakteur der Gewe schaftszeitung "metall". Seine besc dere politische Unterstützung galt de Sozialistischen Deutschen Studente bund (SDS) und den Arbeiterjuger verbänden, indem er durch akti Mitwirkung in der Schulungsarbeit sozialistische Orientierung in dies Organisationen förderte.

1961 wurde Heinz Brandt in die DD verschleppt. Die SED behauptete, sei ein Agent westlicher Nachrichte dienste, erbrachte jedoch nie ein Beweis für diese absurden Besch digungen. Aufgrund einer breit Solidaritätskampagne, die einerse von den Gewerkschaften und a dererseits von fast allen Organis tionen der damaligen Linken getrag wurde, entschloß sich der DD Staatssicherheitsdienst, Heinz Bra wieder frei zu lassen. Er war da wieder bis zu seiner Pensionieru als Redakteur bei "metall" tätig.

Denunziation

Ein Meisterstück denunziatorischen Verhaltens gegenüber Heinz Brandt bietet die DKP-nahe Zeitschrift "Rote Blätter".

Dort heißt es: "Dabei kann die Bundesregierung bei ihren Spaltungsmanövern auf Provokateure aus ihren eigenen Reihen zurückgreifen. Auf der Itzehoer Großkundgebung erfüllte der ‚das da'-Starautor Heinz Brandt dieses Geschäft. Anstatt die Profitgier der Energiekonzerne anzugr fen, hatte der pensionierte Gewe schaftsfunktionär nichts besseres tun als die Gewerkschaften zu b schimpfen: ‚Unter Atomfilz (Wortsp des Redners zu Atompilz, F.H.) v stehe ich den reichbezahlten Gewe schaftsbürokraten ...' " (Ende des tats!

Moral: Es ist schon mies, was m in Sachen Atomenergie von der hört, die glauben, daß die Kernen gie in der Hand des Volkes weni radioaktiv sei.

Solidarität

Aus einem Flugblatt von Gewerkschafts-Kollegen

Heinz Brandt soll aus der IG Metall ausgeschlossen werden. Wir meinen: Solche willkürlichen Praktiken von Gewerkschaftsvorständen und Gewerkschaftsverwaltungen müssen unmöglich gemacht werden. Sie sind aber solange möglich, wie durch die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – die wie gewerkschaftsinterne "Extremistenerlasse" gehandhabt werden – unliebsame Kritiker mundtot gemacht werden sollen. Dies geschieht fortwährend auch in anderen Gewerkschaften, wie IG Metall, ÖTV, GEW u. a. Das Verhalten vieler Vorstände in diesen Fällen wird abgesichert durch die Verbreitung der Behauptung, daß es für die Notwendigkeit der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und deren Handhabung eine "na- hezu geschlossene Übereinstimm ... unter den 7,5 Miilionen Mitglied in den DGB-Gewerkschaften" gä So Heinz-Oskar Vetter und Erich ster (Vorsitzender der GEW) in DGB-Broschüre "Informationen ü extremistische Gruppen", Nr. 3. Praxis von Gewerkschaftsausschl verfahren im Fall Heinz Brandt und len anderen zeigt aber, daß di Praxis gründlich überdacht und Unvereinbarkeitsbeschlüsse wie abgeschafft werden müssen. Wir dern: Einstellung des Ausschlußv fahrens gegen Heinz Brandt! Absch fung der Unvereinbarkeitsbeschlüs Franz Möbius, Betriebsratsmitgl IG Metall; Karl-Heinz Lach, Vorsitz der des DGB-Ortskartells Bruchkö Gewerkschaft Gartenbau, Landw schaft und Forsten; Manfred Ha Mitglied des Bezirksvorstands der Druck und Papier; Gaby Jesch Personalratsmitglied, ÖTV; Hei Nitzschke, Vertrauensmann an Gesamtschule Bruchköbel, GEW.

Konflikten, die sich aus einer solchen Politik ergäben und die Gewerkschaften schweren Zerreißproben aussetzen müßten, ist heute bereits absehbar. Heinz Brandt ist u. a. auch Mitglied des Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier. Sollte er aus der IG Metall herausfliegen, wäre er auch aus dem VS ausgeschlossen. Ob sich der Schriftstellerverband, dem viele Atomkraftgegner angehören, dies gefallen ließe, ist sehr fraglich.

Angesichts dieses Umstandes ist es irritierend, wenn der IG Metall-Vorstand Heinz Brandt nicht nur eine Atomfilz-Bemerkung anlastet, sondern auch die Unterschrift unter einem Inserat in einer Berliner Tageszeitung, in dem sich die Unterzeichner gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW wenden. Immerhin gehören zu den Unterzeichnern neben ihm die VS-Vorstandsmitglieder Ingeborg Drewitz, die damit also auch des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens verdächtig ist. Ob dies einfach taktisches Ungeschick oder Vorbereitung auf einen großen Konfliktfall ist, wird sich erst noch zeigen müssen.

Inzwischen soll Heinz Brandt zu einer Stellungnahme aufgefordert werden. Wozu sollte er Stellung nehmen? Zu der Kernenergie hat er Stellung genommen, zur Gewerkschaftshaltung in dieser Frage auch. Stellung nehmen könnte er höchstens noch zum Beschluß des IG Metall-Vorstandes. Was wäre aber dazu anderes zu sagen, als daß er höchst gewerkschaftsschädigend ist.

JENS HUHN

Die „Gerechten" in Karlsruhe

Rächer und Gerechte

Was revolutionärer Krieg ist – und das werden Bullen wie Buback nie begreifen – ist die Kontinuität, die Solidarität, die Liebe, die die Aktion der Guerilla ist." (Brief an taz des "Kommando Ulrike Meinhof", nach FAZ, 14.4.77). Nicht nur Tote, sondern auch andere werden nicht begreifen, was revolutionärer Krieg ist, wenn die Aktion vom 7.4.1977 eine revolutionäre Kriegshandlung gewesen sein soll. In dem zitierten Brief heißt es weiter: "Für 'Akteure des Systems selbst' wie Buback findet die Geschichte immer einen Weg. Am 7.4.77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet." Die Täter, die sich anmaßen, Vollstrecker der Geschichte zu sein, haben am 7.4.77 von einem Motorrad mit einer Maschinenpistole nicht allein Buback, sondern auch den Fahrer und einen Justizhauptwachtmeister getötet. Die Tat gegen Buback war Racheakt, der Tod der anderen, die in dem Brief nicht erwähnt werden, war anscheinend ein Nebenprodukt der zitierten "Liebe, die die Aktion der Guerilla ist". Diese Aktion hat wirklich Kontinuität: die Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern gehört zur Praxis eines Kampfes, der Tote braucht, um seine bloße Existenz zu beweisen. Daran ist nichts revolutionär. In der Gegenwart gibt es revolutionäre Kriege, die als antiimperialistische Befreiungskriege zuletzt in Angola und Mozambique die Welt verändert haben. Die antiimperialistischen Befreiungskriege haben sich Solidarität in aller Welt erworben, weil sie durch die Praxis in der Wahl ihrer Mittel und der Artikulation ihrer Ziele ihre menschliche Überlegenheit gegenüber imperialistischer Unterdrükkung unter Beweis gestellt haben.

Was revolutionär ist, wird in der Praxis entschieden. Dieses Attentat als Form der Praxis, die Maschinenpistole als Mittel, das In-Kauf-Nehmen von unbestimmten Opfern, Hinrichtung als Legitimation, Rache als Motiv darf für uns die Alternative Solidarität oder Distanzierung gar nicht erst aufkommen lassen. Sie wählen nicht nur andere Mittel, sondern sie haben ganz andere Ziele, und deswegen wählen sie diese Mittel. Wesentlich für sie ist der Beweis der Kontinuität ihrer Praxis, koste es, was es wolle. Diese Kontinuität hat keinen sozialrevolutionären Inhalt.

Das verändert auch ihren Begriff der Solidarität: sie wollen eine Solidarität, die bedingungslose Unterwerfung unter ihre Strategie ist. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns – das ist die Verkehrung der gemeinsamen Leidenserfahrung der Unterdrückten und des daraus resultierenden möglichen gemeinsamen Kampfes in In-Group-Bewußtsein. Die propagierte Liebe ist nur ein Gruppengefühl, das niemand anderem zugänglich ist als vielleicht ihnen selbst. Ihre Praxis schließt sie nach außen ab; sie wollen sich nur selbst behaupten; d. h. sie wollen gar keine wirkliche Solidarität, weil sie sich als selbsternannte Vollstrecker der Geschichte absolut setzen und in ihrer Logik jede Kritik nur "konterrevolutionär" sein kann.

Eine Aktion, die nur auf den Tod zielt und bloß Rache als Motiv besitzt, hat keinen gesellschaftsverändernden Anspruch. Deswegen ist es für sie auch egal, ob Buback oder andere mit ihm sterben. Buback, nach ihren Erkenntnissen "Akteur des Systems selbst", warum sollte er getötet werden? Jeder weiß, daß man eine gesellschaftliche Funktion nicht beseitigt, indem man einen Funktionsträger tötet. Für sie ist nur wichtig, daß man einen Funktionsträger töten kann, nicht, wie man die Gesellschaft verändert. Sie bekämpfen den "Staat", mit Mitteln, die, wenn sie nicht schon moralisch zu verurteilen wären, auch noch die absolute Erfolglosigkeit verbürgen, wenn sie an Kriterien gesellschaftsverändernder Politik gemessen werden. Sie beziehen sich nicht auf Kräfte der Gesellschaftsveränderung, die sie durch ihre Aktion von der Möglichkeit eines besseren Lebens überzeugen wollen, sondern sie operieren mit Verunsicherung und Angst, die das Bewußtsein der Beherrschten zur Identifikation mit den Beherrschern verdreht. Moral ist keine abstrakte Frage, sondern der Erfolg gesellschaftlicher Emanzipation hängt wesentlich von der Kombination einer überlegenen Moral der Gesellschaftsveränderer und einer richtigen politischen Strategie und Taktik ab. Die Anforderungen, die an eine gesellschaftsverändernde Praxis gestellt werden, sind der Natur der Sache nach höher als die Ansprüche an herrschende Praxis. Wer das nicht begreift und wem die Wahl der Mittel egal ist, praktiziert Selbstisolation, die zur eigenen Entmenschlichung führt.

Diese Selbstisolation läßt dem Bundeskanzler die Gewißheit: "So läßt sich der Rechtsstaat nicht aus den Angeln heben." Er hat recht, Buback ist verwundbar, der Rechtsstaat nicht, er ist höchstens veränderbar. Die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Wochen, in der durch die verschiedenen Abhörskandale die Priorität der Staatsschutzpraxis vor der Rechtsstaatsideologie sichtbar wurde, haben gerade diese Veränderbarkeit bewiesen: die sich fortentwickelnde Tendenz der Bundesrepublik zum autoritären Staat. Der Hinweis auf den "Terror" ist eine selbstgerechte Kaschierung einer Entwicklung, an der alle parlamentarisch herrschenden politischen Kräfte mitgewirkt haben – seit Gründung der BRD. Verfassungsrechtliche Garantien und Freiheitsrechte hat man auch ohne eine einzige Bombendrohung eingeschränkt. Zweifellos

gibt es Leute, die die Gunst der Stunde nutzen wollen: "Die Diskussion über die sogenannten Abhörskandale, das scheinbare Engagement für die bedingungslose Gewährung sogenannter demokratischer Rechte an inhaftierten Terroristen, muten angesichts dieses heimtückischen, sorgfältig geplanten Anschlags gespenstisch an" (so die CSU-Landesleitung in München, Ostern 1977, nach dem Buback-Attentat). Das wirklich Gespenstische liegt jedoch vielmehr in der sofortigen Haftverschärfung für die schon im Hungerstreik befindlichen Stammheimer Gefangenen, die ohne großen Widerstand in der Öffentlichkeit durchgesetzt werden konnte. Und der sozialdemokratische Kanzler scheut nicht davor zurück, Gott anzurufen, um sich nicht Rechenschaft ablegen zu müssen darüber, was in dieser Republik vor sich geht: "Denn Terroristen sind nicht als Systemkritiker zu verstehen, die sich leider nur in der Wahl ihrer Mittel vergreifen, sondern sie sind Verbrecher, vor Gott wie vor den Menschen, und wer ihnen hilft, der leistet Beihilfe zum Verbrechen, und wer die Unfehlbarkeit politischer Dogmen oder Ideologien lehrt und daraus Rechtfertigung zu gewaltsamer Veränderung ableitet, er kann ein Wegbereiter sein, ohne dies zu wollen oder zu wissen."

Als Verbrecher wird niemand geboren, als Terrorist schon gar nicht. Daß die mißlungene Emanzipation der Bundesrepublik vom Faschismus, die Verteufelung jeder Gesellschaftsveränderung in der Periode des "Kalten Krieges", die autoritäre Durchsetzung von Wiederbewaffnung und Notstandsgesetzen, die Verteidigung der Gewaltpraxis des Völkermords in Vietnam durch "demokratische" Führer, die Blokkierung aller gesellschaftlichen Reformen und die rücksichtslose Aufhebung verfassungsrechtlicher Garantien, um bei der "Terrorismus"-Bekämpfung Massenstimmungen zu kanalisieren, immer wieder von neuem Menschen produziert hat, die an eine Veränderung in den von den parlamentarischen Parteien vorgeschriebenen Bahnen nicht mehr glauben, ist durch die selbstgerechte Verurteilung der Täter als "Verbrecher" nicht aus der Welt zu schaffen. Zu leugnen, daß die Täter von Karlsruhe politische Motive haben, hat nur Ablenkungsfunktion von der Tatsache, wie sich dieser Staat gegen jede gesellschaftliche Veränderung sperrt, die sich nicht mit der herrschenden autoritären Tendenz deckt. Die FAZ schreit schon an der richtigen Stelle auf: "Die Beschönigung der Gewalt, das Gerede vom 'zivilen Ungehorsam' als Druckmittel gegen den Staat, gehen vielfach einher mit der systematischen Denunzierung seiner Organe Polizei, Justiz und Verfassungsschutz als Rechtsnihilisten oder leichtfertige Verletzer von Grundrechten." (FAZ, 14.4.77). Ein solcher Rundschlag soll alles erledigen, was den Status quo gefährdet. Diejenigen, die selbst den "Terror" propagieren und in der "Hinrichtung" Bubacks auch ausgeübt haben, sind im doppelten Sinne "Gesinnungstäter". Mittel und Ziel, Gesinnung und Aktion, stehen in einem dauernden Widerspruch, der sich in der Entmenschlichung der eigenen Praxis auflöst. "Gesinnung" ist ohnmächtig, wenn sich die Praxis allein an der vorgegebenen Gewaltstruktur orientiert. Der totale Verlust an politischer Argumentation, der in ihrem Brief zum Vorschein kommt, deutet darauf hin, daß sie schon selbst glauben und so sein wollen, wie sie in der herrschenden Öffentlichkeit dargestellt werden. In ihrer Ablehnung von Moral und Politik produzieren sie die Selbstgerechtigkeit mit, die Gesellschaftsveränderung als unmenschliche Skrupellosigkeit zu denunzieren trachtet.

Skrupellosigkeit hat aber die alten Terroristen – etwa die Kämpfer der Narodnaja Wolja im zaristischen Rußland – nicht ausgezeichnet. Die Struktur des Attentats, bei dem die Opfer gleichgültig sind, gehört einer anderen geschichtlichen Tradition an. Sie erleichtert den Angriff der Reaktion auf die Geschichte, wenn zum Beispiel ein Opfer des staatlich abgedeckten Terrorismus wie Rosa Luxemburg in eine "geistige" Terroristin umgedeutet wird, wie es der Kreisverband Frankfurt der Jungen Union getan hat, als er forderte, die Rosa-Luxemburg-Straße in Frankfurt in Siegfried-Buback-Straße umzubenennen (FAZ, 9.4.77). Die Attentäter von Karlsruhe, die sich als Rächer aufspielen, sind weit davon entfernt, Geschichte zu machen. Die selbstgerechten Vertreter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung benutzen sie, um ihre Tagespolitik zu machen, die weitergehende Folgen hat: hinter dem Angriff auf die Geschichte steckt der Versuch, den Weg in eine bessere, menschenwürdige Zukunft zu verbarrikadieren.

Die Gerechten, die auf das staatliche Gewaltmonopol pochen un um die Unverwundbarkeit von In stitutionen wissen, konzentriere sich darauf, gesellschaftliche Ve änderung als ungerechtfertigt un letztlich "kriminell" erscheinen z lassen. Daß die Rächer den Unte schied zwischen gesellschaftl cher Macht und Ausübung vo Gewalt ignorieren, wird sich a ihnen selber rächen. Auf der Eben des Militarismus haben sie d herrschenden Macht, als die s den Staat identifizieren, nur ihre Existentialismus entgegenzuse zen, der sie von den gesellschaf lichen Kräften isoliert, die sich bei Bewußtwerden ihrer Lage und b der Wahrnehmung ihrer Interesse eigene Kampf- und Artikulation formen schaffen. "Verherrlichun der Gewalt" aber steht einem so chen Emanzipationsprozeß nur i Wege, bei dem es um ihre A schaffung geht.

DETLEV CLAUSSE

Neues von der Rechtsfron

Am 23. April 1975 beantragte da Baden-Badener Komitee "Fre heit für Chile" beim Amt für Öffen liche Ordnung die Genehmigun einer Straßensammlung anläßli der Aktion "Unterstützung von po tischen Flüchtlingen aus Chile Dabei sollten 80% des Samme

Hausdurchsuchungen in Frankfurt

Der Mord an Buback wird vom Bundeskriminalamt zu einem erneuten massiven Vorstoß gegen linke Gruppen benutzt. Allein in Frankfurt sind nach dem bewährten Modell "erst bedächtigen und zuschlagen" und dann Verdachtsgründe konstruieren und produzieren, über 20 Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Die Betroffenen werden kriminalisiert, durch brutale Polizeigewalt eingeschüchtert, und darüber hinaus wurden die Eltern und Verwandten – teilweise in der Provinz – schokkiert und terrorisiert: die Sippenhaft reißt ein! Diese schon am Abend des Buback-Mordes blitzschnell (wahrscheinlich schon für den nächsten sich bietenden Anlaß vorgeplanten) laufenden Polizeiaktionen wurden unter "Gefahr im Verzug" durchgeführt, d. h. ohne alle rechtlichen Sicherungen (Durchsuchungsbefehl, Zeugen, Anwalt) und teilweise in Abwesenheit der Gesuchten. Rücksichtslos – und widerrechtlich – wurden sogar Nachbarwohnungen gefilzt. Die ungeheuerlichen Anschuldigungen gegenüber allen Betroffenen sind § 129 und § 211: die Bildung einer kriminellen Vereinigung und Mord. Verlauf und Ziel der Durchsuchungen weisen mittlerweile eindeutig darauf hin, daß die Abteilung Terrorismus und wohl auch der Verfassungsschutz an einer systematischen Informationserweiterung (Adressen, Telefonnummern) innerhalb politisch aktiver Jugendlicher interessiert waren. Die Betroffenen der Hausdurchsuchungen waren fast ausschließlich aktive Mitarbeiter in selbstverwalteten Jugendzentren in Frankfurt.

Im Zentrum des Angriffs auf Jugendhäuser steht das Jugendzentrum Bockenheim; das hat schon seine lange politische Geschichte: 1974 haben Jugendliche die Räume des jetzigen Jugendzentrums besetzt und sind durch eine brutale Polizeiräumung (251 Verhaftete) vertrieben worden. Die Verwurzelung der Initiative im Stadtteil, die Mobilisierung der Jugendlichen und Information der Bevölkerung haben dennoch 1975 zum Erfolg geführt: das Stadtjugendamt stellte die Räume zur Verfügung und unterstützte das selbstverwaltete Jugendzentrum, in dem auch Sozialarbeiter beschäftigt sind, mit monatlich viertausend Mark.

Nach dem Buback-Mord wurde dieses Jugendzentrum vom Bundeskriminalamt umgekrempelt: die gesamte Straße wurde abgesperrt (Schutz vor Aktionen der Jugendlichen), die Türen zertrümmert und die Einrichtung total verwüstet. Die Ausbeute bestand in Druckvorlagen für die vom Stadtjugendamt finanzierte Druckmaschine, in Videobändern, Filmen und Flugblättern.

Der Durchsuchungsanlaß und die Verbindung zum Buback-Attentat besteht in folgender Konstruktion: eine von den Jugendlichen gegründete Antirepressionsgruppe protestierte im Januar im Bundesgerichtshof Karlsruhe gegen die Nichtzulassung linker Anwälte und berichtete in der Jugendzentrumszeitung "Rhein-Main Terrorblättche Wach uff" von ihrer Aktion. In dem Bericht wurde unter anderem auch auf die Funktion des Präsidenten der Frankfurter Anwaltskammer Klaus Schmalz, auf den ein Sprengstoffanschlag verübt wurde, und die von Buback hingewiesen. Mehr nicht!

Dieser fadenscheinige Zusammenhang genügt, um alle namentlich bekannten Jugendzentrumsmitglieder (teilweise seit Monaten bis zu zwei Jahren nicht mehr aktiv) unter Mordverdacht zu stellen, Alibis zu fordern, sie zu verhaften und erkennungsdienstlich zu behandeln und die Wohnungen auszuräumen.

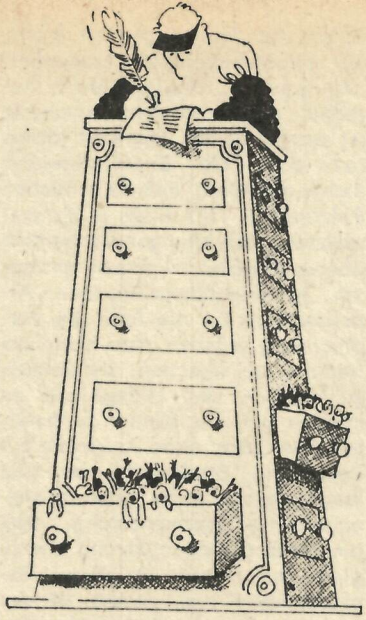
Dieses Vorgehen hat System und schon Tradition in Frankfurt. Nach der Meinhof-Demonstration im Mai 197 bei der ein Polizist durch einen Mol tow-Cocktail schwer verletzt wurd sind nacheinander Mordverdächti aufgebaut worden, um das Inform tionsnetz über die stark dezent organisierte Frankfurter Linke zu ve dichten. Die Mordanklage geg Gerhard Strecker (Kampagne vor de Pfingstkongreß) hatte eine ihrer Fun tionen darin, die Spontibewegu besser "kennenzulernen", und der u haltbare Mordverdacht gegen Gise Ickler, der erst vor wenigen Woch wieder fallengelassen wurde, hat de BKA viele Informationen und Ko taktadressen etc. (durch notwendi Entlastungs-Zeugenaussagen) a der heterogenen Frauenbewegu eingebracht.

Alarmiert durch den engagierten A wehrkampf gegen die Schließung d Jugendheime Zingelswiese und Z gelhüttenweg, versuchen sie nun die politische Substanz der selb verwalteten Jugendzentren heranz kommen. Für das Jugendzentru Bockenheim besteht aktuell die G fahr, daß Räume und Gelder e zogen und damit seine Existenz g fährdet wird. Gegen diese Versuc wird sich der Kampf der Jugendlich richten.

erlöses auf das Sonderkonto Prof. Wulff, Kennwort "Chile-Solidarität", Frankfurt, überwiesen werden. Am 29. April 1975 erteilte die Stadt Baden-Baden hierfür die Genehmigung, jedoch mit Auflagen, die einem Verbot der Straßensammlung gleichkommen:

- Im Zentrum wurde die Straßensammlung untersagt mit der Begründung, daß der Kurbetrieb nicht gestört werden dürfe.
- Die Überweisung des Sammelertrages auf das Frankfurter Chile-Solidaritätskonto wurde untersagt; es wurde angeordnet, daß der Sammelerlös für die Betreuung der im Landesaufnahmelager Rastatt ankommenden Chileflüchtlinge verwendet werden muß. Im Klartext: Überweisung des Sammelertrages in die Staatskasse des Landes Baden-Württemberg.

Nachdem der sofort eingelegte Widerspruch monatelang verschleppt worden war, entschied das Regierungspräsidium Karlsruhe am 10. Oktober 1975 (!) über diesen Fall. Das Sammelverbot im Stadtzentrum von Baden-Baden wurde aufgehoben. Offenbar war selbst im Re-



gierungspräsidium in Karlsruhe die intelligente Begründung für das Sammelverbot in der Innenstadt etwas zu abartig. Im übrigen wurde die Entscheidung der Stadtverwaltung Baden-Baden in vollem Umfang bestätigt. Am 10. November 1975 erhob das Chile-Komitee Klage dagegen beim Verwaltungsgericht Karlsruhe.

In dem Antrag der Stadt Baden-Baden, diese Klage abzuweisen, wurde als Begründung ausgeführt, daß eine "einwandfreie" Verwendung der Spendengelder nicht gewährleistet sei; daß nämlich auch Waffen davon gekauft werden könnten, um die "herrschende Militärregierung" zu bekämpfen. Denn, so der Antragstext, "ein solcher Kampf kann ... nicht nur durch moralische Unterstützung gewonnen werden."

Der Gedankengang ist bemerkenswert: Den Faschismus bekommt man ohne Waffen nicht weg, das Beschaffen der Waffen verstößt aber gegen Recht und Ordnung. Es kommt aber noch besser: "Da die Klägerin über die Verwendung des Ertrages keine Angaben machen konnte oder wollte, durfte angenommen werden, daß die Gelder auch zur Unterstützung kriegerischer (!) Handlungen, wenn auch unter Umständen ohne Wissen der Klägerin, verwendet würden. Eine Unterstützung ist auch mit dem Grundgedanken des Grundgesetzes nicht vereinbar und stellt eine Gefahr für Recht und Ordnung dar." Der Moral wird also die "kriegerische" Handlung gegenübergestellt und beide für unvereinbar erklärt. Eine Argumentation, mit der der Anti-Hitler-Koalition das moralische Recht abgesprochen werden müßte, sich gegenüber den Expansionsfeldzügen des Nazi-Regimes wehren zu dürfen. Auch den Urteilen im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß 1946 müßte damit die Legitimation entzogen werden, denn wer durch "kriegerische Handlungen Recht und Ordnung verletzt", der hat das moralische Recht verwirkt, kriegerische Handlungen des Faschismus anzuklagen. Hier verbirgt sich reaktionäre geistige Kumpanei mit der chilenischen Militärjunta hinter einer pazifistischen Maske.

Am 15. Dezember 1976 wurde durch Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe die Klage des Chile-Komitees in vollem Umfang abgewiesen. Es wurde im wesentlichen damit begründet, daß das Chile-Komitee es verabsäumt habe, über die Zuverlässigkeit der Vereinigung "Chile democratico" einen Nachweis (!) zu erbringen.

Abgesehen von der Frechheit, mit der das Verwaltungsgericht die durch die Militärjunta in den Untergrund getriebenen demokratischen Widerstandsparteien Chiles als unzuverlässigen Chaoten-Haufen diffamiert, verblüfft die Offenherzigkeit, mit der hier Rechts- und Verfahrensvorschriften gebrochen worden sind.

Keine Silbe verliert das Gericht über den Hintergrund, nämlich die soziale und politische Situation Chiles. Es wird so getan, als gebe es keine Beseitigung der Demokratie in diesem Land, keine permanente Verletzung von Menschenrechten und keine soziale Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung und keinen Bericht der UNO-

Groenewold-Prozeß

n den nächsten Wochen soll vor em Staatsschutzsenat des OLG lamburg der Prozeß gegen Rechtsnwalt Kurt Groenewold beginnen. Der Prozeß beruht auf der Anklage es Generalbundesanwaltes, der Groenewold vorwirft, er habe als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF ine kriminelle Vereinigung unterstützt.

ie Anklageschrift arbeitet mit der iktion, daß die gefangenen Mitglieer der RAF auch nach ihrer Inaftierung eine kriminelle Vereinigung lden. Dieser Vorwurf ist absurd, eil die Gefangenen in der Haft ch im Gewahrsam des Staates benden und sich zu strafbaren Handngen im Sinne des § 129 StGB berhaupt nicht vereinigen können. Wäre allein die Möglichkeit, daß sie iteinander über ihre Politik, das Konept Stadtguerilla sprechen, schon rafbar, so würden sich zahlreiche aftrichter und Anstaltsleiter strafar gemacht haben, die diesen Gengenen stundenlangen Umschluß, usammenschluß, gemeinsamen Hofang, Austausch von Akten und Paeren gewährt haben. Bisher befinet sich keiner der Richter oder Analtsleiter weder im Gefängnis noch nter Anklage.

ie Anklage gegen RA Groenewold t ein Angriff auf die Schutzfunktion er Verteidiger von politischen Gengenen in der BRD. Die Verteidier der Gefangenen aus der RAF aben öffentlich und in Anträgen aufedeckt, daß die politischen Gefanenen in der BRD systematisch bonderen Haftbedingungen, der Isotionshaft, unterworfen werden. Diese onderform der Haft führt zwangsufig zur Zerstörung der psychischen nd physischen Identität der Gefanenen.

er Hungerstreik der Gefangenen aus er RAF richtete sich gegen diese aftbedingungen. Ihre Verteidiger haben während des Hungerstreiks die Ziele des Hungerstreiks, eine Veränderung der Haftbedingungen durchzusetzen, dargelegt. Unter anderem hat RA Schily erklärt, daß der Hungerstreik sofort beendet sei, wenn die Isolationshaft aufgehoben werde.

Der Hungerstreik politischer Gefangener ist legal. Er ist das letzte Mittel von Personen, die sich in der Gewalt des Staates befinden. Er ist gerechtfertigt angesichts dieses Ausmaßes von Zerstörung ihrer Gesundheit und ihrer politischen Identität, dem sich die Gefangenen ausgesetzt sahen. Da Hungerstreik rechtlich zulässig ist, kann seine Unterstützung auch nicht zu einer illegalen Handlung umgewertet werden. Gerade das aber ist der Versuch der Bundesanwaltschaft mit der Anklage gegen Rechtsanwalt Groenewold.

Die Verteidiger haben aufgedeckt, daß die allgemeinen Gesetze und Regeln eines rechtsstaatlichen Verfahrens bei der Vorbereitung der Prozesse gegen ihre Mandanten eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt wurden. Sie haben öffentlich die publizistischen Manöver der Staatsschutzbehörden benannt, die durch eine jahrelange Verleumdungs- und Diffamierungskampagne die Vorverurteilung der Gefangenen durchsetzen und ihnen eine politische Verteidigung abschneiden wollten.

Die Anklage gegen RA Groenewold ist ein Angriff auf die öffentliche Funktion von Verteidigern in politischen Strafverfahren, durch Veröffentlichung von Tatsachen mit Hilfe der informierten Öffentlichkeit eine Aufhebung der Isolationshaft und Herstellung normaler Haftbedingungen zu erreichen.

Wer Informationen über den Prozeß haben bzw. ihn unterstützen möchte, wende sich an Prozeßkomitee c/o Rechtsanwälte Günnemann/Jacobi, Heussweg 35, 2000 Hamburg 19.

»Warum soll ich bei den vielen Büchern auch noch das KURSBUCH abonnieren?«

Weil das KURSBUCH zuverlässig und nachhaltig wirkt gegen Einbahn-Gehirne, Staub-Lungen, Haltungsschäden, Spezialisten-Würmer, Dogmatismus!

1977 erwartet Sie:

Kursbuch 47: Frauen März

Frauen schreiben über: Emanzipation macht Angst/Unter lauter Männern/Als Animierdame im Nachtclub/Frauen in Kneipen/Auf der Suche nach der verlorenen Frau/Frauen-Bilder im Aufbruch/vor 300 Jahren: Troubadora und Meisterin/vor 200 Jahren: das schöne Eigentum/Rockerbräute, Treberinnen, Hauptschülerinnen/Oberschülerinnen über sich selbst/Power-Frauen!/Schwester wohin geht die Reise – Skizzen eines wundersamen Aufenthalts

Kursbuch 48: 10 Jahre danach Juni

Zur Geschichte der Neuen Linken/Dogmatismus, Verdinglichungen, Verhärtungen, Emanzipation als Mode, Marxismus als Konjunktur/Überprüfung linker Begriffe/Spuren der alten Neuen Linken im bürgerlichen Alltag/Zur politischen Dialektik der Bürgerinitiativen/1976-77: Neue Initiativen - gibt es eine neue Neue Linke?/Warum und wofür engagieren wir uns eigentlich: Sozialismus-Begriff und politische Perspektiven

Und zwei weitere Hefte:
49: »Sinnlichkeiten«
50: »Wozu Gewerkschaften?«

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten – im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto.*

An den Rotbuch/Kursbuch Verlag
Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30
Ich abonniere das Kursbuch ab:

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach »Das kleine Rotbuch« zu.

* Neu-Abonnementen erhalten als Morgengabe eine Tüte voll früherer Kursbogen (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z.B. »Der schmale und der breite Weg«, »Das Große Hoffmanns - Comic - Gesellschafts - Spiel«, »Kurzer Lehrgang zur Geschichte der Umwelt«, »Fahnenkorrektur«.

Menschenrechtskommission zu dieser Situation in Chile 1976. Für das Chile-Komitee kommt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe einem Sammlungsverbot gleich. Die Militärjunta unterwirft die Verteiler und Empfänger von nichtkirchlichen, humanitären Hilfsaktionen grausamer politischer Verfolgung bis hin zu menschenrechtswidriger Folter. Da das Gericht die "Zuverlässigkeit" der chilenischen Exilparteien abhängig macht von einer völligen Offenlegung des Weges der Hilfsgelder bis zum Empfänger, schafft es einen Rechtszustand, den wir schon einmal hatten: Das Sammlungsverbot durch das Reichssammlungsgesetz vom 5.11.1934 durch die Nazis. Eben dieses Gesetz wurde

CARLO SPONTI

Nr. 30/31: April '77: CARLO Intim / Zeit, Verbindlichkeit, Sexualität / Zensur im Südd. Rundfunk / Carlo und Känguruh-Kino / Heidelberger Gesinnungsjustiz / Wurstfinger im Hirn (Zur Gehirnoperation) / Linke Liste an der Uni / Kleinanzeigen....

Nr. 28/29: Frauen-Friedensbewegung in Irland / Frauenasta Ffm / Barao / Tvind / Schweizer Knast / Schwäbisch-Siems HD 1984 Roman u.a.m.

noch erhältlich:
Nr. 26/27 Therapie-Sondernummer: Gestalttherapie, Transaktionsanalyse, linke Gruppen u. Primärtherapie, Aktionsanalyse, Co-counceling; Nr. 22/23 Sinnproduktion: Die Medientheorie Schelskys, Heidelbg. Justiz, April-Musikvertrieb, Frauenhaus Ffm; Nr. 20/21 KBW und Komiteerevolution, People's Habitat; Nr. 18/19 Gesellschaftl. Fabrik u. Studentenbewegung; Nr. 16/17 Lefebvre, Duhm; Nr. 14/15 Gewerkschaften in der Krise, Schwulenunterdrückung; Nr. 11/12 free-clinic, Kunscht und Kultur.

Je Ex. DM 1,20 plus -,50 Porto, ab 3 Ex. -,70 Porto in Briefmarken an: CARLO SPONTI, Plöck 32a, 6900 HEIDELBERG; oder aufs Konto M.Metzner Sonderkto. Nr. 364 33 - 751 PSchA Krlsr (Abo 14,-; für Förderer 20,-) oder in fast allen linken Buchläden.

1966 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig schafft das Urteil eine völlige Beweislastumkehr. Demnach ist es nicht mehr an den Genehmigungsbehörden, nachzuweisen, ob und wie die Gefahr einer Rechtsverletzung besteht, sondern diese Pflicht wird dem Antragsteller auferlegt. Eine Rechtsauffassung, mit der jede juristische Prüfungsarbeit in die Hose ginge.
Schließlich ist bemerkenswert, wie gering der Bekanntheitsgrad unseres Grundgesetzes bei diesem Verwaltungsgericht ist. Denn immerhin gibt es den Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes, wonach jeder Deutsche das Recht zum Widerstand hätte, würde er sich gleichen sozialen und politischen Verhältnissen wie in Chile gegenüberfinden. Im Gegensatz zum Verwaltungsgericht Karlsruhe trug das Verwaltungsgericht Schleswig in einem Urteil vom 31. Oktober 1974, dem ein vergleichbarer Sachverhalt zugrunde lag, diesem Verfassungsgrundsatz des Widerstandsrechts Rechnung: "Der Verwendungszweck der Spenden kann allerdings eine Rolle spielen bei der Prüfung der Frage, ob durch die Verwendung des Sammlungsertrages die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört wird. Für eine mögliche Störung der öffentlichen Sicherheit ergibt der Sachverhalt keine Anhaltspunkte. Eine Störung der öffentlichen Ordnung könnte vorliegen, wenn mit dem Ertrag der Sammlung Ziele gefördert werden sollten, die als verwerflich oder gar sittenwidrig angesehen werden müßten. Die Kammer vermag in der Unterstützung des Widerstandes in Chile nichts Verwerfliches oder Sittenwidriges zu erblicken."
Das Chile-Komitee in Baden-Baden erhob gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe am 31. Januar 1977 Berufung, so daß nunmehr der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim am Zuge ist. NORBERT MÜLLER

Ein Muttertag und 364 Vatertage

Neben dem 8. März, dem internationalen Frauentag, hat sich in der Bundesrepublik ein zweiter "Ehrentag" für Frauen, der sog. "Muttertag" (dieses Jahr am 8. Mai) fest etabliert. In der Geschichte der BRD ist der internationale Frauentag als Tag der internationalen Solidarität der berufstätigen Frauen in Vergessenheit gedrängt worden, obwohl dieser Tag in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition hat. Die Initiative zur Begehung eines solchen, jährlich wiederkehrenden Tages, an dem "die ganze Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden sollte", ging von Clara Zetkin anläßlich der am 27. August 1910 in Kopenhagen stattfindenen 2. Internationalen Frauenkonferenz aus. An diesem Tag sollten ausschließlich – entsprechend der sozialistischen Strategie zur Frauenemanzipation – Arbeitsplatzprobleme der berufstätigen Frauen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden.
Es liegt auf der Hand, daß eine solche ausschließliche Schwerpunktsetzung auf jeden Fall nicht die rund 6,3 Mio. sog. "Nurhausfrauen" in der BRD, aber auch nur bedingt die etwa 4 Mio. erwerbstätigen, zusätzlich die anfallende Hausarbeit erledigenden Mütter ansprechen konnte und kann. Auch für berufstätige Frauen stellt noch heute primär die Familie den Bereich dar, durch den sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben, über den sie sich vorrangig identifizieren. Einer solchen Identifizierung über den Familienzusammenhang kommt immer noch der Muttertag entgegen.
Was wird am Muttertag gefeiert? Das, was an den restlichen 364 Tagen im Jahr ungefeiert bleibt, als selbstverständlich hingenommen wird, ja, was dem Mann von rechts wegen zusteht. Immerhin ist es gesetzlich verankert (daran hat auch die Eherechtsreform nichts geändert), daß die ehelichen Pflichten (§ 1353 BGB) in Zusammenhang mit der gesellschaftlich überwiegend noch kaum hinterfragten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für die Frau die Verpflichtung ergeben, dem Mann die Hemden zu waschen, die Socken zu stopfen, das Mittagessen zu kochen und die Kinder zu behüten. Dies alles ohne Anspruch auf Bezahlung, Streikrecht usw. und insbesondere auch ohne gesellschaftliche Wertschätzung. Wie, um diese Geringschätzung auszugleichen, haben Politiker, Geschäftsleute und andere an der jährlich einmal wiederkehrenden "Ehrung" durch den Muttertag festgehalten und damit eine Peinlichkeit perpetuiert, die ihren Ursprung in der nationalsozialistischen Familienpropaganda hat. Fester Bestandteil der nationalsozialistischen wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Überlegungen war die Rückführung der Hausfrau und Mutter an den heimischen Herd. Konnten die Machthaber des Dritten Reiches über gesetzgeberische Mittel einen gewissen Druck auf die Frauen ausüben, auf eine Berufstätigkeit zu verzichten, so konnten sie einen Gebärzwang nicht aussprechen. Die Rolle der Hausfrau und Mutter vieler Kinder mußte daher propagandistisch überhöht und idealisiert werden. Hitler nahm viele seiner Reden zum Anlaß, die Mutterschaft zu heroisieren: "Jedes Kind, das die Frau zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht, für Sein oder Nichtsein ihres Volkes". Neben die Belobigung für die vorbildliche Erfüllung von Mutteraufgaben durch Führerworte trat die Belohnung durch Mutterorden und die Einführung des Muttertages (vgl. G. Diehl, Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus, Eisenach 1933). D "deutsche Frau" übernahm prom die ihr von der Partei zugewi senen Aufgaben. Es ging nicht n die Rechnung der Nationalsozia sten hinsichtlich der Reintegrati der Frau in die Familie auf, au die Ideologie von der Frau a

Verlag Neue Kritik

Dieser autobiografische Roman schildert die Lebensumstände einer Frau, die Anfang des Jahrhundert im Süden Italiens aufwächst, mit 16 Jahren heiratet, und ihren Mann und ihr Kind nach elfjähriger Ehe verläßt. In einem mühevollen Prozeß zeichnen sich in ihrem Kopf schrittweise Vorstellungen über die Bedingungen der Unterdrückung der Frau und deren möglicher Aufhebung ab.
„Frauen können ihren Beitrag zur Literatur und Kunst nur dann rechtfertigen, wenn sie Werke schaffen, die ihre eigene, unverwechselbare Handschrift tragen"
Ca. 220 Seiten, ca. DM 12,00

Verlag Neue Kritik 6000 Frankfurt
Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

verlag frauenpolitik 44 münster

geplante titel frühjahr '77

louise michel : erinnerungen
vollständige erstübersetzung von claudine acinde. l.michel kämpfte u.a. in der pariser commune..... ca. 300 s. / ca.18,-

salma galal : zur situation der frau in ägypten. bd. 1 der reihe: frauen in der dritten welt..... ca.120 s./8,-

annette dröge : weibliche und männliche identität..... ca. 160 s./ 9,-

mamas pfirsiche-frauen und literatur, nr.6 : 'faschistische analogien in feministischen publikationen'.... u.a.

dornröschen und der frosch - erzählungen und texte von frauen ..... ca. 120 s./ca.8,-

alexandra kollontai : die neue moral der arbeiterklasse / der geflügelte eros... ca.120s

n der Redaktion sind zahlreiche egative Reaktionen auf die Verffentlichung dreier Beiträge zum hema "Lohn für Hausarbeit" eingegangen. Die Kritik bezog sich berwiegend auf die unverständche Sprache und den Abstrakonsgrad der Artikel. Immer wieer wurde betont, daß es darauf nkomme, an den Erfahrungen er Frauen anzusetzen. Die urchweg ablehnenden Reaktioen haben uns so verunsichert, aß wir erst mal einen weiteren, ereits vorliegenden Beitrag ei-er Berliner Frauengruppe über ie Funktionsbestimmung von lausarbeit zurückgestellt haben. Vir würden uns freuen, wenn auch ndere uns zu den bisher in inks" veröffentlichten Diskusionsansätzen zu "Lohn für Hausrbeit" ihre Meinung schreiben ürden. **Die "links"-Redaktion**

aum des Lebens fiel auf fruchtaren Boden, im Durchschnitt gearen die Frauen "für den Führer" er Kinder.

pätestens zu Kriegsbeginn nahm llerdings die propagandistische rbeit der Nationalsozialisten bzgl. er gesellschaftlichen Stellung der rau eine nahezu gänzlich andere ichtung. Nunmehr wurden die rauen für die Aufrechterhaltung er Produktion, insbesondere der riegsproduktion, gebraucht, ledigch Frauen mit Kindern wurden on der außerhäuslichen Erwerbstigkeit freigestellt. Bereits daals machte sich also der Staat ie wahlweise Verfügbarkeit der eiblichen Arbeitskraft zunutze.

der Nachkriegszeit nahmen die hristdemokraten – trotz der ausrücklichen Distanzierung – von en "bevölkerungspolitischen Maßahmen der unseligen Hitlerzeit" eichlich Anleihen bei den Vorstelngen ihrer Vorgänger zur Bedeung der Familie, sowie der Stelng der Ehefrau und Mutter (vgl. . Heinsohn/R. Knieper, Familienechtstheorie, Ffm. 1974). Auch och in jüngster Zeit zielen die orstellungen der familienpolitichen Expertin der Christdemokran, Frau Wex, darauf hin, die Vorngigkeit der Aufgabenstellung er Frau als Hausfrau und Mutter u betonen, und dies mit einer Neuh. Höherbewertung der Arbeiten der häuslichen Sphäre zu verhüpfen. In den Thesen der Christemokraten zur Situation der Haus-

nd ich glaub' dir einfach nicht, daß du deine Arbeitslosenerstützung verlierst, wenn du mir abtrocknen hilfst!"

frau heute heißt es u. a., daß die Beschäftigung der Frauen innerhalb der Familie bisher eine unbezahlte Pflichterfüllung bedeutet habe, ein Umstand, der sich in der Bewertung der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft niedergeschlagen habe. Es sei an der Zeit, diese Einschätzung zu korrigieren, denn die Frauen übernähmen mit ihrer Tätigkeit in der Familie eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die von Staat und Gesellschaft materiell und ideell endlich anerkannt werden müßte. Ausdruck dieser notwendigen Anerkennung müßte u. a. die Gewährung eines Erziehungsgeldes sein. Auffallend ist, daß die Vorstellungen der Christdemokraten von der Notwendigkeit der Höherbewertung von Hausarbeit über die Bezahlung eines sog. "Erziehungsgeldes" den seitens der Frauenbewegung artikulierten Forderungen nach "Lohn für Hausarbeit" in frappierender Weise ähneln. Allerdings unterscheidet sich die Stoßrichtung erheblich. Für die Christdemokraten bedeutet die Möglichkeit der Bezahlung eines Erziehungsgeldes das Anerbieten einer individualistischen Befriedungsstrategie für Frauen. An dem einen wesentlichen Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft, der privaten Form von Hausarbeit und Kinderaufzucht und der damit verknüpften spezifischen Familienform der Kleinfamilie, soll nicht gerüttelt, vielmehr soll dieser stabilisiert werden. Hingegen zielen diejenigen Frauen aus der Frauenbewegung, die die Forderung nach "Lohn für Hausarbeit" erheben, auf das Gegenteil. Sie wollen damit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowie die daraus resultierenden geschlechtsspezifischen "Zuständigkeiten" in Frage stellen, die Trennung des Reproduktionssektors – als Privatem, von dem Produktionsbereich, als dem Bereich, der vorgeblich alle angeht – längerfristig überwinden.

Ein Unbehagen bleibt nach der Lektüre der Emanzipationsschriften derjenigen Frauen aus der Frauenbewegung zurück, die die Mutterschaft selbst mit der Ideologie ihrer Ausbeutung verwechseln. Von Simone de Beauvoir über Alice Schwarzer bis zu Shulamith Firestone lautet in dieser Ecke der Frauenbewegung die Forderung: Weg mit der Mütter- und Hausfrauenarbeit, weg mit der Mutterschaft (in der letzten "Emma" werden vom Verzicht auf Penetration über Zulassung von Mutterhaß bis zum Verweis auf den jahrhundertelang üblichen, gesellschaftlich nicht sanktionierten Kindesmord alle Register der Zurückweisung und Verdrängung von Mutterschaft und Mütterarbeit gezogen); stattdessen wird die private Bewußtseinspflege propagiert. Mag sein, daß diese Verleugnung eines wesentlichen Teils des Weiblichen ein notwendiges Übergangsstadium darstellt und den eminent großen Nachholbedarf an Identitätsverwirklichung über die eigene Persönlichkeit, eben nicht bloß als Mütter der Kinder oder Frauen ihrer Männer ausdrückt.

Es sollte aber klar sein, daß eine Bewußtseinsveränderung unmöglich wird, wenn dieses Bewußtsein die Realität der Mütter und Kinder ausschließt. Die Lösung des Problems der jahrhundertelangen Verachtung der Frauenarbeit als Nichtarbeit kann nicht in der schlichten Leugnung der weiblichen Möglichkeiten liegen. Es wird darauf ankommen, die bis in unsere Zeit hinreichende ausbeuterische Aneignung der Gratisarbeit von Hausfrauen und Müttern durch den Mann allgemein bewußt zu machen und insbesondere die Unverantwortlichkeit der Väter und Männer in Frage zu stellen.

HEIDE ERD-KÜCHLER

focus jetzt auch in der BRD erhältlich

focus ist ein Monatsmagazin, das von einem Kollektiv in Zürich herausgegeben wird. Neuerdings ist es auch in vielen linken Buchläden der BRD erhältlich.

In unserer eigenen Praxis versuchen wir durch alternative Betriebsstrukturen (Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Mitwirkung der Redaktion bei der technischen Produktion) linke Arbeits- und Lebenszusammenhänge mitzuentwickeln.

Im Heft haben wir neben einem allgemeinen Teil auch eine Rubrik 'Linke Revue', wo wir versuchen, die Diskussion innerhalb der linken Bewegung anzureissen und zu dokumentieren. Hier wird nicht eine redaktionelle Linie dargestellt und angepriesen sondern versucht, über die linke Bewegung mit all ihren Widersprüchen zu informieren und zu diskutieren.

Aus der April-Nummer: Ein Bericht und ein Besuchsprotokoll über die AA-Kommune • Eine Reportage über die Montagnards in Vietnam • Ein Kommentar zur aktuellen Situation in Italien • Eine Strategiediskussion über die Nutzung bürgerlicher Freiräume oder den Aufbau alternativer Strukturen im Medienbereich • Und vieles andere mehr.

Nr. 55 – April '77: Die Uni zwischen Prostitution und Klassenkampf – Diskussion über 'außeruniversitäre Projekte' und 'alternative Berufspraxis' / Universität als Arbeitsfeld? / Über das Zutrauen zum eigenen Denken / Mythenbildungen von alter Studentenbewegung und neuem Studenten / Oldenburg: Studieren an einer Reformuniversität / Schülerkampf: Schulreform und Bedürfnisse der Schüler

POLITIKON

Abo: (4 Hefte + Vers.): DM 7,– / (6 Hefte + Ver.): DM 10,– / (8 Hefte + Vers.): DM 12,– Abo-Preis bitte mit dem Vermerk: Politikon – Abo ab Nr. . . . das Pschkto Hannover 87377 (Politikon) einzahlen

Probeexemplare können bestellt werden bei der Red. Politikon, 34 Göttingen,Pf. 640. Bitte Rückporto (70 Pf.) beifügen.

Die Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt wird nicht enden ohne grundlegende politische und ökonomische Veränderungen bei uns.
Die Durchsetzung neuer Strukturen ist aber nur möglich, wenn Viele dafür eintreten.
Andere zu überzeugen erfordert persönliches Engagement - und Geld.
Deshalb "besteuern" wir uns selbst. Wir setzen 2 - 3 Prozent unseres Einkommens für entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit ein, unterstützen andere Gruppen und beteiligen uns an geeigneten Projekten in der Dritten Welt. Als Mitglied bestimmen Sie mit über die Verwendung Ihres (steuerlich absetzbaren) Beitrags.

Viele entwicklungspolitische Aktionen scheitern an der Finanzierung. Wenn Sie gute Ideen und konkrete Pläne für eine entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit haben, aber nicht wissen, wie Sie das alles finanzieren sollen ...

Wir senden Ihnen gerne Informationsmaterial

Aktion Selbstbesteuerung e.V. -Friede durch gerechte Entwicklungspolitik-
Blumenstr. 38 7000 Stuttgart 1

Charta 77 – Brief aus Prag

Aus Prag erhielten verschiedene linke politische Organisationen, darunter auch wir, einen 'Offenen Brief' des tschechischen Marxisten Petr Uhl. Petr Uhl ist denen, die die politische Oppositionsbewegung in den osteuropäischen Staaten verfolgen, nicht unbekannt. Ein Jahr nach der Okkupation der CSSR durch die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten im Jahr 1968 war er zusammen mit fünfzehn anderen Linksoppositionellen verhaftet worden. Ihnen wurde vorgeworfen, eine Gruppe (die 'Revolutionär-Sozialistische Partei' –

RSP) gegründet zu haben, die in Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten angestrebt habe, die sozialistische Gesellschaftsordnung der CSSR zu untergraben. Petr Uhl, damals Hauptangeklagter, wurde 1971 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Worin bestand seine "Subversivität" und die seiner mitverurteilten Genossen? Er hatte sich einer Gruppe angeschlossen, deren politische Programmatik zum Ziel hatte, durch einen revolutionären Prozeß die "Bürokratie als soziale Schicht (aufzuheben), ihr die politische und ökonomische Macht (zu entziehen)", um eine sozialistische Rätegesellschaft", "die Demokratie der unmittelbaren Produzenten", zu verwirklichen: "Es geht um die Realisierung alter Menschheitsideale, um das Ideal der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit. Dies erreichen wir nur durch die Abschaffung der Klassenunterschiede und durch die Schaffung von Möglichkeiten für jeden einzelnen von uns, über sein Leben, seine Arbeit und deren Ergebnisse zu entscheiden" (aus dem Aufruf der RSP 1968).

1977, einige Tage vor und nach der Beerdigung des tschechischen oppositionellen Philosophen Patocka, dessen Tod auf das Konto der Verhörpraxis der tschechischen Polizei geht, wurde Petr Uhl erneut in Haft genommen: Vorbeugehaft. Mit seinem 'Offenen Brief' an die westliche Linke "mischt" er sich jetzt als Mitunterzeichner der 'Charta 77', des Appells tschechischer und slowakischer Bürger an die verantwortlichen Institutionen ihres Staates zur Einhaltung der Normen der Bürger- und Menschenrechte, in die Diskussion ein, die in Teilen der westlichen Linken um die politische Bedeutung derartiger Appelle begonnen hat.

Wir geben hier eine inhaltliche Zusammenfassung des Briefes und den Aufruf zur praktischen Solidarität mit den verfolgten Demokraten und Sozialisten in der CSSR wieder.

In dem 'Offenen Brief' begründet Petr Uhl seine Position, warum er als erklärter "Gegner des Parlamentarismus und sonstigen Gerümpels bürgerlicher Demokratie" sich hinter das politische Ziel der 'Charta 77' stellt, "in der CSSR jene Grundsätze, die in den internationalen Abkommen über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und Bürgerrechte verankert sind, zu verwirklichen" (alle Zitate aus dem 'Offenen Brief'). Die Begründung kommt aus den Erfahrungen seiner politischen Praxis heraus, aus den Erfahrungen des politischen Alltags in der CSSR, der politischen Passivität breiter Bevölkerungskreise seit 1968, der Hinwendung zum Konsumdenken, der Resignation in den Möglichkeiten, sich in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen einzumischen. "Weit davon entfernt, die CSSR als eine bürokratische Diktatur" ähnlich einigen westlichen Staaten zu bezeichnen, können die Bürgerrechtsbewegungen in den osteuropäischen Staaten jedoch ebenso wie in jenen bürokratischen und militärischen Diktaturen des Westens (z. B. Spanien) als "kollektive Bemühungen" bewirken, daß sich die "arbeitenden Menschen aktivieren und sie in dieser Aktivität ihre Interessen erblicken, wodurch ihr Selbstbewußtsein und ihre Bewußtwerdung steigen."

Diese Initialwirkung der 'Charta 77' ergibt sich daraus, daß mit der Wahrnehmung der in der Menschenrechtsdeklaration festgelegten Bürgerrechte, so z. B. des Rechts auf Gründung von Gewerkschaften und anderer Organisationen ohne jede Einschränkung, des Streikrechts usw., "vielleicht ein Ausweg" aus der derzeitigen Situation vorherrschender politischer Passivität gefunden werden kann. Ein Ausweg, "der zur Emanzipation der arbeitenden Menschen führt, die jedoch nur sie selbst mit Hilfe ihrer Organisationen erreichen können." Damit werden die Bürgerrechtsbewegungen zu einem der Wege, "die zur Revolution führen; es ist ein Weg, der subjektive Voraussetzungen für soziale oder politische Revolutionen schafft."

Der Nachweis für die Richtigkeit dieser Aussage ist in der Tatsache zu sehen, daß immer mehr Arbeiter, "insbesondere junge Arbeiter", der 'Charta 77' ihre passive und aktive Unterstützung gewähren.

In der derzeitigen politischen Situation in der CSSR, in der der tschechoslowakische Staatsapparat verstärkt gegen die Träger der Charta-77-Bewegung vorgeht, fordert Petr Uhl in seinem Brief zur Solidarität mit denen auf, die sich für die Verwirklichung der von der 'Charta 77' gestellten Forderungen einsetzen, und zur praktischen Hilfe für die, die Opfer der repressiven Gegenmaßnahmen sind:

"Bereits seit der ersten Januar-Hälfte d. J. befinden sich drei Unterzeichner der 'Charta 77' in Haft: der Sprecher der 'Charta 77', Vaclav Havel, ferner der Schriftsteller Frantisek Pavlicek und der Journalist Jiri Lederer. Zusammen mit ihnen ist der Regisseur Ota Ornest eingekerkert. Wenngleich ihnen andere politische Delikte vorgeworfen werden (...) ist es klar, daß ihre Verhaftung eine unmittelbare und die bisher härteste Unterdrückungsmaßnahme gegen die 'Charta 77' ist. Ähnlich ist es in dem Fall zweier junger Techniker, Vladimír Lastuvka aus Decín und Ales Machácek aus Ústí nad Labem, die auch in Zusammenhang mit der 'Charta 77' verhaftet wurden..."

Daß in diesem Aufruf an die westliche Linke unter solidarischem Handeln die gegenseitige Unterstützung bedrängter Genossen zu verstehen ist, zeigt der Abschnitt des Briefes, in dem auf die Aktionsmöglichkeiten der Charta-77-Bewegung verwiesen wird. Die Bewegung ist zwar eingeengt, aber noch nicht handlungsunfähig. Und ihren Trägern ist klar, "daß die Internationalisierung der Problematik der Menschenrechte und ihrer Verletzung (...) eine gemeinsame Sache für uns alle – revolutionäre Marxisten, Christen, Humanisten und Reformisten – ist. Ich weiß – so Petr Uhl –, daß es auch eine Sache der 'Charta 77' ist, die bisher um ihre nackte Existenz kämpft, die Probleme der Verletzung der Bürgerrechte in den kapitalistischen Ländern der arbeitenden Bevölkerung in der CSSR zu vermitteln."

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE, HAMBURG

Der Brief von Petr Uhl, die 'Charta 77' und weitere Materialien zur Bürgerrechtsbewegung in der CSSR werden u. a. im INFO 22 des Sozialistischen Osteuropakomitees abgedruckt. Erhältlich gegen Voreinsendung von DM 3.-- (in Briefmarken beifügen) über SOAK, Postfach 231, 3050 Wunstorf 1.

DOKUMENTATION
Zum Kampf gegen
politische Unterdrückung

- Am 18. August 1975 verurteilte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Oldenburg Peter Schreiber wegen fortgesetzter verfassungswidriger Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane (§ 89 StGB) und wegen Beleidigung in einem Falle (§§ 185, 192 StGB) zu einer Geldstrafe von DM 1.8oo,--, ersatzweise 9o Tage Haft.
- Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob der Bundesgerichtshof dieses Urteil am 3. März 1976 auf. Eine höhere Strafe soll gegen Peter Schreiber ausgesprochen werden.
- Inzwischen hat sich (März 1977) das Bundesverfassungsgericht gemeldet. Es hat von folgenden Verfassungsorganen Stellungnahmen bis zum 1o.Mai angefordert: Länderregierungen, Bundestag und Bundesrat.

Die Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung - Delmenhorst - hat zum Staatsschutzprozeß gegen Peter Schreiber eine Dokumentation erarbeitet. Die Herausgabe wird unterstützt von: Kommunistischer Bund, Arbeitskreis Sozialistisches Büro Delmenhorst, Spartacusbund.

Aus dem Inhalt: Einordnung des Falles Peter Schreiber als Beispiel der verschärften politischen Unterdrückung in Westdeutschland - Darstellung des Falles Peter Schreiber - Dokumentarischer Anhang mit den Urteilen der Oldenburger Staatsschutzkammer und des Bundesgerichtshofes - Andere Urteile zum gleichen Thema.

Zu beziehen bei Peter Schreiber, Rudolf-Kinau-Str. 8, 287o Delmenhorst, oder beim Arbeitskreis Sozialistisches Büro Delmenhorst, c/o Kinny, Bürgerkampweg 3o, 287o Delmenhorst.

Preis: DM 1,5o

Spanien vor der Wahl

Entgegen den meisten Prognosen kritischer Beobachter der spanischen Szene innerhalb und außerhalb Spaniens ist es der im Sommer angetretenen Regierung Suárez gelungen, die Lage in Spanien im Sinne der Herrschenden zu stabilisieren. Sie hat eine Entwicklung hin zu Formen bürgerlicher Demokratie eingeleitet, an der besonders einige starke, auf einen baldig EG-Beitritt spekulierende, Kapit fraktionen interessiert sind.

Als die derzeit wichtigste Zwische station auf dem Wege zu ein parlamentarischen Demokra werden die wahrscheinlich Anfa Juni stattfindenden national Wahlen zu einer verfassungsg benden Versammlung angeseh Die relevanten Parteien der L ken sind entschlossen, bei dies Wahlen zu kandidieren, obwohl das von der Regierung erlasse Wahlgesetz heftig kritisieren.

Dieses Wahlsystem begünstigt starkem Maße die Rechtspartei so daß das Wahlergebnis zu ein verzerrten Darstellung des Kräf verhältnisses führen wird. An ers Stelle wäre hier die Verteilung Kongreß-Mandate zwischen d Provinzen zu nennen. Zum ein erhält jede Provinz eine Minde anzahl von zwei Abgeordneten u zum anderen ist die Gesamtz der Mandate auf 350 beschrän Das führt dazu, daß die industri sierten, dicht bevölkerten Region stark benachteiligt werden. braucht ein Abgeordneter, um Madrid gewählt zu werden, 141.2 Stimmen, während er in der g zischen Provinz Orense nur 78.2 Stimmen braucht und in der lä lichen Provinz Soria im Innern Landes gar nur 33.474. Im Bask land, Katalonien, Asturien, Mad und Valencia leben zwar zusa men 43,4% der Bevölkerung, s len aber nur 29,8% der Volksv treter. Es ist klar, daß eine nachteiligung jener Landesteile, denen die Arbeiterbewegung weitesten fortgeschritten ist und denen die Linke am meisten St men haben wird, das Resultat ei ausgeklügelten Plans der Reg rung ist, bei den Wahlen der Re ten den Sieg zu erleichtern.

Eine weitere Beschränkung ist 3%-Hürde, die kleine Parteien v der Volksvertretung ausschli Positiv ist zu bemerken, daß 3%-Hürde auf Provinzebene nicht auf Landesebene errich wird, so daß sie keine Schra für die Parteien der Nationalitä (Katalonien, Baskenland und G zien) darstellt.

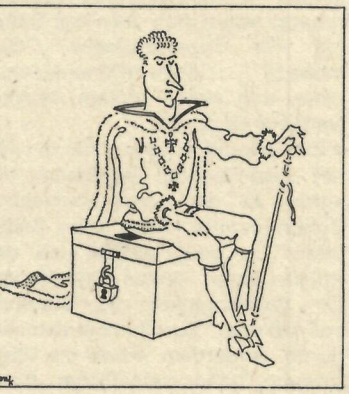
Die Repräsentanten für den Se werden in gleicher Anzahl für Provinzen und durch Mehrhe wahlrecht gewählt, was wieder die dicht besiedelten Provinzen damit die Linke benachteiligt.

Zudem halten die Parteien der L ken die Zeit des Wahlkampfes drei Wochen – für zu kurz, v viele Politiker und Parteien Jahrzehnte totgeschwiegen w den und es seit fast 40 Jah keine freien Wahlen mehr gege hat.

Noch heute wird den Vertret der Rechtsparteien in den Mass medien, vor allem im Fernseh wesentlich mehr Raum bzw. Sen zeit gegeben als den Linken.

Der Ausschluß der Achtzehn- Einundzwanzigjährigen von Wahlen dürfte ebenfalls zu Las der Linken gehen. Nicht zul wird die finanzielle Überlegen der Rechten für den Wahlausg

eine Rolle spielen. Unter Berücksichtigung dieser für die Linke restriktiven Bedingungen rechnen Beobachter mit einem Sitzanteil der Sozialisten von ca. 20% und der Kommunisten von 8%.
Angesichts dieser Benachteiligungen und Chancenminderung der Linksparteien stellt sich die Frage der Vereinigung der immer noch zahlreichen linken Parteien und Gruppierungen immer dringender. Vor allem ist der Klärungsprozeß auf sozialistischer Seite noch nicht abgeschlossen. Neben der PSOE, der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei, gibt es noch die PSP (Volkssozialisten) und die FPS, ein Bund zwischen den sozialistischen Parteien der Nationalitäten und Regionen. Ein Pakt zwischen diesen dreien, um bei den Wahlen gemeinsame Listen aufzustellen, ist entscheidend, um einen relativen Wahlerfolg der Linken zu gewährleisten.
Eines der Hauptthemen des Wahlkampfes wird die wirtschaftliche Lage des Landes sein. Die Inflationsrate erreichte 1976 20%, und allein im Januar stiegen die Lebenshaltungskosten um 3%.
Die Arbeitslosigkeit hat inzwischen über 1 Million Lohnabhängige erfaßt, von denen etwa 25% überhaupt nicht von der – ohnehin



schon unzureichenden – Arbeitslosenunterstützung erreicht werden. Das Handelsdefizit steigt weiterhin, und das reale Austauschverhältnis hat sich seit 1973 um 15% verschlechtert. Gegenüber diesen Problemen, die zum Teil Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, zum Teil aber auch Resultat der unter dem Franco-Regime entstandenen Wirtschaftsstruktur sind, haben die Regierungen der neuen Monarchie kaum etwas wirksames getan.
Das Ziel der Wirtschaftsmaßnahmen von November 76 und von März 77, wobei als wichtigste zu nennen wären

- Aufstockung des öffentlichen Investitionsfonds,
- Freigabe der vormals staatlich regulierten Zinssätze,
- Exportförderungsmaßnahmen,

ist es gewesen, keine wichtigen Entscheidungen zu treffen, sondern die Spannungen abzuschwächen, um ohne ein wirtschaftliches Chaos über die Runden, d. h. bis zu den Wahlen zu kommen.
Die jetzige Regierung konnte aus politischen Gründen keine Stabilitätspolitik betreiben. Sie hat sich darauf beschränkt, auf der einen Seite einige vorsichtige unternehmerfreundliche Maßnahmen zu treffen (wie z. B. Steuererleichterungen, Investitionshilfen) und auf der anderen Seite einige gute Vorsätze vorzubringen (wie z. B. die Steuerreform), die praktisch als Wahlversprechen verstanden werden können.
Eine ähnliche Taktik wendet die Regierung bei der Frage der Gewerkschaftsfreiheiten und des Streikrechts an. Um Zeit zu gewinnen und mit der Rechtfertigung einer allmählichen und friedlichen Demokratisierung versucht sie, die Gewerkschaften möglichst lange zu benachteiligen und sie beim Eingreifen in die Kämpfe zu behindern, um so die Reorganisierung der herrschenden Klasse zu erleichtern.
Das neue Arbeitsgesetz vom März 1977 erlaubt den Unternehmern die (bisher beschränkte) freie Entlassung der Arbeiter sowie die Aussperrung. Andererseits wird formal das Streikrecht erteilt. Dieses Streikrecht wird aber durch verschiedene Elemente beschränkt: 1) Der Streik wird beschränkt auf jede Betriebsstätte; das behindert Streiks in einem Unternehmen mit mehreren Betrieben, wie auch Sektoren- und Generalstreiks. 2) Der Streik kann nur beschlossen werden, wenn 3/4 der Arbeitervertreter oder die einfache Mehrheit der Arbeiter zustimmen. 3) Man garantiert das Recht der streikunwilligen Minderheit zum Arbeiten, aber nicht das Recht der streikwilligen Minderheit, zu streiken. 4) Verboten sind Streiks: mit Besetzung der Arbeitsstätte, in bestimmten strategischen Sektoren (Transport, Fernverbindungen), Bummelstreiks, politische und Solidaritätsstreiks.
Die Regierung kann den Streik verbieten, wenn sie es für richtig hält. Das Ziel dieser letzten Maßnahme ist es, die Arbeiterklasse in der Verteidigung ihrer Forderungen weiterhin zu behindern, sie zu teilen, indem sie die Streiks auf die Betriebsstätte beschränkt. Das Resultat ist, daß das Streikrecht äußerst beschränkt wird und dafür das Entlassungsrecht freigegeben worden ist.
Gegenüber der Linken wendet die Regierung ein Konzept an, das einerseits von taktischen Zugeständnissen geprägt ist, wie zum Beispiel die Zulassung der spanischen Kommunistischen Partei, andererseits auf selektivem Terror francistischer Art beruht, wie z. B. das äußerst brutale Vorgehen der Polizei gegenüber dem Versuch der Basken, ihren Nationalfeiertag Ostern 77 zu feiern oder die Folterungen von Mitgliedern der langsam wiedererstarkenden CNT (Anarchisten) Anfang des Jahres in Barcelona.
Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß darart repressive Einschüchterungsversuche den weiteren Vormarsch der Linken stoppen können, die Wahlen können hierbei als Indikator herangezogen werden.

JORGE BRANDTS
MICHAEL GOTTHELF

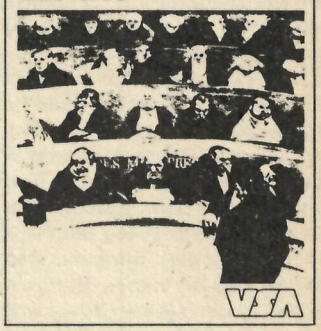
Die SPD und das Abrüstungskomitee

Die SPD-Führung hat ein Exempel statuiert. Sie sagte ihrem neuen "radikalen" Juso-Boß, der noch nicht den Weg von Corterier, Voigt, Roth und wahrscheinlich Wieczorek-Zeul beschritten hat, klar und öffentlich: Entweder Du marschierst mit "DKP-gelenkten" Leuten für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit oder Du bist ein guter Sozialdemokrat. Und der realpolitisch abwägende Benneter demonstrierte unmißverständlich und vor aller Öffentlichkeit – das begleitend kritische Blabla gegen bürokratische Gängelung usw. können wir getrost vergessen –, was einen guten Sozialdemokraten ausmacht: ein gebrochenes Rückgrat. Wozu zunächst das große Maul des Aktionsbündnisses, wenn nach Bahrs vorhersehbaren Prügeln nur das Winseln bleibt? Ich kann mich nicht erinnern, wann je in der Geschichte der Bundesrepublik ein Politiker in einer solch widerwärtigen Weise bloßgestellt und zur opportunistischen Anpassung wider besseres Wissen und Gewissen gezwungen (und für eine zukünftige Parteikarriere qualifiziert?) wurde. Noch nie wurde in der jüngeren deutschen Geschichte das üble Assoziationen weckende deutsche Wort "raus" in so eiskalter Manier wie von Egon Bahr ausgestoßen und seinen funktionierenden Nachplapperern in Bund, Ländern und Gemeinden geechot. Oder "er fliegt raus"! Endlich wieder einmal ein starkes, beifallsgewisses Wort für die deutsche Nation. Ganz nebenbei und kaum beachtet folgte der Juso-Demütigung eine neue antikommunistische Qualität: Hunderte von Sozialdemokraten und Tausende von nichtparteigebundenen, alles andere als prokommunistische Unterzeichner des Aufrufes "Beendet das Wettrüsten" zur Maidemonstration des "Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" wurden in politische Gewissenskonflikte gestürzt, nachdem sie nun schon sowieso in der Kartei der Verfassungsfeinde stehen. Sollen sie nun zu ihrem Wort, ihrer Unterschrift stehen, oder sollen sie ihre Unterschrift wegen "vorab nicht bekannter Bedingungen" zurückziehen? Eine Unterschrift unter einen Aufruf, der so friedlich-nichtssagend ist, daß er vom Papst persönlich stammen könnte, und der deshalb auch von keiner einzigen bürgerlichen Zeitung für zitierwürdig (mit einem empörten horribile dictu versehen) befunden wurde.
Um politische Inhalte ging es bei der ganzen Demonstration, wer Herr im Hause der SPD und damit der ganzen politischen Gesellschaft in unserem Lande ist, nicht (denn

VSA
informiert

über einen Ausschnitt aus seinem Verlagsprogramm:
VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

Projekt Klassenanalyse
Der Staat in der BRD
Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950–1976



Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950-1976
176 Seiten; Paperback; DM 16,–

ITALIEN-DISKUSSION:

Sozialismus für Italien
Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung
220 Seiten; Paperback; DM 16,80
Dieser Text präsentiert die aktuellen Vorstellungen der PCI zu

- Neuorganisation der Ökonomie
- Umgestaltung der politischen Struktur
- Neuentwicklung aller Überbaubereiche (Ausbildung, Kultur etc.)

Berlinguer/Gramsci/ Longo/Togliatti
Der historische Kompromiß
Mit weiteren Beiträgen von Amendola, Chiaromonte, Gruppi, Ingrao, Lama, Lombardo-Radice, Napolitano, Natta, Trivelli.
203 Seiten; Paperback; DM 14,–

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Helga Koppel
P.C.I.
(partito comunista italiano)
Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei
160 Seiten; Paperback; DM 12,–

Willy Brandts Tröstung, daß man als Staatsbürger ja nicht gezwungen sei, sich an die politische Meinung des 99%-Monopolkartells der dreieinhalb Bundestagsdemokraten zu halten, verfängt nicht bei der Halbillegalisierung der bundesdeutschen Dissidenten). Weder Benneter noch Bahr, weder Roth noch Schreiner hielten es für notwendig, den Unterschied zwischen SPD- und DKP-Abrüstungspolitik, zwischen NATO- und WVO-Politik zu erwähnen oder gar zu erläutern. (Im Prinzipiellen gibt es da allerdings auch gar keinen Unterschied!) Es ging allein um das politische Berührungsverbot zwischen SPD und DKP, und sei die Zusammenarbeit auch nur indirekt vermittelt.

Denn für alle beteiligten Großverbände, Jusos, SPD wie DKP, demzufolge auch für die "Frankfurter Rundschau" und für "Unsere Zeit", ging es um nichts anderes als um das Aktionsbündnis zwischen den Parteien. So sprachen alle vom "kommunistisch gelenkten" Komitee (und die UZ entsprechend vom Atkionsbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten). Schamhaft verschwieg die FR eine Woche lang, daß führender Repräsentant des Komitees Martin Niemöller ist, den sie kurz zuvor wegen seines unabhängigen Charakters gepriesen hatte und jetzt als DKP-Strohpuppe behandelte. Und ungeniert rief die "liberale" Zeitung zur Parteiausschlußdrohung gegenüber allen anderen SPD-Unterzeichnern auf, implizit also auch zur politischen Denunziation von Eugen Kogon und Willy Millowitsch, von Luise Rinser und all den anderen, die nur den Text des Aufrufs gelesen hatten, statt auch den Verfassungsschutz anzurufen und zu fragen, wer hinter dem menschen- und friedensfreundlichen Aufruf seine organisatorisch-finanziellen Finger im Spiele hat.

Längst hat die Radikalenhatz in der Bundesrepublik die Ebene der irrationalen antikommunistischen Verfemung und administrativen Verfolgung (die nichts mit einer harten und unnachsichtigen politischen Kritik und Auseinandersetzung zu tun hat, die wir für notwendig halten) allein von KP-Mitgliedern und tatsächlichen oder vermuteten KP-Sympathisanten überschritten und nun auch offen wortgläubige, politisch naive Bürger in Mitleidenschaft gezogen, von Klaus Robert Traube bis zu Willy Millowitsch, Opfer zynischer Parteistrategen der NATO und der WVO, schändlich ausgenutzten Objekten der Friedensdemagogie des internationalen Konkurrenzmilitarismus der beiden Gesellschaftsordnungen in West und Ost.

Weshalb aber hat die SPD Angst vor dem Abrüstungskomitee, in deren Führungsorgan kein einziges DKP-Mitglied sitzt? Weshalb läßt sie die Leute nicht ruhig und unverbindlich von Frieden und Abrüstung reden, redet nicht selbst ebenso unverbindlich wie die DKP etwas mehr von Abrüstung und Frieden? (Die Alibi-Veranstaltung im Herbst zur Tröstung der Jusos für entgangene Friedensfreuden dürfte wohl ein Jammerspiel werden.) Zum einen hat die SPD Angst vor dem CDU-Antikommunismus, buhlt opportunistisch um Wähler der Mitte, dabei ihre eigene Linke desavouierend. Wichtiger jedoch scheint, daß jede auch noch so friedlich-harmlose öffentliche Massenveranstaltung das Politikmonopol der etablierten Parteien stört. So die Bürgerinitiativen, so die "Hintertreppendemonstration" (Ex-juso Wolfgang Roth) der 40.000 in Bonn am 22. Mai vorigen Jahres, die vom besagten Komitee organisiert worden war. Wie die SED im tiefsten Innern Angst hat und Angst haben muß vor dem Polit-Tralala eines Wolf Biermann, den sie in erbärmlicher Feigheit und Niederträchtigkeit während eines Auslandaufenthalts ausbürgert, während sie Zehntausende Faschisten ohne weiteres verträgt, so wie die KPC durch den Sound einer Rockband erschüttert wird, so bibbert die SPD vor Niemöllers Friedenspredigt.

Gewiß, dem organisierten Pazifismus in der Bundesrepublik fällt kaum etwas anderes an konkreten "politischen" Forderungen ein, als was die Oberkommandierenden von mehreren Millionen Soldaten, Hunderttausenden von Kriegsforschern und 2.400 Interkontinentalraketen in Moskau auch fordern (jedenfalls, solange die NATO nicht darauf eingeht), z. B. eine 10-prozentige Kürzung der Rüstungshaushalte. Zehn Prozent, das ist eine runde Zahl, ein erster Schritt. Das klingt nicht knauserig, aber auch nicht unverschämt unrealistisch.

Was kümmert es den good will-Friedensfreund, daß zehn Prozent Rüstungskostensenkung im Kapitalismus eine halbjährige Inflationsrate von Großbritannien, eine zweiwöchige von Chile darstellt? Daß die offiziellen Rüstungskosten sehr wenig über den tatsächlichen gesellschaftlichen Arbeitsaufwand für Rüstung aussagen. Daß Preise im Osten und im Westen überhaupt nicht vergleichbar sind. Daß Gierek unter politischen, wenn auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten die Preise für Schinken um 60% an einem Tag erhöht, am nächsten Tag wieder um 30% senken muß, daß er wohl ohne allzu große Schwierigkeiten auch die Preise für Panzer senken könnte, was dann den Rüstungshaushalt besser, nämlich um 10 Prozent vermindert, aussehen läßt. Was kümmert es den Friedensfreund, daß die stechschreitenden, uniformierten Friedenskrieger im Osten ihre Friedensfreude in gleichbleibenden oder verminderten Rüstungsetats dokumentieren, aber gleichzeitig behaupten, sie seien in den letzten Jahren im Vergleich zur NATO militärisch immer stärker geworden (was wohl auch zutrifft). Den Friedensfreund verstimmt zwar, wenn Heinz Hoffmann (Verteidigungsminister der DDR) erfreulich offen und im Grunde stellvertretend für alle Militärs in Ost und West verkündet, daß er den nächsten Weltkrieg mit Nuklearwaffen als einen "gerechten" führen und außerdem auch noch "gewinnen" will (vgl. "Einheit" Nr. 3/76), falls der Militärpartner im anderen System angreifen sollte. Stellvertretend deshalb, weil doch niemand ernsthaft bezweifeln kann, daß jedes Militär (ob nun sozialistisches, demokratisiertes oder faschisiertes) im Kriegsfalle nichts anderes tun wird, als sich bis zum "Sieg" für eine "gerechte" Sache zuende zu verteidigen. Mißfällt das offen militärische Wort zwar dem Friedensfreund, so stört es ihn doch nicht, daß die gleichen Leute, die die "friedliche Koexistenz" vertreten, auch den nuklearen Endsieg ganz konkret vorbereiten, sich also auch nicht in ihrer Friedenspolitik von Hoffmanns offenem Bekenntnis zum Massenmord und zur Ausrottung ganzer Völker (des deutschen darunter mit 99%iger Sicherheit) – versteht sich, natürlich nur im Verteidigungsfalle – irritiert fühlen. Dennoch quasselt der organisierte Pazifismus von "friedlicher Koexistenz", von internationalen Abrüstungsverhandlungen zwischen den obersten Kriegsblöcken dieser Erde, ohne skrupulöses Wenn und Aber, in erbaulich unwissenschaftlicher und unpolitischer Einfalt. Im europäisch-globalen Verteidigungsfalle, da verschmelzen die Alternativen "Freiheit" und "Sozialismus", die Millionenarmeen auf beiden Seiten der Barrikade in einem einzigen Brei von Leibern, Stahl und Staub. Dies wissen zwar im Grunde alle wissenschaftlich, politisch begriffen haben das weder die etablierten bürgerlichen und bürokratischen Parteien, noch leider auch ein grosser Teil der kommunistischen Linken, die sich auf allerlei politischen Nebenkriegsschauplätzen tummelt oder gar noch Vaterlandsverteidigung für die richtige Barrikadenseite predigt, als ob der Sozialismus noch immer auf Budjonnys Gäulen heroisch mit Flinten und Bajonetten kämpfend in die Zukunft reiten könnte. Der Militarismus – ein historischer Papiertiger auf die eine internationalsozialistisch oder aber auf die andere kapitalistisch und realsozialistisch vermittelte, barbarische Weise – steckt noch tief in den Knochen und Gehirnen der Friedensbewegung wie der gesamten Linken.

EGBERT JAHN

Juso-Kongreß ´77

Es gewegt sich was bei den Jusos: Schien bisher der Prozeß der Parteiintegration und "Entmarxifizierung" des SPD-Jugendverbandes unaufhaltsam zu sein, so führte der wachsende Unmut der Juso-Basis (vermittelt über die Fraktionieru
gen auf der mittleren und höh
ren Funktionärsebene) auf de
Hamburger Bundeskongreß d
Jungsozialisten zur Ablösung d
seit 1969 dominierenden reform
stischen Mehrheitslinie.

Schon zu Beginn des Kongress
machte die innerverbandliche O
position die Grundlagen für d
später folgenden Machtwechs
deutlich. Die "Anmerkungen zu
politischen Rechenschaftsberic
des Bundesvorstandes" von Se
ten der beiden "Stamokap"-Ve
treter im alten Bundesvorsta
kamen einer Abrechnung mit d
integrationistischen Mehrheitspo
tik des letzten Jahres gleich:
sei die Wahlkampfführung 1976 n
ihren öffentlichen Beschönigu
gen des inneren Zustandes d
SPD und der Regierungspolitik ve
"Roßtäuschermethoden" geprä
gewesen. Es sei geleugnet worde
"daß die Sozialdemokraten in d
Bundesregierung offenbar bewu
und gewollt eine Politik auf k
pitalistischer Grundlage betre
ben." Die von der bisherigen Bu
desvorstandsmehrheit betrieb
ne Unterdrückung abweichend
theoretischer Positionen in d
Publikationsarbeit und in der Sch
lerarbeit wurde besonders hef
angegriffen.

In den Arbeitskreisen (Antragsb
ratung) setzte sich dann das Bün
nis der Oppositionellen ("St
mokaps", "nicht-reformistisch
Linke und einige weitere Bezirk
weitgehend durch:

- Europapolitik: Gegenüber der ve
der Juso-Rechten vertretenen P
sition, in der westeuropäisch
Bündnispolitik "nach allen Seit
offen" zu sein, setzte sich d
Prinzip einer "linken Einheitspo
tik" (Vorrangigkeit des Bündni
ses mit dem "Eurokommunismus
durch. Außerdem wurde die Übe
tragung nationalstaatlicher Kom
petenzen auf eine vom "neuen i
perialistischen Zentrum" BRD d
minierte EG als Gefahr für d
westeuropäische Arbeiterbew
gung von der Opposition abgelehn
- Gewerkschaften: Die Bundesvo
standsmehrheit konnte sich mit i
rem Antrag nicht durchsetzen.
ihm fehlte eine Kritik an der En
wicklung und Politik der Gewer
schaften in der BRD fast völl
Als internationales Vorbild wurd
die Erfolge der schwedischen G
werkschaften gepriesen.

Demgegenüber setzte sich die ve
der Opposition getragene Auffa
sung durch, daß die Fortschrit
der gewerkschaftlichen Bewegu
nicht in erster Linie an ihrer I
stitutionalisierung, sondern vor a
lem an ihrer erreichten Kampfkra
zu messen sind. Auf dieser Grun
lage wurde eine Kritik der derze
tigen gewerkschaftlichen (Lohn
Politik geleistet. Betriebsnahe T
rifpolitik und innergewerkschaft
che Demokratie wurden als wesen
liche Bedingungen zur Stärku
der gewerkschaftlichen Kampfkra
in den Vordergrund gerückt.

- Abbau demokratischer Recht
Hier konnte die Auffassung durc
gesetzt werden, daß es sich b

der staatlich betriebenen Repression nicht um "Betriebsunfälle" sozialliberaler Regierungspolitik handelt, sondern um einen immanenten Bestandteil derselben: "Das Ziel dieser Disziplinierungspolitik ist die Sicherung der Massenloyalität für eine Politik des Krisenmanagements, so wie sie von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in den letzten Jahren betrieben wurde."

Mehrheitlich machte man sich Wolf Biermanns Auffassung zu eigen, daß sein "Fall" nicht zum Kriterium einer Zusammenarbeit mit der DKP in der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" gemacht werden dürfe. Eben dies wurde aber vom alten Bundesvorstand angestrebt.

Zeigten die Ergebnisse der Arbeitskreise zwar eindeutig, daß eine inhaltliche Grundlage zur Ablösung der alten reformistischen Mehrheit vorhanden war, so wurden in etlichen Fragen auch Differenzen zwischen der "Stamokap"-Gruppierung und der "nicht-reformistischen" Linken um den Bezirk Hannover ("Göttinger Kreis") deutlich. So lehnten die "Stamokaps" das Hannoveraner Anliegen, die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" zum "Kern einer Art Bürgerrechtsbewegung" bei "Erweiterung ... um sozialistische, kommunistische und liberale Kräfte" zu entwickeln, ab. Auch stieß der Hannover-Antrag "Markierungspunkte sozialistischer Jugendpolitik" u. a. wegen seiner starken Betonung jugendorientierter Basisarbeit und der sehr skeptischen Beurteilung der Veränderbarkeit der SPD auf den Widerstand anderer oppositioneller Bezirke.

Diese Differenzen begründeten auch die Kandidatur des ehemaligen Bezirksvorsitzenden von Hannover, Wolfgang Jüttner, zum Bundesvorsitzenden. Nachdem er im 1. Wahlgang mehr als 20% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, zog er dann zugunsten des "Stamokaps" Klaus-Uwe Benneter zurück. Es zeigte sich hier, daß die Gruppe, die am ehesten fähig wäre, eine konsequente Umorientierung der Jusos zu beginnen, nach wie vor die schwächste ist. Allerdings konnte Benneter sich nur mit ihren Stimmen gegen Schreiner durchsetzen. Im neuen 7-köpfigen Bundesvorstand befindet sich mit je zwei Vertretern der "Stamokap"-Gruppierung und des "Göttinger Kreises" die bisherige Opposition in einer Mehrheit, die aber nicht allzu stabil zu sein scheint.

Die Reaktion der Parteiführung auf die inhaltliche und personelle Niederlage der Juso-Rechten machte den engen Rahmen für die Formulierung marxistischer Positionen und Durchsetzung sozialistischer Politik in der SPD deutlich:

— so werden die "Münchner Parteiratsbeschlüsse" (Verbot der Zusammenarbeit mit Kommunisten) in Zukunft von der SPD-Führung extensiver ausgelegt werden;

— so wird klargemacht, daß mit einer Entschärfung des Maulkorberlasses für die Jusos, wenn überhaupt, erst bei einer Wiederherstellung der alten Mehrheitsverhältnisse zu rechnen ist;

— so wurde dem Bundesvorsitzenden der Parteiausschluß angedroht;

— so gibt es Tendenzen in der Parteibürokratie, die Schüler- und Hochschularbeit über die entsprechenden Parteireferenten der stärkeren Kontrolle durch die Partei zu unterwerfen;

— so wächst vor allem in der Partei-Rechten die Neigung (z. B. in Franken), neben den Jusos jugendpolitisch aktiv zu werden bis hin zum Aufbau parteifrommer Gegenorganisationen.

Eine besonders üble Rolle spielt bei diesen Angriffen die Juso-Rechte, deren Vertreter in aller Öffentlichkeit die Gefahr einer Spaltung des Juso-Verbandes herbeizureden versuchen, der neuen Vorstandsmehrheit die Repräsentativität absprechen und faktisch die Solidarität mit dem neuen Bundesvorsitzenden aufkündigen. Es ist das offensichtliche Ziel dieser Gruppierung, die neue sozialistische Mehrheit bei den Jusos schon vorzeitig zu Fall zu bringen, auch wenn sie sich dabei objektiv zum Handlanger der Parteiführung macht.

Jedoch kann das Scheitern der ersten Kraftprobe um die Beteiligung der Jusos an der "Initiative für Abrüstung, Frieden und Zusam-

kleinanzeigen

5/1) **Dokumentation zum Staatsschutz-Prozeß** gegen Peter Schreiber wegen fortgesetzter verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr; die 34-seitige Broschüre ist gegen Voreinsendung von DM 1,50 + -,50 Porto über den AK Sozialistisches Büro c/o H. Kinny, Bürgerstampweg 36, 287 Delmenhorst zu beziehen.
5/2) **Mainzer Sozialreport** Nr. 1 enthält Berichte über die lokale Situation der Jugendzentrumsinitiativen, Wohngemeinschaften, Kinder- und Frauengruppen etc. 70 S. Gegen Voreinsendung von DM 3,50 zu beziehen über Albert Böhner, Kaiser-Friedrich-Ring 45, 62 Wiesbaden
5/3) **Erzieher-Zeitung** Nr. 10 enthält Beiträge zur Kindergartensituation in Württemberg, ÖTV-Grundsatzpapier zur Arbeit mit Erzieherinnen u.a. Bezug: Redaktion EZ, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 69 Heidelberg
5/4) **Blickpunkt Ausländer** berichtet über die Erziehung von Gastarbeiterkindern; Bezug: CEI, 1 rue Vanderkindere, 1180 Bruxelles/Belgien
5/5) Montags-Notizen – **Zeitung für Wohngemeinschaften,** sowie weitere Materialien zu diesem Thema; Gegen Voreinsendung von DM 1,-- zu beziehen über: Humanes Wohnen, Postfach 103121, 2 Hamburg 1
5/6) Dokumentation über die Entwicklung des **Ersatzdienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst.** Sie soll die Kampferfahrungen von 1969 - 1973 ermitteln und zum Protest gegen die Kasernierungspläne beitragen. Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 1,-- über SOdZDL, Martin-Luther-Ring-Haus, Grindelallee 9, 2 Hamburg 13
5/7) Flugblatt **"Gegen Zensur und Unterdrückung"** für Soldaten und Antimilitiaristische Gruppen. Gegen Voreinsendung von DM 1,-- (für Wehrpflichtige kostenlos) zu beziehen über AMAK, Postfach 1222, 742 Münsingen
5/8) **Medienarbeit** – Informationen aus politischer Medienpraxis und -pädagogik – erscheint 5 x im Jahr; Abo. DM 7,50; Probeheft vom MPZ, Medienpädagogik-Zentrum e.V. Thadenstr. 130a, 2 Hamburg 50
5/9) **Materialien zur Berufsperspektive von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern,** bisher sind 6 Hefte erschienen. Nr. 6 enthält Berichte über strukturiertes Programmieren und zur Gewerkschaftsarbeit unter technischen Angestellten. Gegen Voreinsendung von DM 1,-- (pro Heft) über AK Berufsperspektiven c/o Sprecherrat TUM, Arcisstr. 21, 8 München 2 zu beziehen.
5/10) **Christen für den Sozialismus** – Korrespondenz Nr. 13 berichtet über Multis und Arbeiterklasse, EKD und Südafrika, internationale Kongresse und die regionale und lokale Arbeit; Bezug: Büro der Christen für den Sozialismus c/o Bruno Müller, Burgstr. 27, 6 Frankfurt
5/11) Zeichen – Mitteilungsblatt der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Nr. 1 behandelt als Schwerpunktthema **"Rechtsradikalismus eine Gefahr für die Demokratie";** Bezug: Aktion Sühnezeichen, Jebensstr. 1, 1 Berlin 12
5/13) **Arbeitsfeld Kirche** Rundbrief Nr. 3 enthält Beiträge zum Arbeitsfeld Kirche im SB, Christen in Brokdorf, Vorbereitung auf den Ev. Kirchentag u. a. Interessenten wenden sich an: AF Kirche c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
5/14) **Unterdrückung in Lateinamerika** – Broschüre zum Russell Tribunal II; 72 S. Gegen eine Spende zur Unterstützung der Arbeit zu beziehen über: Deutsches Komitee zur Unterstützung des Russell Tribunals, Gelfertstr. 45, 1 Berlin 33

(5/15) **Entwicklungspolitische Korrespondenz** 1/77 – Schwerpunktthema: Erziehung in Guinea-Bissau – eine Bildergeschichte, 28 S./DM 2,50; Bezug: EPK c/o E. Adam, Postfach 2846, 2 Hamburg 19

(5/16) Allgemeinverständliche **Einführung in die Entwicklungspolitik:** Band I Wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer – historische Ursachen der Unterentwicklung; 122 S. broschiert, DM 5,-- + Versandkosten. Gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck zu beziehen beim Autor: Waldemar Kutte, Postfach 930 524, 2102 Hamburg 93

(5/17) Colonia Dignidad: – Deutsches Mustergut – ein **Folterlager der Dina in Chile.** Die Dokumentation von amnesty international Chile, Koordinationsgruppe, Vogelsbergstr. 36, 6 Frankfurt 1 ist gegen eine Spende zu beziehen.

(5/18) Blätter des IZ3W Nr. 60: **Tansania** – Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung. Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

(5/19) **Journal G** Nr. 9/10 – Geheimmaterial zur neuen **Ausländerpolitik und zum Asylrecht**/Grundlageninformationen zur Türkei heute. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- (Briefmarken/Scheck) zu beziehen über: Kulturkomitee, Schlosserstr. 36, 7 Stuttgart 1

(5/20) **Verkaufe folgende Zeitschriften:** a) Blätter f. dt. und internationale Politik Jg. 64-76 (DM 200.--); b) Marxismus-Digest Nr. 1-15, 17-20, 22-28 (DM 80,--); c) Gesellschaft-Staat-Erziehung Jg. 64-72 (DM 60,--) d) Leviathan Jg. 73/74 (DM 25,--) Telefon: 0611/444 573

(5/21) Eine Erarbeitung **"Wilhelm Reich und die Befreiung"** kann gegen DM 3,-- in Briefmarken bezogen werden von David Burkhart, Schleißheimerstr. 74, 8 München 40

(5/22) Thing-Jugendzeitschrift erscheint 6 mal im Jahr – das Thema **"Schulkampf"** wird z. B. in der Nr. 2/77 und in einer Extraausgabe behandelt. (Für Schülergruppen kosten 10 Ex. DM 5,--); Probeexemplare und nähere Informationen: Redaktion Thing c/o Buchladen, Carmer Str. 11, 1 Berlin 12

FILME/THEATER/KULTUR

(5/23) **Handbuch "Filme der Arbeiterbewegung"** enthält sehr übersichtliche Hinweise zu Filmen aus Betrieb & Gewerkschaft, Erziehung, Stadtteilarbeit, Internationale Arbeiterbewegung, Lage der Frauen, Filme für kleine Menschen. 290 S./DM 7,80. Erhältlich im linken Buchhandel oder über Medienzentrum Kreuzberg e. V. Mariannenplatz 2, 1 Berlin 36

(5/24) **"Wir machen, daß es sich verändert"** – Ein Film über die Arbeiterkommissionen und Stadtteilbewegungen in Barcelona 1976 – 72 min./Super 8/Farbe. Der Film kann gegen eine Leihgebühr ausgeliehen werden: Thomas Pampuch, Eisenacherstr. 101, 1 Berlin 30, Tel. 030/2165700

(5/25) **"John Heartfield-Fotomonteur"** – Der Film enthält bisher unveröffentlichtes Material, dabei wurde der Produktionsprozeß einiger Fotomontagen rekonstruiert, Regie: Helmut Herbst. Verleih: Zentral-Film, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36, Tel. 040/345544

(5/26) Knast-Story – Ein **Theaterstück über den Strafvollzug in der BRD.** Dauer 60 Min. Eine Eigenproduktion der Maloche in Zusammenarbeit mit Gefangenengruppen. 5 Szenen: Arrest – Wärter – Medizin im Knast – Arbeit – Familie. Weitere Informationen: R. Spieß, Postfach 1961, 462 Castrop-Rauxel oder Tel. 02305/14234 (Beate)

(5/27) **"Mit uns nicht mehr"** – Ein Film über Rationalisierungen, Produktionsauslagerungen, die Auseinandersetzungen im Betrieb und neue Kampfformen der Belegschaft. 16 mm/62 min. Verleih: DFFB, Pommernallee 1, 1 Berlin 19, Tel. 030/30361

STELLENANGEBOTE/STELLENSUCHE

(5/28) **Ärzte und Krankengymnastin** für Projekt Gruppenpraxis in Bielefeld gesucht. Karin Hoffmann, Ravensburgerstr. 47, 48 Bielefeld 1

(5/29) **Sozialarbeiter(in)** für Gruppenpraxis im Raum Darmstadt gesucht. AF Gesundheitswesen c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(5/30) Jugendzentrum sucht **Zivildienstleistenden** mit kaufmännischen, handwerklichen und pädagogischen Erfahrungen. Nähere Informationen: "Bastille" JZ in Selbstverwaltung, Rommelsbacher Str. 21, 741 Reutlingen, Tel. 07121/38631

(5/31) Elterninitiative sucht für die Kindergruppe einen staatlich anerkannten **Erzieher(in).** Kinderladen Ahlem e. V., Wunstorfer Landstr. 30, 3 Hannover 91, Tel. 0511/443696

(5/32) Suche spätestens zum 1.8. **Zivildienststelle** im Sozialbereich in Köln, Michael Horstmann, Oststr. 4, 535 Euskirchen

(5/33) Sozialpädagoge sucht dringend Stelle für **Berufspraktikum** im Raum NRW/Hessen. Erfahrungen in der Jugend(-bildungs)arbeit. Angebote an Sozialistisches Büro, Chiffre 5/33

(5/34) Im Schulversuch Glocksee Hannover ist zum Beginn des nächsten Schuljahres 1977/78 die Stelle eines **Grundschullehrers** zu besetzen. Der Bewerber muß die 2. Ausbildungsphase abgeschlossen haben und sollte männlich sein. Bewerbungen bitte umgehend an Schulversuch Glocksee, Glockseestr. 35, 3000 Hannover 1.

(5/34a) 20-Jähriger mit Hauptschulabschluß sucht **Lehrstelle als Offsetdrucker.** Arbeite beim Volksblatt mit und würde auch Stelle annehmen, wo der Umgang mit Offsetmaschinen beigebracht werden kann. Anfragen unter Chiffre 5/34 an Sozialistisches Büro

(5/35) Suche Stelle für das **Anerkennungsjahr als Erzieher** zum 1.9./1.10. im Bereich Jugendarbeit, Heimerziehung oder Obdachlosenarbeit. Hans Wulf, Eckernförder Str. 72, 23 Kiel, Tel. 0431/524886

ARBEITS-/WOHN-/FREIZEITKONTAKTE

(5/36) Suche Anschluß an undogmatische **Wohngemeinschaft** in Köln zum 1.7./1.8. Michael Horstmann, Oststr. 4, 535 Euskirchen

(5/37) **Wohngemeinschaft** Hannover: Ehepaar mit Kind sucht nette Leute, möglichst mit Kind, um zusammen ab Herbst ein Haus am Stadtrand mieten zu können. Heike und Hans Mönninghoff, Grindelberg 9, 2 Hamburg 13

(5/38) **Bibliothekarin** sucht Genoss(inn)en, die in ähnlichen Bereichen (z. B. Erwachsenenbildung) arbeiten im Raum Bayern. Briefe unter Chiffre 5/38 an Sozialistisches Büro

(5/39) Studentenehepaar (Sozialpädagogik) mit Kind (4 J.) sucht zur Gründung einer **Wohngemeinschaft** im Raum Reutlingen/Tübingen Paar oder Einzelperson mit Kind. Klaus Kern, Waiblinger Str. 21, 741 Reutlingen

(5/40) **Wohngemeinschafts-Ferien:** Wohngemeinschaft im Allgäu hat auf ihrem Hof im Sommer eine 3 Zimmer Einliegerwohnung frei und möchte sie an Gruppen vermieten. Anfragen unter Chiffre 5/40 an Sozialistisches Büro

(5/41) **Politische Kneipe** sucht für ihre Galerie Bilder, Fotos etc. mit politisch brisanten Themen bes. zum Thema AKW. Für Veranstaltungen sind wir auch an politischen Künstlern interessiert. Finkenkrug, Sternbuschweg 71-73, 41 Duisburg 1, Tel. 0203/373200

(5/42) Gebe **Deutschunterricht** für ausländische Arbeiter/Arbeiterkinder und preiswerten **Nachhilfeunterricht** für Haupt- und Sonderschüler. Karl Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(5/43) Langjährige **Wohngemeinschaft** im Odenwald zwischen Heidelberg und Mannheim (3 Erw./2 Ki.) sucht "emanzipierte", berufstätige Mitbewohner (auch mit Kind), Auto erforderlich. Zuschriften unter Chiffre 5/43 an Sozialistisches Büro

(5/44) Zur Gründung einer **Wohngemeinschaft** suchen wir (29/26/1 J.) Leute mit Kindern. E. Thies, F2 11, 68 Mannheim 1

(5/45) Bin arbeitslos und suche engagierte Leute, die mit mir eine **Arbeitslosen-Selbsthilfe** (Co op) aufbauen wollen. Thomas Herberg, Romaneyerstr. 186, 5060 Berg.-Gladbach

(5/46) Sozialpädagoge sucht Leute für den Aufbau einer **Wohngemeinschaft** oder schon existierende WG in Braunschweig. Interesse an einem längerfristigen Zusammenleben. Zuschriften unter Chiffre 5/46 an Sozialistisches Büro

(5/47) Wer hat Interesse an der Mitarbeit in einer **sozialistischen Schwulengruppe** Rote Schwule Fraktion, Postfach 100543, 42 Oberhausen 1

(5/48) Suche Kontakte und Materialien zum Aufbau eines **alternativen Projekts** im pädagogischen Bereich. Klaus-P. Pitsch, Hans-Sachs-Str. 13, 5 Köln 41

(5/49) Lehrerehepaar mit Baby sucht Leute mit Kleinkind(ern) zur Gründung einer **Wohngemeinschaft.** Tel. 06146/3840

(5/50) Wir möchten im Sommer mit anderen Erwachsenen und Kindern zusammen **Ferien** machen. Wer weiß was oder hat selbst Interesse. Jochen Kuhnen, Briefzeile 7, 43 Essen 14; Tel 0201/540226

MATERIALIEN GESUCHT

■ Thema: Free Radio – alternative Radiostationen im In- und Ausland, Bernd Trutenau, Anton-Wattendorff-Str. 1, 443 Steinfurt 2

■ Thema: Till Eulenspiegel (Kosten werden erstattet). Ruth Kübler, Raabestr. 43, 741 Reutlingen, Tel. 290442

■ Thema: UE Indianer in Nordamerika für Oberstufe Gymnasium (Kosten werden erstattet). Rolf Lappenbusch, Bismarckstr. 178, 28 Bremen 1, Tel. 0421/493619

TERMINE

■ **Irland-Solidaritätsveranstaltungen** Vom 1.-18.5. in folgenden Städten: Bochum/Hamburg/Hannover/Braunschweig/Salzgitter/Göttingen/Wiesbaden/Frankfurt/Mannheim/Heidelberg/Saarbrücken/Tübingen/Meerstädten/Zürich/Bern/München/Salzburg/Wien. Nähere Informationen: WISK, Postfach 35, 637 Oberursel 5, Tel 06171/73212 oder 0611/772221

■ **6. Überregionales Treffen forschrittlicher Berufsschullehrer und -studenten** vom 27.5.-30.5.77 in Schloßborn zum Thema: Alltag in der Berufsschule – Organisationsformen – Zusammenarbeit mit Schülern. Anmeldung: FI Wirtschaftspädagogik, Postfach 2604, 85 Nürnberg

■ **Kongreß "Praxis gruppenorientierter Lehr- und Lernverfahren in Unterricht und Lehrerfortbildung"** vom 27.-31.5. in Essen. Umfangreiche Informationsbroschüre kann über Bruno Peters c/o Studienbüro der Ruhruniversität, Postfach 102148, 463 Bochum 1 Tel. 0234/7002435 bestellt werden.

■ **Demonstration gegen Atomkraftwerke** am 14. Mai in Stuttgart 11.00 Uhr ab Marienplatz Inform. Gewaltfreie Bürgerinitiative, Weinbergweg 7, 7015 Korntal oder Sozialistisches Regionalbüro, Stuttgart

■ **AG Sozialpolitische Arbeitskreise** 13.-15.5. in Heidelberg: Koordinationstreffen der Jugendzentren im süddeutschen Raum; 18.-22.5. in Roßdorf: Obdachlosenpolitik in der BRD; 20.-22.5. in Oldau: Bedeutung des Strafvollzugsgesetzes für die Arbeit von Knastgruppen. Nähere Informationen: AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80

menarbeit" nicht ausschließlich dem Druck der Juso-Rechten angelastet werden. Schließlich war mit der Möglichkeit derartig massiver Angriffe zu rechnen, schon aufgrund der Erfahrungen während der Oppositionszeit. Am Scheitern dieses Kongreßbeschlusses ist vielmehr eine grundsätzliche Problematik in der Politik der Juso-Linken, insbesondere der "Stamokaps", deutlich geworden: dem theoretischen Schwanken zwischen marxistischen und illusionär-reformistischen Positionen entspricht im praktischen Verhalten das widersprüchliche Nebeneinander von verbaler Radikalität (mit häufigen Versuchen der "Stamokaps", die "Göttinger" links zu überholen) und tendenziellem Opportunismus gegenüber der Partei. Eine "Meisterleistung" zeigte hier Benneter mit seiner kurze Zeit später zurückgezogenen Ankündigung, in der ersten Reihe der Abrüstungsdemo zu marschieren. Jedoch gaben auch die "Göttinger" im Bundesvorstand dem Druck der Partei nach. Allerdings muß hier auch die Skepsis berücksichtigt werden, die etwa der Bezirk Hannover der Abrüstungsinitiative in der Vergangenheit entgegengebracht hat.

All dies läßt es zweifelhaft erscheinen, ob es der neuen Mehrheit tatsächlich gelingt, die Jusos "umzuorientieren". Die Parteiführung und die Juso-Rechte werden sich mit ihren ersten Erfolgen sicherlich nicht zufrieden geben. In den Fragen etwa des Kampfes gegen die Berufsverbote oder der westeuropäischen Bündnispolitik sind Konflikte schon vorprogrammiert. Eine Strategie der Juso-Linken für die künftigen Auseinandersetzungen, die unverzichtbare Positionen sozialistischer Politik in der SPD definiert, die die Grenzen der Nachgiebigkeit gegenüber dem Druck der Partei bestimmt und auch Perspektiven im Falle eines Scheiterns der "Umorientierung der Jusos" benennt, eine solche Strategie existiert nicht. Die in diesem Zusammenhang notwendige Diskussion der eigenen Bedeutung für die gesamte sozialistische Bewegung sowie des Verhältnisses sozialistischer Politik innerhalb und außerhalb der SPD ist erst ansatzweise beim "Göttinger Kreis" in Gang gekommen.

Angesichts dieser Entwicklungen kommt einer nicht-sektiererischen Politik der undogmatischen Linken gegenüber den sozialistischen Kräften in der Sozialdemokratie in den kommenden Monaten besondere Bedeutung zu. Die 9. Pfingstkongreß-These des SB-Arbeitsausschusses erhält hier einen konkret faßbaren Stellenwert: Es sei notwendig, "daß die Linke außerhalb der SPD sich nicht von der innerhalb der SPD, die sich als Sozialisten begreifen, trotz aller unterschiedlichen Einschätzungen in Strategie und Taktik trennen lassen darf. Vielmehr muß es das Ziel sein, einen beständigen Dis kussionsprozeß zwischen diese Teilen der linken Bewegung he zustellen... Das kann nicht heiße auf Kritik zu verzichten. Dies mu aber heißen, daß Diffamierung nic an die Stelle politischer Auseina dersetzung treten darf." Es ist fü die Linke außerhalb der SPD s cherlich nicht sinnvoll, angesich der innerparteilichen Konflik um die Möglichkeiten sozialist scher Politik in der Sozialdem kratie in der Rolle eines "weise Kommentators" zu verharren. Vie mehr muß in der Diskussion m den Juso-Genossen und in d praktischen Politik durch die au serparteiliche Linke einsichtig g macht werden, "wie sehr Sozia sten innerhalb der SPD darauf a gewiesen sind, daß außerhalb d Sozialdemokratie sich sozialist sches Potential frei entfalten kann (ebenda).

WILHELM FUNK
THOMAS JANSSE
UWE KREME

Gespräch mit Wolfgang Jüttner

"links": Im neuen Juso-Bundesvorstand befinden sich die bisherigen oppositionellen Strömungen des Juso-Verbandes ("Stamokaps", "nicht-reformistische Linke") in einer 4:3-Mehrheit. Bedeutet dies, daß sich dort in Zukunft zwei mehr oder weniger feste Blöcke gegenüberstehen? Anders gefragt: Welche inhaltlichen Differenzen gibt es innerhalb dieser neuen Mehrheit?

W. Jüttner: Es gibt im neuen Bundesvorstand sieben von der Bundeskonferenz gewählte Mitglieder. Diese orientieren sich an drei relevanten Strömungen im Verband bzw. beeinflussen diese. Damit ist eines unserer Ziele erreicht worden: Die bisherige Vorstandsmehrheit ist gebrochen worden, logische Folge der Tatsache, daß sie in immer geringerem Maße Leitungsfunktion für den Gesamtverband wahrnehmen konnte und in ihrer Einschätzung sozialdemokratischer Politik, in ihrem Kampf um den innerparteilichen Handlungsspielraum, in ihrem Alleinvertretungsanspruch linker Politik mehrheitlich kritisiert wurde.

Daß die "neue Mehrheit" kein festgefügter Block ist, liegt spätestens seit der eigenständigen Kandidatur von uns für den Bundesvorsitz auf der Hand: Neben theoretischen Differenzen über die Qualität des gegenwärtigen Kapitalismus, die Rolle des Staates und die Bedeutung der Sozialdemokratie im Klassenkampf gibt es Differenzen in der praktischen Politik der Jungsozialisten, Organisierung der Schülerarbeit, Einschätzung des SHB, Bedeutung eines Mobilisierungsansatzes für eine sozialistische Strategie, Aktionsprogramm zur Vergesellschaftung z. B., die einer prinzipiellen und selbst im Detail unauflösbaren innerverbandlichen Bündnispolitik inhaltliche Schranken entgegensetzen. Von diesen Differenzen unberührt ist jedoch die Bereitschaft, mit dem neuen und von uns gewählten Vorsitzenden der Jungsozialisten kooperativ zusammenzuarbeiten und ihn gegen öffentliche und innerverbandliche Diffamierungen in Schutz zu nehmen.

"links": Man konnte sich in den letzten Jahren nicht des Eindrucks erwehren, daß Juso-Bundeskongresse sehr stark abgehoben von den konkreten Problemen der Juso-Basis und der Juso-Politik zwischen den Kongressen ablaufen. Dies wirft die Frage danach auf, welche konkret faßbaren Änderungen der Juso-Politik im Gefolge des Hamburger Kongresses zu erwarten sind. Handelt es sich nicht letztlich nur um einen Austausch von Personen?

W. Jüttner: Die konkrete Arbeit des Juso-Vorstandes in der nächsten Zeit wird beweisen, daß in Hamburg mehr als nur Personenaustausch vollzogen worden ist, sondern daß veränderten inhaltlichen Mehrheiten personelle Konsequenzen folgten. Dabei befindet sich die "neue Mehrheit" in einem vielfältigen Dilemma: a.) die veröffentlichte Presse hat die Jungsozialisten als Bürgerschreck reaktiviert, b.) die SPD kompensiert ihre eigene Schwäche als Regierungs- und Wahlpartei – ob Rentendebakel, Hessenwahl oder Nichtinanspruchnahme der Berufsbildungsabgabe, die Liste ist schier unerschöpflich – durch innerorganisatorischen Machteinsatz zur Demonstration von Stärke, c.) die bisherige Mehrheit im Bundesvorstand steht unter dem Widerspruch, einerseits durch die Art ihrer innerverbandlichen Konfrontation nicht die Verantwortung für ein Auseinanderfallen der Jungsozialisten verantworten zu können, andererseits aber das Scheitern der "neuen Mehrheit" praktisch werden zu lassen, um die eigenen Ausgangspositionen bei der Wiedergewinnung der Mehrheit zu verbessern. Hinzu kommt als weitere Behinderung eine nicht auszuschließende innerparteiliche Gängelung.

Trotz dieser Schwierigkeiten werden wir versuchen, die Publikationspolitik des Verbandes auf marxistischer Grundlage neu zu strukturieren und die Voraussetzungen für eine fundierte theoretische Auseinandersetzung zu schaffen. Ziel ist dabei auch, zu einem rationaleren Verhältnis zu anderen linken Gruppen zu gelangen, ohne sich deshalb durch die abstrakte Frage: "Wie hältst Du es mit der DKP?" die praktische Arbeit blockieren zu lassen. Bei der Arbeit in unseren spezifischen Arbeitsfeldern, dem Ausbildungssektor mit über 500 Schüler- und fast 100 Hochschulgruppen, der Arbeit innerhalb der Arbeiterjugend und ihrer Organisation, der DGB-Gewerkschaft und in der Organisierung der Freizeitarbeit müssen wir uns davor hüten, lediglich quantitative Erfolgsmaßstäbe anzulegen. Gerade hier wird es darauf ankommen, die Basisarbeit stärker als bisher inhaltlich zu fundieren. Damit soll von anderen Linken oftmals zu Recht kritisierten Tendenzen zur Unterordnung der Juso-Basisarbeit unter das Konzept partei- bzw. regierungsamtlicher "Vertrauensarbeit", wie sie vor allem im letzten Wahlkampf zu beobachten waren, entgegengewirkt werden.

"links": Ihr behauptet, daß sozialistische Politik in der SPD möglich und notwendig sei. Wie begründet der hinter Dir stehende Juso-Flügel diese Auffassung? Welche Perspektiven gibt es für Marxisten in der SPD? Wie definiert Ihr das Verhältnis von Sozialisten in der SPD zur gesamten sozialistischen Bewegung?

W. Jüttner: Sozialistische Politik ist nicht nur, aber auch in der SPD möglich. Eine sozialistische Bewegung, der es ernst ist mit dem Anspruch, Selbstverantwortung und -verwaltung realisieren zu helfen, kann sich nicht isolieren, weder vom Grad des Klassenbewußtseins noch von den Organisationen, auf die die grosse Masse der Lohnabhängigen orientiert ist. Dies sind in der BRD unzweifelhaft die SPD und die Gewerkschaften. Von daher ist es geradezu erforderlich für Sozialisten, eine umfassende Politisierungs- und Mobilisierungsstrategie zu entfalten, die neben anderen Tätigkeitsfeldern der Arbeit in den Massenorganisatione der Arbeiterbewegung einen wic tigen Platz einräumt. Da die SP als zentrales materielles Prinzip d des Wahlgewinnens hat und die Wa len sich als Politisierungsprozeß nied zuschlagen vermögen, ist eine Wan lung der SPD – wenn man so w als mittelfristiges Ziel – hin zu ein konsequent reformistischen Par eine wichtige Etappe, die im Intere se einer bundesrepublikanischen G samtlinken liegt. Wenn wir uns a Teil einer Gesamtlinken betrachte so sind zwei Nachbemerkungen n tig: 1. Unsere Mitarbeit in der SPD nicht taktisch motiviert, die tagtägli zur Disposition steht, und 2. w müssen erwarten können, daß d Linke außerhalb der SPD ihrerse bereit ist, die Bedingungen zu respe tieren, die unsererseits mitunter ei institutionalisierte Kooperation e schweren. Wer nur den integratio stischen Charakter der Jungsozia sten herausarbeitet, schadet der Li ken insgesamt. Damit soll nicht d Möglichkeit der gegenseitigen K tik genommen werden, aber die K tik sollte sich häufiger am Gegé stand abarbeiten und nicht an dess Fiktionen.

"links": Wo siehst Du konkrete B rührungspunkte von Jusos und auße parteilicher Linken bzw. SB?

W. Jüttner: Gerade der Juso-Bez Hannover, dem ich angehöre, h sehr viel von der Theorie- und Str tegiedebatte im Umfeld des Sozi listischen Büros gelernt. Wo es i haltliche Berührungspunkte gibt, Zusammenarbeit sinnvoll und mö lich. Das geschieht in einigen Orte in Hannover z. B. kürzlich dur eine gemeinsame Veranstaltung v Jungsozialisten, SB und Falken Wolf Biermann. Auf Bundesebe wäre es notwendig, gemeinsam a Aufbau einer Bürgerrechtsbewegu gegen die Repression zu arbeite

(Wolfgang Jüttner ist stellvertrete der Bundesvorsitzender der Jus und ehemaliger Vorsitzender d Bezirks Hannover)

Bürokratische Herrschaft und Arbeitsteilung

SZ Tübingen

Kritik der Sowjetgesellschaft

n großer Teil der Kritiker der aktuellen Repressonsmaßnahmen in den Sowjetgesellschaften cheint sich offenbar in einem Punkt über den harakter dieser Maßnahmen einig zu sein: Es ird einhellig diagnostiziert, daß es sich bei der nschränkung und Aushöhlung der in den jeweiigen Verfassungen und in der Helsinki-Schlußakte rmal zugestandenen Freiheitsrechte um einen onflikt zwischen Sozialismus und Demokratie andelt. Den bürgerlichen Kommentatoren ist die nterdrückung der Opposition ein willkommener hlaß, erneut die Unvereinbarkeit von Freiheit nd Sozialismus zu beweisen und gleichzeitig e Zustände im "demokratischen Westen" zu eisen.

emgegenüber reagieren Teile der Linken auf e aktuelle Repression, indem sie die untrennare Einheit von Sozialismus und Demokratie postueren und an die Staatsführer der osteuropäichen Länder den Appell richten, dies doch in rer Politik entsprechend zu berücksichtigen (1). Dai unterstellen sie, daß es sich zumindest in rundzügen um sozialistische Gesellschaften hanelt und zwischen Linken hier und den verantortlichen Führern in den Partei- und Staatsaparaten dort letztlich gemeinsame Vorstellungen ber eine anzustrebende sozialistische Demokratie errschen. Daß die Machthaber in den Sowjetesellschaften jedoch ein ganz eigenes Verständs von sozialistischer Demokratie haben, und aß dessen Eigentümlichkeiten auf gerade nichtozialistische Produktionsverhältnisse hinweisen, ollen wir zunächst einmal exemplarisch am eoretischen Anspruch der DDR zeigen.

Was versteht die DDR unter sozialistischer Demokratie?

ach dem Anspruch der SED herrscht in der DR die Diktatur des Proletariats und damit auch ozialistische Demokratie, deren Wesen in der ewußten Gestaltung des gesellschaftlichen Leens durch die Produzenten besteht. So heißt s im Philosophischen Wörterbuch (DDR): "In dier bewußten Gestaltung des gesellschaftlichen ebens durch die arbeitenden Menschen selber gt das Wesen der sozialistischen Demokratie. urch die Einbeziehung einer ständig wachsenden ahl und schließlich aller Menschen in die Leng der gesellschaftlichen Prozesse werden die enschen befähigt, die objektiven Gesetze der esellschaft immer besser zu erkennen und sie ewußt im Interesse der Weiterentwicklung der esellschaft auszunutzen."

ozialistische Demokratie wird also näher bestimmt s "Erkennen objektiver Gesetze" und "Einbezien in die Lenkung gesellschaftlicher Prozesse". esen Einschränkungen entspricht der Führungsnspruch der SED, der neben klassischen lenistischen Argumentationen vor allem mit angeblich bjektiven Notwendigkeiten der Produktivkraftentcklung begründet wird. Mit bemerkenswerter arheit heißt es in der offiziösen "Deutschen eitschrift für Philosophie": "Die Partei als Vorhut arbeitet in ihren Beschlüssen und Dokumen-n, was erforderlich ist, um das System der bjektiven Gesetze der sozialistischen Gesellschaft nter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingunen zu verwirklichen und organisiert mittels des ozialistischen Staates das Handeln der Volksassen zur Verwirklichung des historisch Notwengen" (2).

emokratie, verstanden als kollektive Selbstgestaltung der Lebensverhältnisse, ist aber nach Vorgabe der "objektiven Gesetze" durch die Partei nicht mehr möglich. So beschränkt sich sozialistische Demokratie schon im Anspruch der Herrschenden der DDR auf Mitwirkung bei der Durchführung von gerade eben nicht demokratisch gefällten Beschlüssen. Sozialistische Demokratie hat damit instrumentellen Charakter, sie ist Mittel zur Optimierung der Leitungsprozesse. Unter Berufung auf "objektive Gesetzmäßigkeiten", womit in erster Linie die Entwicklung der Produktivkräfte gemeint ist, bleibt die "Mitwirkung" der Produzenten in erster Linie auf den Vollzug einer quasi naturhaften Produktionslogik eingeschränkt. Zentral ist deshalb die Frage, ob die vielberufenen "objektiven Gesetzmäßigkeiten" tatsächlich naturhafte Zwänge ausdrücken oder ob nicht hinter der scheinbar objektiven Produktionslogik bestimmte, noch

Рисунок И. СЕМЕНОВА

№ 9 МАРТ 1976

Zum Abschluß des XXV. Parteitages brachte die bekannteste sowjetische satirische Zeitschrift »Krokodil« auf ihrer Titelseite die oben abgedruckte, im Original in rötlich-braunen Farbtönen gehaltene Abbildung, die wohl kaum als Karikatur im engeren Sinne gemeint ist. Einige der aus den Kremltoren herausströmenden Delegierten tragen unter dem Arm ein rotes Buch mit der Aufschrift »Direktiven des Parteitags« – man fühlt sich an das bekannte rote Büchlein in einem großen Nachbarland der Sowjetunion erinnert. Das Plakat an der Kremlmauer verkündet: »Wir werden die Beschlüsse des XXV. Parteitags verwirklichen!« Und das Gedicht lautet: »Von hier aus nimmt der Fünfjahrplan Anlauf zu den schwierigen und heldenmütigen Arbeitsschichten, die Wachablösung schreitet zu den Fabriken und Farmen, zu den Martinöfen und Gruben.«

genauer zu untersuchende soziale Beziehungen stehen, die Ausbeutung und Herrschaftverhältnisse beinhalten.
Verweisen die Rechtfertigungen zur Einschränkung der Selbstbestimmung der Produzenten auf den materiellen Produktionsprozeß, so ist klar, daß eine Analyse der "Deformation" und "kritikwürdigen Entartungen" in den Sowjetgesellschaften nicht der politischen Sphäre verhaftet bleiben darf. Setzt die Untersuchung nur an der Nichtvergesellschaftung von Planung und Leitung an, ohne sich auf den Charakter der Arbeit zu beziehen, so kann die Tatsache, daß die Arbeiterklasse lediglich Objekt der zentralen Leitung in Partei und Staat ist, nur vordergründig mit dem Hinweis auf die Interessen der Bürokraten an persönlichen Privilegien erklärt werden. Uns geht es deshalb im folgenden darum, den Zusammenhang von politischer Repression und ökonomischer Struktur, auf dessen Bedeutung bereits Schmiederer und Conert in ihren jüngsten "links"-Artikeln hingewiesen haben, etwas grundsätzlicher zu untersuchen und daraus entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen.
Dazu halten wir es allerdings für unumgänglich, zunächst relativ theoretisch auf den grundlegenden Charakter der Arbeit in den Gesellschaften Osteuropas einzugehen. Wir können Ursula Schmiederer dort nicht zustimmen, wo sie aus ihrer Kritik an der "links"-Diskussion 73/74 den Schluß zieht, daß die Frage unseres politischen Verhaltens zu den Widersprüchen der RGW-Länder den Rahmen wissenschaftlicher Analysen sprengt. Im Gegenteil: Gerade die von Schmiederer geforderte klare Entscheidung gegen die Herrschenden und für die Dissidenten setzt voraus, daß wir wissen, was die von ihr auch "Stellvertreter" genannten eigentlich vertreten: Einen Sozialismus auf Irrwegen – dann sind die Appelle, wie sie auch vom SB kamen, richtig – oder aber Herrschaftsinteressen in einer relativ eigenständigen Gesellschaftsformation – dann kommt es tatsächlich darauf an, offen gegen sie Partei zu ergreifen.

Die gesellschaftliche Qualität der stofflichen Seite des Produktionsprozesses

In seinem Beitrag zur "links"-Diskussion 73/74 hatte Elmar Altvater an der alten Formel Lenins zur Bestimmung der Übergangsperiode festgehalten: "Sozialismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes."
Dieser Formel, dem prägnanten Ausdruck der bolschewistischen Revolutionsperspektive, entspricht es, zwischen zweierlei sich äußerlichen Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft zu unterscheiden: Zum einen die stofflichen, worunter in leninistischer Tradition Produktivkraftentwicklung nach kapitalistischem Vorbild verstanden wird, zum anderen die gesellschaftlichen Voraussetzungen, was zunächst vielleicht noch Macht der Sowjets bedeutet haben mag, dann aber zur Herrschaft des Partei- und Staatsapparats verkam. Demgegenüber stellt Conerts Artikel in der April-"links" ausdrücklich in Frage, daß eine an kapitalistischen Gesellschaften orientierte Produktivkraftentwicklung mit sozialistischen Gestaltungsformen der materiellen Produktion zu vereinbaren ist. Während die Sowjetideologie den Begriff der Produktionsverhältnisse auf Eigentums- und Aneignungsverhältnisse reduziert und damit die konkrete Gestalt der Arbeitsprozesse zur rein technischen, von gesellschaftlichen Beziehungen unabhängigen Angelegenheit macht (3), benutzt Conert diesen Begriff im Sinne von Marx. D. h. er versteht darunter die Gesamtheit der Verhältnisse, die die Menschen in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens untereinander eingehen.
So verstanden, ist die stoffliche Seite des Arbeitsprozesses, wie ihn das Kapitalverhältnis hervorbringt, auch nicht, wie es die Sowjetideologie unterstellt, schlichte Notwendigkeit der Naturaneignung. Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeitenden findet vielmehr ihren Ausdruck auch in Technik und Arbeitsteilung.
Finden wir in den Sowjetgesellschaften nun eine Gestalt der Arbeit, die der kapitalistischen soweit entspricht, daß es offensichtlich ohne Schwierigkeiten möglich ist, ganze Fabrikanlagen aus dem Westen zu importieren, so kann von einer sozialistischen Ökonomie nicht die Rede sein. Weiter scheint uns der Begriff der Übergangsgesellschaft, auch wenn das Wertgesetz nicht mehr das vergesellschaftende Prinzip darstellt, deshalb fehl am Platz, weil der Charakter der Arbeit in den osteuropäischen Gesellschaften gerade nicht ein Überbleibsel aus der vorrevolutionären Vergangenheit ist. Historisch bestand vielmehr die Industrialisierungspolitik der Bolschewiki gerade darin, in einem Prozeß des "Einholens und Überholens" eine dem kapitalistischen Vorbild entsprechende Produktivkraftentwicklung in Gang zu bringen. Und heute, nach mehr als 50 Jahren, läßt sich wohl sagen, daß sich der vom Kapitalismus grundsätzlich nicht verschiedene Charakter der Arbeitsprozesse in eigenen gesellschaftlichen Verhältnissen reproduziert.
Mit der Feststellung, daß einerseits das Wertgesetz fehlt, andererseits eine dem Kapitalismus analoge Gestalt der Arbeit sich beständig reproduziert, ist aber eine Analyse der sowjetischen Produktionsverhältnisse noch nicht geleistet. Es bleibt auch insbesondere noch unklar, welcher systematische Zusammenhang zwischen Produktionsprozeß und bürokratischer Herrschaft besteht. Der Hinweis Conerts auf die "Fixierung der Führung auf kapitalistische Formen und Inhalte der Produktivkraftentwicklung" reicht, was allen klar sein dürfte, da sicherlich nicht aus. Deshalb halten wir es für entscheidend, genauer zu untersuchen, wie Herrschaft über die Produzenten im Arbeitsprozeß selbst angelegt ist.

Arbeitsteilung und Bürokratie

Obwohl in den Sowjetgesellschaften im eigentlichen Sinn keine Wertproduktion mehr stattfindet, stehen die Arbeitsprozesse, also die Aneignung der Natur und die dabei eingegangenen sozialen Beziehungen, unter der Logik der Mehrproduktmaximierung. Auf die Seite des Verhältnisses zur Natur, die natürlich mehr umfaßt als Umweltzerstörung etc., kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Zur Analyse der sozialen Beziehungen im Arbeitsprozeß scheint uns die Kategorie der Arbeitsteilung zentral zu sein. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Mit Arbeitsteilung ist hier nicht, wie in den Beiträgen von Johann Eggert zur Diskussion 73/74, die Fortführung einer schon in der Arbeiterbewegung existierenden Trennung zwischen "Leitern und Ausführenden" gemeint. Uns geht es um den Begriff der Arbeitsteilung, wie er von Marx als grundlegende Kategorie zur Analyse der Produktionsverhältnisse jeder Gesellschaftsformation bestimmt wurde. Darüber hinaus halten wir es wegen besagter Übereinstimmung in den Arbeitsprozessen von kapitalistischen und Sowjetgesellschaften für richtig, an der gesellschaftlich spezifischen Arbeitsteilung, wie sie vom Kapitalverhältnis hervorgebracht wurde, anzusetzen.
Im vierten Abschnitt des Kapital über die Produktion von relativem Mehrwert zeigt Marx, wie sich die Herrschaft des Kapitals über die lebendige Arbeit im Arbeitsprozeß selbst realisiert. Dabei ist entscheidend, daß über die Stationen der einfachen Kooperation und der Manufaktur bis zur maschinellen Produktion der Industrie eine Arbeitsteilung entsteht, in der der unmittelbare Produzent auf eine Detailfunktion beschränkt und vom gesellschaftlichen Wissen über die Produktionsvorgänge getrennt wird. Im selben Maß, wie seine Tätigkeit zur inhaltslosen Datailarbeit und der Arbeiter selbst zum Anhängsel der Maschine wird, treten die "geistigen Potenzen" und der gesellschaftliche Charakter der Produktion dem Arbeiter fremd als Herrschaft des Kapitals gegenüber. Es entsteht so die scheinbar rein technische Notwendigkeit, das Wissen über die einzelnen Arbeitsvorgänge sowie ihren gesellschaftlichen Bezu aufeinander in einer Hierarchie von Anleitung und Kontrollfunktionen gegen die Produzente durchzusetzen, das "Kommando des Kapitals" damit zur "wirklichen Produktionsbedingung" gewo den (Marx).
Aus der Tatsache, daß die Herrschaft über d Produzenten nicht nur in der Aneignung ihr Produkte liegt, sondern in Technik und Arbeit teilung zur wirklichen Produktionsbedingung g worden ist, läßt sich der einfache Schluß ziehe daß ohne Umwälzung der Arbeitsprozesse d Selbstbestimmung der Arbeitenden – sozialistisch Demokratie also – unmöglich bleibt.
In der Geschichte der Sowjetgesellschaften wi man spätestens seit Beginn der Stalinschen I dustrialisierungspolitik vergebens nach Ansätz zur Schaffung einer neuen Qualität der Arb Ausschau halten. Beim Aufbau industrieller Produ tionskapazitäten wurde in der SU, anders a im kulturrevolutionären China, niemals der Ve such unternommen, die sozialen Beziehungen Arbeitsprozeß umzugestalten. Im Gegenteil: St menschlichere Tätigkeiten zu entwickeln, die A beitsteilung abzubauen und damit den Leistung und Kontrollhierarchien den Boden zu entziehe hatte die Politik des "Einholens und Überholen v. a. dort Erfolg, wo sie die vom Kapitalism vorexerzierten Methoden der Mehrproduktau pressung perfektionierte. Um hier nicht falsch i terpretiert zu werden: Es geht natürlich nicht daru zu bestreiten, daß es vordringliche Aufgabe na einer sozialistischen Revolution ist, die ma riellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befr digen und hierzu die Produktion von Konsu tions- und Produktionsmitteln zu organisieren. Di gilt um so mehr, je weniger ein Land entwick ist und – wie eben die Sowjetunion nach d Oktoberrevolution – vor der Aufgabe steht, ein immensen Akkumulationsprozeß in Gang zu bri gen. Der Punkt ist aber der, daß dieser Proz nur dann ein Übergang in Richtung Sozialism sein kann, wenn gleichzeitig angefangen wi die sozialen Beziehungen im Arbeitsprozeß selb umzuwälzen. Geschieht dies nicht und beste die Politik des Partei- und Staatsapparates, w es in der Sowjetunion der Fall war und ist, dar eine an der kapitalistischen Produktionsweise orie tierte Gestalt der Arbeit gegen die Produzent durchzusetzen, so gilts zu fragen, ob schließli die Herrschaft der Bürokratie sich hierin nic eine materielle Grundlage schafft.
Die analoge Gestalt der Arbeitsprozesse zwisch Ost und West und damit die in den nachka talistischen Gesellschaften fortdauernde Notwe digkeit zur Beherrschung der Produzenten ka an einigen wenigen Beispielen illustriert werde Die heute in den kapitalistischen Ländern ans hende breite Durchsetzung der objektiven MT Systeme – ein weiterer Schritt in der Unterol nung der Produzenten unter die gegenständlich Produktionsbedingungen – hatte ihren rohen Vo läufer schon in der "Technischen Arbeitsnorm der stalinistischen Industrialisierung. Wie der Wec sel von der traditionellen Refa-Methode der Ze schätzung und Zeitmessung zu der mit wisse schaftlichen Vorgaben arbeitenden MTM-Metho die Verhandlungs- und damit Widerstandsmöglic keiten der Arbeitenden beseitigen soll, ging m bei der "Technischen Arbeitsnorm" von vornher von der Beschaffenheit der Maschine aus, u von deren optimaler Ausnutzung durch Rückrec nung die Arbeitsleistung des daranhängenden P duzenten zu bestimmen.
Ziel war es also, dem Bewegungsablauf der M schine entsprechende Detailarbeiten zu schaf und diese bis möglichst nah an die Grenze d maschinellen Kapazität zu intensivieren. Mit d "Technischen Arbeitsnorm" wurde Teilung und tensität der Arbeit von einem Produktivitätskriteriu bestimmt, das von der sozialen Qualität der A beitsprozesse absieht und zum alleinigen Inh das stoffliche Produktionsergebnis hat. Damit b stand für die Produzenten von vornherein kei Möglichkeit, das Produktionsergebnis in Beziehu

u setzen zum Charakter der zu verrichtenden ätigkeiten und den mit ihnen implizierten sozian Verhältnissen. Genau dies wäre aber der einge Weg, über den die Arbeiterklasse vom Objekt um Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung erden könnte!

s wundert uns wenig, daß es zwischen den u Anhängseln der Maschine gemachten Produenten und den anleitenden und kontrollierenden ierarchien nicht zu einer unmittelbaren Vergesellchaftung bzw. der vielzitierten "freien Assoziation" ommen konnte.

Ver nun meint, in dieser Hinsicht hätte sich in en heutigen Sowjetgesellschaften wesentliches eändert, der sei hier nur auf die Erfahrungsberichte in den Kursbüchern 38 und 43 verwiesen. ie sog. "Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" t lediglich verbessertes Mittel zur Unterordnung er Arbeitenden unter die angeblich objektiven achzwänge der stofflichen Produktionsbedingunen. Dies kann auch die DDR-Ideologie kaum ertuschen. Zwar beinhaltet die offizielle Zielsetzung eben einer Steigerung der Arbeitsproduktivität nd der Senkung des Aufwandes an vergegenändlichter Arbeit auch eine Verbesserung der rbeitsbedingungen und "die allseitige Entwicklung er sozialistischen Persönlichkeit und der Arbeitsollektive" (4). Daß mit der Persönlichkeitsentwickng aber nicht die Subjektwerdung der Produenten durch eine von ihnen bestimmte Umgealtung der Arbeitsprozesse gemeint ist, sondern as Erziehungsziel gerade in der Anpassung an roduktivitätszwänge besteht, zeigen die Konkretierungen des vierten Punktes sehr deutlich. Es eißt da, es müßten folgende "Qualitäten der ozialistischen Arbeiterpersönlichkeit in besonders mfassender Weise zur Reife gebracht (werden): ozialistischer Klassenstandpunkt, Verantwortung r das Ganze, Schöpfertum, sozialistischer Geeinschaftsgeist, Disziplniertheit, Streben nach ändiger Weiterbildung" (5).

aß gerade in der Unterordnung der Arbeitenden nter die Logik der Mehrproduktmaximierung die owjetgesellschaften immer wieder mal zum "Überolen" ansetzen, zeigen auch die aktuellen Veruche der DDR-Führung, die wirtschaftlichen chwierigkeiten durch Arbeitsintensivierungen zu eheben. Wer sich gelegentlich die Lektüre des Neuen Deutschland" zumutet, wird feststellen, aß in den letzten Monaten, über das normale aß hinaus, das Blatt nur noch so überquillt on Meldungen über erfolgreiche Produktivitätseigerungen und Arbeitsintensivierungen, worunr beispielsweise auch so originelle Neuerervorhläge verstanden werden wie der, das Dreihichtsystem nun auch in der eigenen Fabrik nzuführen.

otz andauernder Berieselung der Produzenten r Sowjetgesellschaften mit unerschöpflichen Vanten der Hegelschen Weisheit, daß wahre Freiit Einsicht in die Notwendigkeit bedeute, ist um zu erwarten, daß sich das Proletariat nun frei fühlt, ohne äußeren Zwang sich selbst t der "wissenschaftlichen Arbeitsorganisation", m progressiven Stücklohn und anderen "sozialistischen Errungenschaften" zu beglücken. Oder ders gesagt: Die Herrschaft der Bürokratie über s Proletariat ist nicht einfach Sache der Stellrtretung (Schmiederer) bzw. der Nichtvergesellhaftung politischer Planungs- und Leitungsprosse (Damus). Sie muß vielmehr, auf der Basis her dem Kapitalismus entsprechenden Technik d Arbeitsteilung, in ähnlichem Sinn als "wirkne Produktionsbedingung" verstanden werden, e bei Marx das Kapital und seine Funktionsger. An dieser Stelle ist Conerts Forderung ch empirischer Arbeit zur Analyse der Sowjetsellschaften recht zu geben, allerdings nach her empirischen Arbeit, die im ausgeführten Sinn tegorial angeleitet ist und also vor allem die ellung der Bürokratie in der gesellschaftlichen beitsteilung genauer zu untersuchen hätte. In eser Richtung sollten u. E. auch die geplan Seminare des SB über Probleme der ostropäischen Länder arbeiten.

Der Stellenwert politischer Repression

Anders als im Kapitalismus ist die Unterordnung der Produzenten unter die gegenständlichen Produktionsbedingungen sowie die der Gesellschaftsmitglieder insgesamt unter eine ihnen fremde Entwicklungslogik nun nicht mehr primär durch einen "stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse" vermittelt, dem sich die Individuen in der Sphäre der Konkurrenz zu unterwerfen haben. An dessen Stelle tritt eine "Zwangsvergesellschaftung" (Damus) durch Partei- und Staatsapparat, die wesentlich stärker Elemente unmittelbarer Herrschaft enthält. Denn der gesellschaftliche Charakter der weiterhin entfremdeten Arbeit kann nicht von den Produzenten selbst, sondern nur gegen sie über die Planung, Leitung und Kontrolle durch eine verselbständigte Bürokratie durchgesetzt werden. Die Herrschaft der Bürokratie hat also ihre materielle Grundlage in einem Arbeitsprozeß, der vom Charakter seiner Technik und Arbeitsteilung her gar nicht unmittelbar zu vergesellschaften ist. Die bürokratische Herrschaft legitimiert sich deshalb auch nicht von ungefähr mit der Notwendigkeit, die "objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus" wissenschaftlich zu ermitteln und vorzugeben. Auf der anderen Seite wird die Bürokratie ökonomische Schwierigkeiten und damit potentielle Gefährdungen ihrer Herrschaft mit forcierter Produktivkraftentwicklung à la Kapital und damit auf Kosten der Produzenten zu lösen versuchen. Nur so kann ohne Beseitigung der Grundlage ihrer Herrschaft in den Produktionsverhältnissen über Befriedigung individueller Konsumbedürfnisse eine breite, umfassende Krise vermieden werden. Das heißt nun nicht, daß eine kapitalistische Restauration anstünde. Der Widerspruch zwischen der mit zunehmender Naturbeherrschung immer greifbareren Möglichkeit, die Produktion auch von der Seite des Arbeitsprozesses, also der Technik und Arbeitsteilung, demokratischen gesellschaftlichen Entscheidungen zu unterwerfen, und dem gleichzeitigen Fortbestehen bürokratischer Zwangsvergesellschaftung bzw. den ihr zugrundeliegenden Produktionsverhältnissen, wird sich dabei auf höherer Ebene reproduzieren. Um die Bedingungen einer revolutionären Aufhebung dieses Widerspruchs, um die es uns zu gehen hat, näher bestimmen zu können, sind, neben der erwähnten genaueren Bestimmung der Bürokratie in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Einschätzungen der jeweiligen historischen Entwicklung der verschiedenen Lander, der jeweiligen politischen Kräfte und nicht zuletzt der internationalen ökonomischen und politischen Situation erforderlich. Dies kann in diesem Artikel nicht geleistet werden.

Dennoch glauben wir, grundsätzliche Bestimmungen einer sozialistischen Politik gegenüber den aktuellen Widersprüchen der Sowjetgesellschaften v. a. in drei Punkten geliefert zu haben.

Sozialistische Politik gegenüber den Widersprüchen der Sowjetgesellschaften

1. Die in den Produktionsverhältnissen begründete Zwangsvergesellschaftung kann nur über die Anerkennung der Autorität von Partei- und Staatsapparat funktionieren. Oppositionelles Verhalten, und sei es auch nur kultureller Nonkonformismus oder individuelles Ausflippen, was beides von bürgerlichen Gesellschaften relativ problemlos zu integrieren ist, trägt von daher prinzipiell systemgefährdenden Charakter. Die Bürokratie als vergesellschaftende Instanz wird schon da angegriffen, wo ihre moralischen und kulturellen Werte offen hinterfragt, erst recht, wo demokratische Freiheitsrechte zur Diskussion ihrer Zielsetzungen und Entscheidungen gefordert werden. Deshalb ist es nicht, wie Conert meint, eine bürgerlich verzerrte Sichtweise, auch im Konflikt zwischen den nichtsozialistischen intellektuellen Einzelkämpfern und dem Partei- und Staatsapparat einen Hauptwiderspruch der Sowjetgesellschaften zu sehen. Auch wenn es gilt, gegen die kleinbürgerlichen Perspektiven der Dissidenten Position zu beziehen, ihr Kampf gegen die bürokratische Herrschaft hat, wie U. Schmiederer zu recht feststellt, "Sprengkraft" und damit auch Bedeutung für die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse.

Von daher ergibt sich die konstituierende Funktion unmittelbarer Gewalt in den Gesellschaften sowjetischen Typs. Auch wenn statt massenhaften stalinistischen Terrors heute schwerpunktmäßig über materielle Anreize ein systemkonformes Verhalten der Individuen erreicht werden soll, so sind die interessenmanipulativen Formen der Herrschaftssicherung (Conert), wie eben der Begriff der Manipulation schon anzeigt, lediglich Instrumente der nicht zu hinterfragenden bürokratischen Autorität.

2. Der Kampf der Arbeiterklasse in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas darf sich nicht auf demokratische Forderungen beschränken, sondern muß, um die Grundlagen der bürokratischen Herrschaft anzugreifen, auch gegen den Charakter der Arbeitsprozesse gerichtet sein. In diesem Zusammenhang ist u. E. auch die chinesische Kulturrevolution aufzuarbeiten, die ja nicht umsonst zwei Momente umfaßte: Die Zerschlagung der bürokratischen "Hauptquartiere" und den Kampf gegen die Arbeitsteilung.

3. Aus beidem folgt, daß unser politisches Verhalten zu den aktuellen Konflikten in Osteuropa nicht aus Appellen an die sozialistische Moral der dortigen Machthaber bestehen darf. Denn damit wird doch der legitimatorische Anspruch der Partei- und Staatsbürokraten gerade gegenüber der Arbeiterklasse, nämlich diejenige Kraft zu sein, die den Sozialismus aufbaut, noch bestätigt. Zu recht hat Ursula Schmiederer mit Kuron und Modzelewski darauf hingewiesen, daß es zur Entwicklung einer eigenständigen sozialistischen Opposition notwendig ist, die Identifizierung von Partei und Sozialismus zu zerstören.

Tragen wir zu ihrer Fortsetzung bei, so erschweren wir zusätzlich den ohnehin nicht einfachen Prozeß der Klassenerfahrung der Arbeiter in den osteuropäischen Ländern. Stattdessen gilt es für die Linke in Westeuropa, in einer radikalen Kritik an der Bürokratie unmißverständlich klar zu machen, auf welcher Seite der Barrikaden sie steht und damit auch einen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Opposition in Osteuropa zu leisten.

Anmerkungen

(1) In diesem Sinn argumentiert sowohl der Offene Brief des SB in der Februar-"links", wie auch der Kommentar von Detlev Claussen zur Biermann Ausbürgerung vom Dezember.

(2) DZfPh 4/71, S. 509.

(3) Es scheint uns wert zu sein wiederzugeben, was das "Lehrbuch politische Ökonomie", ein sowjetisches Standardwerk, hierzu meint: "Die politische Ökonomie untersucht nur die ökonomischen Verhältnisse. Die technischen Verhältnisse sind dagegen untrennbar mit den Produktivkräften verbunden, sie bilden das notwendige Element der in Aktion befindlichen Produktivkräfte und gehören nicht zum Gegenstand der politischen Ökonomie. ... Die technischen Verhältnisse stehen in direktem Zusammenhang mit der Produktionstechnologie und der Arbeitsorganisation. So gibt es beispielsweise eine einem Großbetrieb entsprechend, dem technologischen Produktionsschema bestimmte Verteilung der Menschen auf die Arbeitsplätze und Produktionsabteilungen. Die operative Leitung ihrer Tätigkeit obliegt dem ingenieur-technischen Personal, den Meistern und Brigadieren. Im Produktionsprozeß stehen alle diese Menschen in einem bestimmten Zuordnungsverhältnis, das vom Produktionsprozeß selbst diktiert wird. Die Produktionsverhältnisse drucken stets die Aneignung der Produktionsmittel und der Arbeitsprodukte aus, sie sind Verhältnisse des Eigentums an den Produktionsmitteln und Arbeitsprodukten" (Lehrbuch der politischen Ökonomie, Bd. 1, Frankfurt 1972, S. 35)

(4) Kursbuch 43, S. 153.

(5) DZfPh, 8/72, S. 963

★

Drum bin ich rot geworden . . .

Josef-Maria Metzke Politische Biographie eines Genossen

Der nachstehenden biographischen Skizze des Genossen Josef-Maria Metzke kommt, so meinen wir, weitgehend exemplarischer Charakter zu. Es geht um die lebensgeschichtlich-politischen Erfahrungen breiterer Teile einer Generation in der BRD, die in den sechziger Jahren begonnen haben, diese Republik an ihrem eigenen Anspruch zu messen und sich dabei nach links politisiert haben – wofür sie heute mit Berufsverbot bestraft werden.

"links"-Redaktion

Zwei Jahre und drei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands erblickte ich im Jahre 1947 in der idyllischen schwäbischen Klein- und Beamtenstadt Ellwangen das Licht der Welt. Meine heimatvertriebenen Eltern übersiedelten jedoch sehr bald in die nahe, am Nordostrand der Schwäbischen Alb gelegene Kreisstadt Aalen. Mein Vater, ein studierter Jurist, arbeitete zunächst im dortigen Ausgleichsamt, war aber nach kurzer Zeit wegen einer schweren Krankheit arbeitsunfähig. Rechtsseitig gelähmt bezog er eine miese Rente und besserte die Haushaltskasse durch Latein-Nachhilfestunden auf. Meine Mutter arbeitete als Buchhalterin und sicherte mehr oder weniger allein die Ernährung von uns fünf Personen.

Wir waren drei Kinder – außer mir noch eine ältere und eine jüngere Schwester. Verwandtschaft gab es fast keine, nur den vom Schmied zum inzwischen pensionierten Kriminalbeamten aufgestiegenen Großvater väterlicherseits mit seiner Frau und die Schwester meines Vaters. Der Großvater mütterlicherseits war noch in der "alten Heimat" als Bergmann folgerichtig an Staublunge gestorben. Seine Frau, eine tschechische Köchin, lebte noch dort, der Pflege seines Grabes und des Marienaltars in der Dorfkirche gewidmet.

Als ein fast fanatischer Antimilitarist, prägte Vater uns Kinder stark durch seinen ausgeprägten Humanismus. Er war überzeugtes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die er für die Partei der kleinen Leute hielt. Von der Mutter kam mehr der katholische Aspekt, dem ich unter anderem meine Karriere als Meßdiener und Vorsänger der Aalener St. Johannes Chorknaben verdanke. Außerdem war ich in einer reichlich ständischen katholischen Schülerorganisation mit dem ekelhaften Namen "Bund Neudeutschland". Die Volksschule besuchte ich in Aalen,wo uns ein ehemaliger SA-Mann vor einem verstimmten, scheußlich klingenden Harmonium Aufstellung nehmen und "Am Brunnen vor dem Tore" singen ließ und uns ansonsten mit dem Rohrstock den Weg ins Leben ebnete. Da es klar war, daß wir Kinder aufs Gymnasium sollten und es ein humanistisches sein mußte, fuhren wir also täglich mit dem Zug die 16 Kilometer von Aalen nach Ellwangen. Die Existenz als Fahrschüler brachte eine gewisse Unabhängigkeit mit sich, die Hausaufgaben ließen sich sehr schön morgens im Zug abschreiben, und zu ärgern gab es auch immer jemanden. Das Peutinger Gymnasium, ein 300 Jahre altes, traditionsträchtiges ehemaliges Jesuitenkolleg, war ein altes Gemäuer mit einem Karzer und einem stellvertretenden Rektor, der einen Russisch-Kurs mit der sinnigen Begründung durchführte, es sei wichtig, die Sprache des Feindes zu kennen! Aber da gab es auch den Deutschlehrer, der Bertolt Brecht in die Schulbibliothek brachte...

Ich weiß, daß ich mich sehr früh mit einem Faschismus-Trauma herumplagte. Ich schämte mich, dem Volk der "Richter und Henker" anzugehören, das für die Vernichtung von sechs Millionen Juden und die Entfesselung zweier Weltkriege verantwortlich zu machen war. Wenn ich die Worte "Jud" und "Zigeuner" als Schimpfwörter gebrauchen hörte, war ich innerlich verletzt; das "wir haben das nicht gewußt"-Geschwätz hielt ich immer für eine Ausrede, für den untauglichen Versuch, das eigene Nichts-Tun zu rechtfertigen; als ich dann später zum ersten Mal den Begriff der "inneren Emigration" hörte, in die so viele honorige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens während des Faschismus angeblich gegangen sein sollten, erregte das bei mir nur noch Übelkeit...; daß es außer dem adligen, deutsch nationalen Widerstand auch einen von unten g geben hatte, wußte ich damals natürlich nic Und es gab niemand, der die ökonomischen H tergründe des Nationalsozialismus aufgezeigt u die Krupps und Thyssens, die IG-Farbens u wie sie alle heißen, als die Hauptverantwortlich gebrandmarkt hätte. So mußte denn mein A Faschismus dumpf quälende Anklage bleiben: n türlich gab es für mich die "Kollektivschuld" al Deutschen, war ich der festen Überzeugung, d "so etwas" in Deutschland jederzeit wieder g schehen könnte.

Die Konfrontation mit dem Erbe des Faschism war eigentlich allgegenwärtig. In dem "aber er h doch die Autobahnen gebaut" etwa, oder dur die Geschichtslehrer, die voller Rührung und B geisterung ihre Kriegsabenteuer zum besten gabe Da wohnte im Nebenblock ein gewisser H Thümmler, leitender Angestellter bei den Ca Zeiß-Werken, der 1964 im Frankfurter "Auschwi Prozeß" als Entlastungszeuge auftrat. Später fuhr ich, daß dieser Herr schon vor 1933 M glied der NSDAP war, SS-Mann, Leiter der Gesta in Katowice, verantwortlich für die Deportati von Polen ins Vernichtungslager Auschwitz. mehreren hundert Fällen hatte er als Standgerich vorsitzender fungiert, circa 60 Prozent der Ang klagten wurden zum Tode verurteilt, die ander ins KZ verschleppt.

Da gab es in meiner Familie einen im Kr gefallenen Onkel, ebenfalls bei der Waffen-S bei der Vernichtung des Warschauer Gettos schw verwundet und wohl auch im Vernichtungslag Maidanek eingesetzt. Da gab es die Großtan die von den Nazis wegen angeblicher Spiona mit dem Fallbeil hingerichtet worden war. A irgendeiner Fahrt mit den Chorknaben besucht wir das Konzentrationslager Dachau bei Münch was bei mir tiefe Erschütterung auslöste. Nat lich erzählte uns niemand, daß hier auch d Tischler Johann Jacob Elser ermordet word war, der das Attentat auf Hitler im Bürgerbrä keller ausgeführt hatte. Obwohl er aus König

"Aber die Hartnäckigkeit, mit der er Lehrer werden will, ist sein Problem"

17. April 1974: Josef-Maria Metzke legt die Erste Staatsprüfung ab, Note „gut"; im April Bewerbung an sämtlichen Bezirksämtern; Ablehnungen. November: Gespräch mit Schulrat E., der Einstellung in Aussicht stellt, im Dezember schriftliche Einstellungsbestätigung. 21. März 1975: Ablehnungsbescheid. April: Erneute Ablehnung. 5. Juni: Schreiben des Bezirksamtes Neukölln, Einstellungsvormerkung, mit dem Hinweis auf Zweifel an Verfassungstreue. 1. Juli: Klage M.'s auf Einstellung und einstweilige Anordnung zur vorläufigen Einstellung. 24. Juli: Anträge verworfen, Einspruch M.'s gegen diese Entscheidung. 6. August: Anhörung, M. antwortet schriftlich. 17. September 1975: M.'s Einspruch verworfen. Der Schulsenator wird von der Behörde um Entscheidung angerufen. Der verfügt am 12. April 1976 "... Auf Ihren Widerspruch vom 9. Mai 1975 hebe ich hiermit den Bescheid des Bezirksamtes Neukölln ... auf ... Das Bezirksamt wird aufgefordert, in die Prüfung nach Paragraph 9 Landesbeamtengesetz einzutreten und die Angelegenheit beschleunigt zu behandeln." Juli 1976: Anhörungsgespräch im Bezirksamt. Ein nächstes Gespräch wird für August 1976 anberaumt.

12. August 1976, Personalakte Blatt 7: "Einsatzmöglichkeit Arbeitslehre/Englisch; Blatt 8: Vermerk Schulrat E.: Vorschlag M. zum nächstmöglichen Termin als LzA mit voller Stundenzahl auf unbestimmte Zeit einstellen (5.12. 1975) Vermerk: Stellenplanmäßige Bedenken (9.12.74); Vermerk: NICHT EINSTELLEN -undatiert-. 13. August 1976: Antrag auf einstweilige Anordnung der vollständigen Akteneinsicht durch M.'s Rechtsvertreter; stattgegeben und in der mündlichen Verhandlung bestätigt, der Schulsenator legt Berufung ein, vor dem Oberverwaltungsgericht, – in der Begründnung erstmals Erwähnung neuer Verfassungsschutzauskünfte. 21. Dezember 1976: Das Oberverwaltungsgericht kündigt an, daß frühestens Februar 1977 mit einer Entscheidung zu rechnen sei; über die Akte versteht sich. – Am 24. Februar konnte RA Ziegler das vollständige Verfassungsschutzdossier einsehen. Es waren ergänzende Auskünfte zum Dossier vom 6.3.1975 angefordert worden. Der Verfassungsschutz nahm Stellung: "Zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen nehme ich wie folgt Stellung: 1. Die Information über die vorläufige Festnahme des Festgenommenen am 2.8.72 stammt aus einem Polizbericht. Über die in diesem Bericht niederg legten Einzelheiten hinausgehende Informat nen liegen mir nicht vor. 2. Eine einheitlic Zielsetzung ist den Mitgliedern der 'Cosim Kommune' nicht nachzuweisen. 3. Der Bew für die Mitgliedschaft des Obengenannten Hafthilfeausschuß der Roten Hilfe Westbe kann nicht geführt werden." – Am 24.3 erkannte das Berliner Landesarbeitsamt na Belehrung durch das Sozialgericht in der mün lichen Verhandlung den Anspruch des He Metzke auf Arbeitslosenunterstützung rückw kend an. – Am 28.3.1977 schrieb Bezir stadtrat Böhm: "Aufgrund der am 7. Juni 19 bzw. am 18.3.1977 mit Ihrem Mandanten, He Josef-Maria Metzke, in Ihrem Beisein gefü ten Gespräche, halten wir bestehenden Zw fel an seiner Verfassungstreue für nicht me gegeben ... Zu der vorliegenden Bewerbu Ihres Mandanten um Einstellung in den Sch dienst des Bezirks Neukölln teilen wir Ihr mit, daß wir nach wie vor keinen Bedarf das angebotene Wahlfach 'Politologie' habe

ronn, einem nicht weit von Aalen gelegenen Dorf stammte, wußten wir noch nicht einmal on seiner Existenz. Der genossene Heimatkunde-nterricht ließ uns zwar Länge und Breite des ochertales ausmessen, führte uns aber weder u den beiden Zweigstellen des KZ-Dachau in llwangen, noch zu der im mit Aalen zusammen-ebauten Wasseralfingen, wo von den 200 Häft-ngen, die dort für die Alfing-Werke als Zwangs-rbeiter schufteten, 60 starben! Dafür fand der portunterricht häufig in der Turnhalle einer Pan-er-Kaserne der Bundeswehr in Ellwangen, einer hemaligen SS-Kaserne statt. Da durften wir schon al mit einem Panzerspähwagen herumfahren und euten uns königlich, wenn wir die abendliche eremonie des Fahnenappells dadurch stören konn-en, daß wir frech "die Fahne hoch..." sangen.

lit dem Rythm´n´Blues, den Rolling Stones, den eatles kamen 1963 mit 16 Jahren die langen aare, die Schwierigkeiten, die Auflehnung gegen as muffige, satte Kleinstadtleben. "Come mothers nd fathers throughout the land, and don´t criticize hat you can´t understand, your sons and your aughters are beyond your command, your old oad ist rapidly agin´. Please get out the new ne, if you can´t lend your hand, for the times ey are a-changing" – sang Bob Dylan, und die nflätigen, wilden Pretty Things brüllten deutlicher: Hey, momma, keep your big mouth shut!" Wir aren eine verschworene Clique, hatten alle zu ause und in der Schule Krach, schlechte Zen-uren gehörten fast zum guten Ruf! Wir flogen egen unserer Haare aus den Kneipen, erlebten m eigenen Leib den Rassismus gegen alles, as anders aussah, anders dachte, gegen die ungewaschenen Gammler", die Negermusik hörten nd sich nicht zu benehmen wußten. Wir tanzten eintrunken um die Büste des im Hohen Asperg ei Stuttgart elend zugrunde gegangenen Frei-eitsdichters Schubart und lachten uns über die ntrüstet-dummen Gesichter der Spießer scheckig, e mit Fingern auf uns zeigten und ihren Töch-rn den Umgang mit uns verboten.

ann 1965 die erste Reise dahin, wo so vieles ngefangen hatte – zum Cavern Club nach Liver-ool. Auf dieser ersten Englandreise gab es aber och andere Eindrücke: In London empfahl uns er Kellner einer Snack-Bar in Soho, nachdem die Nationalität von mir und einem Freund rkannt hatte, doch besser nach Auschwitz zu ehen. Ein anderes Mal warf uns der Fahrer nes Autos, der uns beim Trampen mitgenommen atte, wieder hinaus, als er merkte, daß es sich ei uns nicht um Holländer, sondern um Deutsche andelte. Im gleichen Jahr wurde ein anderer reund während einer Trampreise in Frankreich on einem Bauern mitgenommen, der ihn zu en Gräbern seiner Frau und seiner sieben Kin-er führte. Deutsche Soldaten hatten sie vor sei-en Augen erschossen. Im London dieser Jahre afen wir aber auch Beatniks, die das Atomwaf-ngegnerzeichen trugen, Protestlieder sangen und us dem "bürgerlichen Leben" ausgestiegen aren.

s auf dem Schulhof des Aalener-Schubart-Gym-asiums die Bundeswehr eine Ausstellung "Unser eer" durchführte, all die schönen Mordinstrumente besichtigen waren, Kinder auf Panzern herum-etterten und mit Hubschraubern mitfliegen konn-n, zogen wir mit Gitarren und Protestliedern d selbst angefertigten Plakaten, auf denen etwa lesen war "eure Honest-John reicht 45 km – d euer Verstand?", auf den Platz. Wir wurden schimpft und angespuckt, die Plakate verbrannt, sere Lieder mit lauter Marschmusik übertönt! n schneidiger Major fragte uns, ob wir über-upt wüßten, daß das Atomwaffengegnerabzei-en die Todesrune sei. Sie hätten wenigstens der Schule noch Runenlehre gehabt, aber ute ... Am nächsten Tag kam in der Lokal-esse unser Foto und ein zynischer Bericht mit m Titel "Die Beatles und die Bundeswehr", r den Lesern weismachte, daß wir alle mit-ander friedlich diskutiert hätten! Später erfuhren von dem Pressefotografen, daß sich Beamte

des Verfassungsschutzes aus Stuttgart bei ihm für unsere Namen interessiert hätten. Wir kriegten uns fast nicht mehr ein vor Lachen!

Natürlich verweigerte ich den Kriegsdienst und wurde nach einer dreistündigen Verhandlung mit all den bekannten, idiotischen Klischeefragen als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Beweggründe waren mein ausgeprägter Antimilitarismus und ein stark christlich motivierter Pazifismus, obwohl ich schon seit Jahren keine Kirche mehr von innen gesehen hatte. Damit hatte ich mich zum ersten Mal bewußt gegen "das Übliche" gestellt – daß "man" eben zur Bundeswehr zu gehen hatte. Die Reaktion meiner nächsten Umwelt war entsprechend: ich hätte mir meine Zukunft verbaut! Wir nahmen an den Ostermärschen teil, trugen Plakate gegen den Vietnamkrieg, auf denen napalmverbrannte Kinder abgebildet waren und erfuhren überrascht von den uns beschimpfenden Passanten am Straßenrand, daß wir alle "dreckige Kommunisten" seien. Als Adolf von Thadden und seine NPD in der Aalener Stadthalle eine Großveranstaltung abhielten und wir dagegen mit einem Sitzstreik demonstrierten, konnten wir erleben, daß eine Hundertschaft Polizei mit scharfen Hunden darauf achtete, daß die Neo-Nazis ungestört ihre Hetztiraden abziehen konnten.

Nach dem Abitur im Jahre 1966 zog ich nach München, um dort an der Ludwig Maximilian Universität die Fächer Zeitungswissenschaft, Germanistik und Geschichte zu studieren. Eine konkrete Berufsvorstellung hatte ich damals nicht. Neben der hochinteressanten Beschäftigung mit den literarischen Ergüssen eines Franz Grillparzer und dem Erlernen der Grundbegriffe der Zeitungswissenschaft war meine anfängliche Studienzeit geprägt von dem "schmutzigen Krieg der Amerikaner" in Vietnam, der Rassendiskriminierung in den USA, dem sich lautstark und frech zu Wort meldenden Neo-Faschismus in der BRD, dem Muff von tausend Jahren unter den Talaren einer autoritär-rückschrittlich orientierten Universitätshierarchie ... Eine Gesellschaft, die noch nicht einmal fünf Prozent ihrer Arbeiterkinder auf die Universitäten schickte, mußte in Frage gestellt werden! War es möglich, sich mit einem Staat zu identifizieren, den der ehemalige KZ-Baumeister Heinrich Lübke repräsentierte; mit einem Parlamentarismus, dessen Bundestag der einstige SA-Mann und Amtsleiter im "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund", Dr. Eugen Gerstenmaier, vorsaß; einer freien Marktwirtschaft – "frei" allerdings von jedem Mitspracherecht der Produzenten – für die der SS-Mann Hans Martin Schleyer, heute Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, stellvertretend stand?

Ich erinnere mich besonders an ein Ereignis ganz zu Anfang meiner Studienzeit: Im Lichthof der Universität fand eine Gedenkfeier für die Geschwister Scholl, Professor Huber und die anderen Mitglieder der von den Nazis ermordeten "Weißen Rose" statt. Die Festrede hielt ausgerechnet der Strafrechtler Prof. Dr. Maurach. Im 3. Reich war er aktives NSDAP-Mitglied, unter anderem Amtsgerichtsrat und durch Beiträge im "Weltkampf", dem zentralen Organ des Antisemitismus in Deutschland, hervorgetreten. Aber nicht etwa das Auftreten dieses "Rechts"-Wissenschaftlers war der Skandal, von dem anderntags die Presse zu berichten wußte, sondern die Störung dieses zynischen Spektakels durch uns "linksfaschistische" Studenten!

Am 2. Juni 1967 wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorg von dem Kriminalbeamten Karl-Heinz Kurass bei einer Demonstration gegen den Besuch von Schah Reza Pahlewi erschossen. Das, wie auch das Pistolenattentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968, die stürmischen Tage, die diesem Anschlag folgten und in München zwei Menschen das Leben kosteten, unser vergeblicher Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und die tiefe Enttäuschung über die große Koalition zwischen SPD und CDU waren die wohl entscheidendsten Erfahrungen in dieser Zeit. Und ich bezog zusammen mit anderen Freunden eine gemeinsame Wohnung. Gegen die dieser Gesellschaft verordnete Vereinzelung ihrer Mitglieder setzten wir die kollektive Lebensweise, die Erfahrung, daß eigene Probleme immer auch die der anderen waren, daß es möglich war, sich zärtlich umeinander zu kümmern! Gemeinsames Leben, Studieren und die Aktivitäten an unserem Institut waren für uns untrennbar miteinander verbunden. Mein erster Kontakt mit einer Studentengruppe in München war die DIS, die Deutsch-Israelische-Studiengemeinschaft. Hier erhoffte ich mir Antworten zur finsteren jüngeren deutschen Geschichte, glaubte so am besten gegen den Antisemitismus und Neo-Nazismus kämpfen zu können. Doch ich fand sehr schnell heraus, daß man das am wirkungsvollsten tat, indem man sich aktiv für eine wirkliche Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft einsetzte. Deutlichste Vertreter hierfür waren der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der Liberale Studentenbund (LSD) und der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten (GAST). Ich wurde Mitglied des SDS und engagierte mich aktiv in der studentischen Interessenvertretung am zeitungswissenschaftlichen Institut, das vom Herausgeber des rechtskatholischen "Rheinischen Merkur" geleitet wurde.

Unsere Vorschläge zur Studienreform fanden bei der Institutsleitung keine Resonanz, unserem An-

spruch, die Studenten bei der Planung und Durchführung von Vorlesungen zu beteiligen und ihnen bei Prüfungen ein Mitspracherecht einzuräumen, wurde mit disziplinarischen Mitteln begegnet. Wie "objektiv" diese Wissenschaft war, erkannten wir spätestens, als wir herausfanden, daß eine vergleichende Analyse von Springer-Blättern mit anderen Zeitungen vom Springer-Konzern finanziert wurde! Der studentische Unmut gegen diese Zustände machte sich am 12. Februar 1969 mit der "Besetzung" des zeitungswissenschaftlichen Instituts Luft. Wir gaben ihm den Namen des persischen Journalisten Bahman Nirumand, dem die Ausweisung in den Iran drohte, wo er mit der Todesstrafe zu rechnen hatte. Bei der nächtlichen Räumung des Instituts durch die Polizei wurden 43 Studenten festgenommen, darunter ich. Der Protest der Studenten an den bayrischen Hochschulen richtete sich damals vor allem gegen den sogenannten "Huber-Plan", das von Kultusminister Huber geplante neue Hochschulgesetz. Wir wehrten uns vor allem gegen das "Relegationsgesetz", das geplante neue Ordnungsrecht, nach dem vorbestrafte Studenten von der Uni verwiesen werden sollten. Dieses Gesetz "zur Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre" war vom Würzburger Staatsrechtler Prof. Dr. von der Heydte entworfen worden. Mit seiner Anzeige vom 1. Oktober 1962 gegen das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" wegen "Verrats von Staatsgeheimnissen" hatte dieser ehemalige SS-Mann und mit dem "Eichenlaub zum Ritterkreuz" hoch ausgezeichnete Oberstleutnant der Nazi-Armee die sogenannte "Spiegel-Affäre" ins Rollen gebracht. Wohl aus Dankbarkeit war er am 22. Oktober desselben Jahres als erster Reserveoffizier der Bundeswehr vom damaligen Verteidigungsminister Strauß zum Brigadegeneral befördert worden! Das Koordinationszentrum unseres studentischen Widerstandes waren die Räume des AStA in der Kunstakademie. Als diese von ihrem Rektor wegen angeblicher Ausschreitungen anläßlich eines Faschingsfestes geschlossen wurde, zogen anderntags, am 20.2.1969, mehrere hundert Studenten dorthin, um sie der Öffentlichkeit wieder zugängig zu machen. Im Verlauf des Polizeieinsatzes, der dieser "Besetzung" folgte, wurden 123 Studenten vorläufig festgenommen. Darunter befand auch ich mich.

Der Versuch, die veralteten Strukturen an den Universitäten aufzubrechen, der Protest gegen den Vietnam-Krieg, gegen die faschistische Militärjunta in Griechenland, gegen die Rechtsentwicklung in der BRD hatte Tausende von Studenten mit Polizeiknüppeln, Verhaftung und eingeleiteten Strafverfahren Bekanntschaft machen lassen. Für mich und andere, die sich nun auf ihre bevorstehenden Prozesse vorbereiteten, begann eine Zeit intensiver Beschäftigung mit der bundesdeutschen Justiz. Unser Glaube an die Unvoreingenommenheit deutscher Gerichte wurde durch die Tatsachen nicht gerade gefördert, daß an ihnen eine ganze Reihe ehemaliger Parteigänger des Nationalsozialismus tätig waren, von den Bundesrichtern am Bundesgerichtshof im Jahre 1960 etwa 80 Prozent schon vor 1945 im Staatsdienst waren, viele Nazi-Richter von der BRD-Justiz freigesprochen worden waren. Skandalösestes Beispiel hierfür war der Freispruch des Kammergerichtsrates a. D. Hans Joachim Rehse von der Anklage wegen Mordes im Jahre 1968. Rehse hatte als Hilfsrichter am Volksgerichtshof des "Blutrichters" Freisler an mindestens 231 Todesurteilen mitgewirkt. In der Begründung des Freispruchs durch das Schwurgericht beim Landgericht Berlin hieß es: "... Der Angeklagte hat weiter erklärt, er sei stets davon überzeugt gewesen, daß auch Freisler nicht das Recht gebeugt, sondern aus sachlichen Erwägungen und in dem Bestreben Recht gebrochen habe, den Bestand des gefährdeten Reiches zu sichern. Das Schwurgericht kann dem Angeklagten diese Einlassung nicht widerlegen. Ein strafbares Verhalten ist ihm ... nicht nachzuweisen. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ..., die das Schwurgericht für richtig hält, kann ein Richter wegen einer durch richterliche Entscheidung (Todesurteil) verursachten Tötung ... nur bestraft werden, wenn er die Entscheidung durch vorsätzliche Rechtsbeugung ... getroffen hat. Dieser Grundsatz gilt auch für den Angeklagten, der Berufsrichter am Volksgerichtshof war. Denn nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ... handelte es sich bei dem VGH um ein unabhängiges, nur dem Gesetz unterworfenes Gericht ... Da der Nachweis der Rechtsbeugung nicht zu führen ist, hat sich der Angeklagte auch keiner widerrechtlichen Tötung ... schuldig gemacht ... Mithin war der Angeklagte freizusprechen." Neben diesen traurigen Wahrheiten stießen wir auf die des Alltags in den Gefängnissen, Jugendstrafanstalten und Erziehungsheimen, in denen die Jugendlichen geradezu zwangsläufig erst zu wirklichen Kriminellen gemacht werden. Ich engagierte mich in der Arbeit mit entlaufenen Fürsorgezöglingen, in dem Versuch, sie zu "legalisieren", ihnen Arbeits- und Wohnmöglichkeiten zu verschaffen. Im Frühjahr 1969 mußte der Student Reinhard Wetter eine 8-monatige Gefängnisstrafe in der Jugendstrafanstalt Ebrach antreten. Er war der erste Student, der wegen seiner Teilnahme an einer Demonstration der APO ins Gefängnis mußte. Demonstrativ benannte ihn der Landesverband Bayern im VDS als Mitglied der "Anhörungskommission", die zum Hochschulgesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung Stellung nehmen sollte. Für die Zeit vom 15. bis 21. Juli war in

Wir haben Informationen über Sie...

Ebrach ein Zeltlager geplant, um gegen sein Inhaftierung und die Zustände im Strafvollzug in gesamt zu protestieren. Außerdem wollten w dort Schritte diskutieren, wie wir am wirkung vollsten der auf uns Studenten zurollenden Pr zeßlawine begegnen könnten – allein in Münche waren über 1000 Strafverfahren eingeleitet wo den. Doch es kam ganz anders. Zunächst ei mal war der Bauer, der uns eine Wiese zu Zelten zur Verfügung gestellt hatte, durch massiv Druck seitens der Polizei dazu gebracht worde seine Zusage zurückzuziehen. Das Zelten in d ganzen Umgebung Ebrachs wurde uns untersag wir waren die ganze Zeit mit einem massiv Polizeiaufgebot konfrontiert, ein Demonstrant wu de von einem Polizeihund gebissen, mehrere v uns von einer hysterisierten Bürgerwehr blu geschlagen ... Bei dem Versuch, mit dem zustä digen Landrat im Landratsamt Bamberg über d Zeltverbot zu diskutieren, wurde ich und vie andere vorläufig festgenommen und Strafverfa ren gegen uns eingeleitet.

Am 15.12.1969 wurde ich wegen meiner Teilna me an einer "Straftat ... im Zusammenhang ein zur Meinungsäußerung oder Meinungsbildung öffentlichen Angelegenheiten bestimmten Demo stration" – der "Besetzung" des zeitungswisse schaftlichen Instituts – wegen erschwerten Hau friedensbruchs zu 200.--DM Geldstrafe, ersa weise 20 Tage Haft verurteilt. Diese Urteil wur jedoch nie rechtskräftig, denn im Juni 1970 ich unter die von der neu gewählten SPD-Reg rung verkündete Amnestie, alle noch gegen mi laufenden Strafverfahren wurden eingestellt.

Im Verlauf dieser Jahre waren mir die Grenz der Studentenbewegung klar geworden. Ich ha erkannt, daß die notwendige demokratische V änderung der Gesellschaft nur von unten – v

Neuer Informationsdienst Sozialarbeit

Der Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 16, behandelt als Schwerpunktthema die Gewerkschaftsarbeit in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Den Angriffen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von "Klientel" und Sozialarbeitern kann nur organisiert begegnet werden. Alleine ist man dieser Situation ziemlich ausgeliefert, und viele passen sich den verschlechterten Bedingungen an oder gedenken zu überwintern. Dem entgegenzuwirken, erfordert auch eine an den Interessen der Kollegen orientierte Gewerkschaftsarbeit der Sozialarbeiter, Sozialpädagogen usw.

Mit diesem Heft des Info Sozialarbeit wird versucht, die historische Entwicklung und die Organisationsstruktur der ÖTV so übersichtlich wie möglich darzustellen (der Beschreibung liegt ein Plakat mit einer Organisationsübersicht bei) und einer Kritik zu unterziehen. Erfahrungsberichte aus Bielefeld und Frankfurt thematisieren die Schwierigkeiten, Erfolge und Niederlagen der bisherigen Arbeit in Betrieb, Vertrauensleutekörper und Fachgruppe. Das Verhältnis von ökonomischer Interessenvertretung, pädagogischen Zielen und politischem Selbstverständnis näher zu bestimmen und Gewerkschaftsarbeit einzuordnen in die Diskussion politisch-pädagogischer Kriterien für eine fortschrittliche Berufspraxis einerseits und einer sozialistischen Gesamtstrategie für alle gesellschaftlichen Bereiche andererseits, versucht ein Beitrag "Gewerkschaftsarbeit" und politische Organisierung von Sozialarbeitern.

Arbeitslosigkeit ist nicht mehr nur ein Phänomen, mit dem sich Sozialarbeiter, Sozialpädagogen etc. aus Berufsinteresse auseinanderzusetzen haben, vielmehr gehören mittlerweile viele von ihnen selbst zu den Betroffenen bzw. haben damit zu rechnen, sich in das Heer der arbeitslosen Jugendlichen, Frauen und Männer einzureihen. Hier für das eigene Berufsfeld genauer zu untersuchen, wie die Entwicklung in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern aussieht bzw. Fragen an eine solche Untersuchung zu formulieren, versucht ein Beitrag zur Berufsprognostik.

Neben dem Schwerpunktthema "Gewerkschaftsarbeit" enthält der Info wieder mehrere zusätzliche Berichte und Informationen: Arb loseninitiativen-Treffen und ruf der Initiativen zu einem greß – Angriffe auf die Auton der Jugendverbände – Heime hung beim Internationalen für Sozialarbeit – Aufruf zum H erzieherseminar – Jugendw gemeinschaftskoordinierungss – Sozialpolitisches Informati und Aktionszentrum Heidelbe Materialien und Kleinanzeigen.

Der Info Sozialarbeit, Heft 16, ur 96 Seiten und kann gegen Vo sendung von DM 5.-- (in Brief ken, Bargeld oder als V-Sc der Bestellung beifügen) direk zogen werden bei Verlag GmbH, Postfach 591, 6050 O bach 4; der Info ist jedoch in jeder linken Buchhandlun hältlich.

len Produzenten selbst – durchgeführt werden onnte. Eine Tätigkeit als Journalist bzw. Zeitungs-vissenschaftler kam für mich nicht mehr in Frage, eine konkrete Berufsalternative besaß ich jedoch icht. Im August 1970 starb mein Vater, ich unter-rach mein Studium zunächst, zog nach Berlin nd ging erst einmal arbeiten. Doch schon bei er Einstellungsuntersuchung bei der Firma Sie-nens wurde bei mir eine Lungentuberkulose fest-estellt – bis zum Mai 1971 lag ich im Kranken-aus.

n dieser Zeit faßte ich den Entschluß, Haupt-chullehrer werden zu wollen und an der Pädago-ischen Hochschule das Fach Politik zu studieren. So glaubte ich am wirkungsvollsten die gemachten Erfahrungen fruchtbar anwenden zu können, denn: Unwissenheit, Angst, Alternativlosigkeit – das st der Nährboden, der den Weizen reaktionären Gedankenguts fett werden läßt." Das stammt nicht on mir, sondern so hat es der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinz Oskar Vetter erst kürzlich formuliert. Ich lebte mit Freun-en zusammen, die alle in Westberliner Groß-etrieben arbeiteten, lernte auf diese Weise eine Realität kennen, die mir bis dahin ziemlich un-ekannt gewesen war. Ich wollte ein Lehrer wer-en, der sich aktiv für die Interessen der Arbei-erkinder einsetzt, der sich bewußt an die Seite erjenigen stellt, die durch ihre Arbeit den ganzen eichtum dieses Landes täglich erst schaffen. n Mittelpunkt des Studiums stand für mich der chulpraktische Teil, die Planung und Durchfüh-ung von Unterricht. Neben dem obligatorischen idaktikum arbeitete ich mit Lehrern bei der Rea-sierung von Unterrichtsvorhaben zusammen, führ-einen Schularbeitszirkel an einer Grundschule urch und gab dem Sohn eines wegen "poli-sch motivierter Straftaten" Inhaftierten Nachhil-eunterricht. Ich betreute einen Jugendlichen in er Jugendstrafanstalt Plötzensee und arbeitete usammen mit anderen Studenten im Rahmen er Gruppentherapie im Haus IV (Schulstation) er Strafanstalt Tegel. Die ganze Erbärmlichkeit nd Unmenschlichkeit eines Strafvollzugs, der ach wie vor in erster Linie Vergeltung übt und ben nicht die gesellschaftlichen Ursachen der riminalität hinterfragt, wurde mir spätestens dann ewußt, als sich ein Gefangener aus einer unse-r Gruppe in Tegel das Leben nahm. Weitere ichtige Erfahrungen brachte mir die Organisie-ng einer Ferienreise von 50 Kindern aus einem bdachlosenasyl in Kreuzberg.

nd selbstverständlich nahm und nehme ich mir as Recht heraus, wegen "politisch motivierter traftaten" Inhaftierte zu besuchen und ihnen zu chreiben. Und nicht nur dann, wenn es sich ei ihnen um Bekannte aus langjährigem, ge-einsamen Studium handelt. Kritische Aufmerk-

samkeit, ja geradezu Überempfindlichkeit gegenüber einer Justiz mit einer derart dunklen, blutigen Vergangenheit ist für einen Demokraten in diesem Lande fast schon eine Pflicht! Eine Justiz, die im Sommer 1976 den Richter Dr. Günther Schultz in Hamburg zum Vorsitzenden Richter (Senatspräsident) vorschlagen kann, der bis 1945 an mindestens 15 "Rassenschande"-Urteilen beteiligt war, die den Zynismus zulassen konnte, daß dieser ehemalige NS-Richter nach dem Kriege zeitweilig über die Entschädigung von NS-Opfern befand, eine solche Justiz muß sich das schon gefallen lassen! Besonders dann, wenn sie wieder einmal die faktische Sonderbehandlung von politischen Gegnern durch überlange Untersuchungshaft, Isolation und die Einschränkung von Verteidigerrechten einführt. Gegenüber dieser Justiz kann man mir allerdings Voreingenommenheit unterstellen.

Im April 1974 legte ich die Erste Staatsprüfung für das Amt des Lehrers mit einem Wahlfach ab – seit dieser Zeit bemühe ich mich vergeblich um die Einstellung in den Schuldienst.

Als ich auf meine erste Bewerbung nur ablehnende Bescheide erhielt, ging ich zunächst als Praktikant in einen Metall-Betrieb, um ein paar Grundkenntnisse der Metallverarbeitung zu erwerben. Ich tat das auch im Hinblick auf eine mögliche Tätigkeit als Lehrer im Fach Arbeitslehre. Nebenbei erfuhr ich so auch eine Menge über die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen von Lehrlingen in derartigen Kleinbetrieben. Im November 1974 erneute Bewerbung beim Bezirksamt Neukölln – seitdem mein Versuch, dort eingestellt zu werden. Von Februar bis September 1975 arbeitete ich als Lehrer in einer privaten Sonderschule. Nachdem ich dort gekündigt hatte, war ich arbeitslos, ohne jedoch in den Genuß von Arbeitslosengeld zu kommen, da ich nicht als "berufsmäßiger Arbeitsnehmer" anzusehen sei. Gegen diesen Beschluß des Arbeitsamtes ist eine Klage meinerseits vor dem Sozialgericht anhängig. Diese Zeit der Arbeitslosigkeit und der Existenz als Sozialhilfeempfänger nutzte ich gemeinsam mit einem Freund, um eine Unterrichtseinheit für den Geschichtsunterricht zu entwickeln. Seit Mai 1976 bin ich in einer pharmazeutischen Großhandlung als Packer beschäftigt.

Natürlich sind diese drei Jahre faktisches Berufsverbot nicht spurlos an mir vorübergegangen. Am stärksten dabei ist wohl das Gefühl, die ganze Zeit in einem Wartezimmer zu sitzen und darauf zu lauern, daß sich endlich die Tür des Sprechzimmers öffnet ... Du kannst nichts längerfristig planen, weder Arbeit noch Urlaub – immer meinst du, anwesend, "verfügbar" sein zu müssen, vielleicht wirst du ja schon morgen eingestellt ... Und immer dann, wenn wieder einmal ein Bezirksstadtrat, ein Schulsenator oder ein Gericht eine in deinen Ohren positiv klingende "Entscheidung" getroffen hat, beginnt dein Puls schneller zu schlagen, scheint diese Hoffnung deutliche Konturen anzunehmen – um dann jedesmal wieder wie eine Seifenblase zu zerplatzen. Manchmal habe ich das Gefühl, mit leeren Händen dazustehen, irgendwie ohne Perspektive. Denn alles, was du anfängst, empfindest du als vorläufig, als Übergang. Denn es ist diese Ungewißheit – ist es nun ein Berufsverbot oder nur ein schmerzhaftes Einstellungsgeplänkel –, die alternative Berufsüberlegungen verhindert.

Und dann ist da das beklemmende Gefühl, zu einem "Fall" zu verkommen, nicht mehr du selbst zu sein, vielmehr Objekt vielfältiger Bemühungen: von beamteten Schnüffelnasen, die, was sie gerochen haben, als Dossier an Einstellungsbehörden weitergeben; von Schul- und Stadträten, die ihre Zweifel deiner Treue der Verfassung gegenüber auf neutrales Behördenpapier tippen lassen, auf dem vielleicht sonst die Aufforderung zur Schluckimpfung steht; deiner dich bedauernden Bekannten, denen du immer wieder die gleiche Geschichte erzählen mußt, so oft, daß die Person, von der du berichtest, jeder andere sein kann – nur nicht mehr du selbst.

Aber das ist nur die eine Seite. Ich habe in dieser Zeit wertvolle Erfahrungen machen können, die mir sonst vielleicht vorenthalten geblieben wären. Denn es ist nun mal ganz und gar nicht unter "dem Niveau" eines Lehrers, als Packer arbeiten zu gehen, selber die Auswirkungen einer sich frei nennenden Marktwirtschaft zu verspüren: praktischer Sozialkundeunterricht für den angehenden Hauptschullehrer!

Ich konnte am eigenen Leib "Rationalisierungsmaßnahmen" verspüren, als der Betrieb, in dem ich packe – für uns Kollegen zumindestens – von heute auf morgen mit einem anderen Betrieb zusammengelegt wurde. Kollegen, die oft zehn und mehr Jahre in der Firma sind, müssen nun um ihre Arbeitsplätze bangen, obwohl die Geschäftsleitung jegliche Entlassungspläne bestritt – um dann rechtzeitig zum Jahreswechsel in einem Anschlag am "Schwarzen Brett" uns allen ein gutes neues Jahr zu wünschen und gleichzeitig anzudeuten, daß eine Reduzierung der Belegschaft sich wahrscheinlich nicht vermeiden ließe. Dann die Erfahrung, daß die Geschäftsleitung des Betriebes, mit dem und in dessen Räumen wir nun "kooperieren" werden, mit Hilfe der Polizei Gewerkschaftsvertreter daran hindert, den Betrieb zu besichtigen und mit den Kollegen dort zu sprechen! Und wenn ich es bis dahin nicht genau gewußt haben sollte – jetzt weiß ich, warum und für wen ich Lehrer werden möchte!

Mehr denn je bin ich in meiner Meinung bestärkt, daß bedeutend mehr Packer in diesem Lande die Möglichkeit erhalten sollten, Lehrer zu werden! Noch nachdrücklicher trete ich für eine solche Schule ein, die z. B. die Eltern schon bei der Planung neuer Schulgebäude mitbestimmen läßt, für die es eine Selbstverständlichkeit ist, auch ihre Putzfrauen pädagogisch weiterzubilden – wie ich das etwa letzten Sommer im "roten Bologna" erfahren konnte.

Aber ich bin mir auch des fatalen Gleichklangs des Beschlusses der Ministerpräsidenten vom Januar 1972 mit dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 bewußt, in dem es heißt: "Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden." Ich weiß um die unselige Tradition der Überprüfung der Gesinnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst von den Karlsbader Beschlüssen von 1819, über die Verfolgung von Demokraten nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848, die Sozialistengesetze von 1870, die finstere Zeit des Nationalsozialismus bis zum sogenannten "Adenauer-Erlaß" aus dem Jahre 1950, der eine ausgedehnte "Säuberung" des öffentlichen Dienstes zur Folge hatte.

Und ich halte es für ein ermutigendes Zeichen, daß im Dezember 1976 allein in Berlin über 16.000 Studenten gegen die Berufsverbote auf die Straße gingen.

★

Arbeitsdienst statt ziviler Ersatzdienst?

om Bundesbeauftragten für den Zivildienst, ans Iven, ist im Ruhrgebiet bei Castrop-Rau-el eine Kaserne für Zivildienstleistende (ZDL) eplant. Dieses ist nicht der erste Versuch ur Kasernierung von ZDL. Über frühere Kaser-erungs- und Disziplinierungsversuche im ivil- (Ersatz-) Dienst und über die jetzt ge-lante Kasernierung von ZDL informiert eine okumentation "Die Entwicklung des Ersatz-enstes zum allgemeinen Arbeitsdienst". Die erschiedenen dokumentierten Fälle werden ort eingeordnet in die allgemeine Entwicklung es Zivildienstes. Diese Dokumentation soll or allem den heutigen ZDL die Kampferfah-ngen ihrer Ersatzdienst-Kollegen aus den hren 1969 bis 1973 vermittein. Gegen Ein-ndung von DM 1,-- in Briefmarken (Preis M -,50 + Porto) ist die Dokumentation erhält-h über: SOdZDL, Martin-Luther-King Haus, indelallee 9, 2000 Hamburg 13. Bei größeren estellungen: ab 10 Ex. DM/St. -.40; ab 30 Ex. M/St. -,30.

Für Fritz Lamm – dem unbeugsamen Sozialister

Oskar Negt

Wir haben bereits in der April-"links" einen Nekrolog für Fritz Lamm abgedruckt. Wenn wir an dieser Stelle auch die (überarbeitete) Rede von Oskar Negt anläßlich der Stuttgarter Gedenkveranstaltung für Fritz Lamm abdrucken, so nicht nur deshalb, weil wir bereits mehrere Anfragen von Teilnehmern der Veranstaltung erhalten haben, sondern vor allem darum, weil hier einige wichtige politische Lebenserfahrungen nachgezeichnet werden, aus denen wir alle etwas lernen können (gerade auch wir Jüngeren, die wir uns unter anderen Bedingungen als die Genossinnen und Genossen der Vorkriegsgeneration politisch sozialisiert haben). Die Herausgabe einer Sammlung von Schriften, Aufsätzen und Reden Fritz Lamms 1937 - 1977 ist in den nächsten Monaten geplant. Wir werden das Erscheinen dieser Schrift zum gegebenen Zeitpunkt in "links" ankündigen. Redaktion "links"

Fritz Lamm ist tot. Wir trauern um unseren Genossen und Freund. Aber diese Trauer kann nur Sinn haben und sie kann nur in seinem Sinne sein, wenn wir gleichzeitig darüber nachdenken, was diese so geprägte Lebensgeschichte eines aufrechten Sozialisten an individuell vernarbten geschichtlichen Erfahrungen ausdrückt und für welche Sache der jetzt abgebrochene, keineswegs abgeschlossene Arbeitsprozeß steht.

Der Tod, wie er auch ausfallen mag, ist immer ein brutales Ende, und er hat im Grunde nichts Tröstliches an sich. Auch für den nicht, der sich das Ende aller Leiden herbeiwünscht. Aber es ist ein gewaltiger Unterschied, was auf den Tod vom sinnvoll gelebten Leben abfärbt.

Manche, die im vorausgeworfenen Licht ihrer Karriere große politische Erwartungen erwecken, sind tot, bevor sie sterben. Es gibt nicht nur ein Leben vor dem Tode, sondern auch einen Tod vor dem Sterben. Fritz Lamm hat, und das ist keine Phrase für Nachrufe, sondern etwas Wesentliches seiner Biographie, nie eine Karriere erstrebt, und die vorsichtigen Versuche von Freunden, ihn von der Tageslast entfremdeter Arbeit zu befreien, um ihm mehr Zeit für seine politischen Aufgaben zu verschaffen, sind vermutlich nicht ohne sein unbewußtes Zutun gescheitert. Er ist, mit einer kurzen Ausnahme, einfacher kaufmännischer Angestellter geblieben und hat, als Betriebsratsvorsitzender seit Mitte der fünfziger Jahre, das Vertrauen seiner Arbeitskollegen ununterbrochen genossen. Auch das ohne Privilegien, denn die Freistellung erreichte ihn erst im hohen Alter. Stellt man seine vielseitige Intelligenz, seine intensive literarische Bildung und seine persönliche Ausstrahlungskraft in Rechnung, so mußte diese Verweigerung des beruflichen und politischen Aufstiegs denjenigen, für die bereits ein Zehntel dieser menschlichen Ausstattung ausreichte, um an ihm vorbei bis in die obersten Entscheidungsetagen von Partei und Gewerkschaften zu gelangen, als unverständliches Selbstopfer, wenn nicht gar als Narretei erscheinen. In der Tat gab es nicht wenige, die an ihm skurrile Züge eines Sonderlings entdeckten, die ihn in seinen wirklichen Absichten undurchschaubar zu machen schienen. Er sammelte Todesanzeigen, um an deren verräterischer Sprache, vom Blickpunkt des gesellschaftlichen Randes her, Wesentliches über die Lebenszüge der Gesellschaft zu enthüllen. Er zitierte gerne die klassische Literatur, ja er hat, wie wir jetzt wissen, selber an einem Roman gesessen, in dem er seine individuellen Probleme zu verarbeiten suchte. Dabei hat Fritz Lamm keineswegs den Einzelkämpfer gespielt, den schulmeisterlichen Besserwisser in Theorie und Erfahrung, der in *allen* Organisationen aneckt und der seine persönliche Identität weitgehend aus der Feindschaft der von ihm Verachteten und Bekämpften gewinnt, von bornierten Bürokraten, politischen Hochstaplern und perspektivelosen Pragmatikern. Ausgestattet mit einem instinktiven Gefühl für die Langwierigkeit von Lernprozessen, hat er den Zusammenhang mit den Massenorganisationen, in denen er die Loyalität großer Teile der Arbeiterklasse gebunden sah, – was er zuweilen heftig kritisierte, wofür er jedoch auch die soziologischen Gründe anzugeben verstand – nie leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Man lese die kleine, von ihm selber zusammengestellte und herausgegebene Broschüre "Briefwechsel mit der SPD" nach, um zu sehen, mit welcher Verbissenheit und List Fritz Lamm darum kämpfte, nicht grundlos, d. h. ohne begründeten Nachweis eines Satzungsverstoßes, aus einer Partei hinausgeworfen zu werden, der er 1929 als Achtzehnjähriger beigetreten war und der er sich seitdem zugehörig gefühlt hatte. Die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei mit der im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die bereits 1961 die Schatten eines innerparteilichen Radikalenerlasses vorauswirft, ist für viele Einzelne das Ende der Illusion, man könne mit dieser Partei sozialistische Ziele verwirklichen oder sie wenigstens auf solche Programmziele festlegen, leitet gleichzeitig aber eine Entwicklung ein, die in der Protestbewegung der Jugendlichen und der Studenten ihren wirksamsten Ausdruck gefunden hat – frühes Symptom für das, was sich in der gegenwärtigen Krise an antikapitalistischem Potential sammelt und was sich an Basisinitiativen *neben* und *außerhalb* der Großorganisationen entfaltet.

Fritz Lamm hat diesen, mit antikommunistischen Schreckbildern dekorierten Unvereinbarkeitsbeschluß des SPD-Parteivorstandes von Anfang an entschieden bekämpft. Er, für seine Person, schlägt vor und hofft, der Baden-Württembergische Parteivorstand, der seine Aktivitäten und seine Haltung näher kennt, werde das angedrohte Ausschlußverfahren gegen ihn "wegen Geringfügigkeit einstellen", weil er doch nur ein "kleiner Parteisoldat (sei), der bestenfalls mal in einer Stadtbezirksversammlung seine Meinung äußern kann, was niemanden – und wo sie niemanden erschüttert".

Aber man versteht seine Andeutungen da oben nicht. Man legt ihm Bescheidenheit als Opportunismus aus und erwartet insgeheim, daß er sich von seinen Genossen des Sozialistischen Bundes, der sich dem aus der SPD ausgeschlossenen SDS als eigenständige, ihn politisch und materiell unterstützende Organisation zuordnet, trennen werde. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, schreibt Fritz Lamm deshalb 1963 an den damaligen Landesvorsitzenden der SPD, Alex Möller: "Ich weiß, daß Loyalität zu Gesinnungsfreunden und das Bekenntnis zu ihnen und ihrem geistigen Standort, daß freundschaftliche Bindung und Solidarität einen Menschen zu Handlungen und Schritten veranlassen, die man im praktischen Alltagsleben wohl als dumm, weil möglicherweise unopportun, bezeichnen kann. Ebenso wie vor zwei Monaten kann ich nur wiederholen, daß es für mich bestimmte charakterliche Faktoren gibt, die auch von der Anerkennung der Notwendigkeit von Taktik nicht berührt werden die ich auf die Dauer gesehen für wirksamer halte als die Schlauheit des Alltags".

Es ist eben diese Dummheit der Schlauen, die die eigentümliche Dialektik der Geschichte ausmacht, und sie ist das gerade Gegenteil von dem was Hegel und Marx die List der Vernunft genannt haben. Denn diese charakterlichen Faktoren, von denen hier die Rede ist, drücken kein blo moralisches Prinzip aus, die Haltung hier stehe ich, ich kann nicht anders Moral in diesem Sinne ist ein *politisches* Prinzip; sie ist die Selbsgewißheit von einer geschichtliche Aufgabe, die man nicht heute s und morgen so wenden kann, d vielmehr durch radikale materialis sche Analyse der Gesellschaft eben so vermittelt ist wie durch die b harrliche Identität eines Willens, d auf revolutionäre Umwälzung me schenunwürdiger Zustände ausgeh der aber auch weiß, daß dieser lan wierige, von produktiven und häufig noch von unproduktiven Umwege durchsetzte Prozeß ohne absolu Vertrauenswürdigkeit derjenigen, d ein bißchen mehr als die andere wissen, ohne Loyalität und Solidarit aller Beteiligten nicht zum Erfolg fü ren kann.

Weniger denn je ist die sozialistisch Gesellschaft das absolut Jenseitig der bestehenden Gesellschaft. D Erwartung, die radikale ökonomisch und politische Umwälzung werde au sich heraus auch einen neuen Me schen erzeugen, wenn er nicht sch hier im Widerstand gegen den Kapit lismus im Entstehen begriffen ist, trügerisch. "Wir sind uns bewußt, da eine echte Erneuerung der sozia stischen Bewegung nur möglich se wird, wenn auch neue Mensch dazu kommen. Wir wollen daher wi der und wieder versuchen, uns b sonders an die großen Kreise d durch Traditionen nicht belastet Jugend zu wenden".

Gewiß, niemand ist bei Anlässen, w dem heutigen, von der gefährlich Neigung ganz frei, die betrauerte Pe son zu stilisieren und Töne ein falschen Pathos einzumischen. I kenne jedoch keinen Sozialist deutscher Sprache der älteren Gen ration, der, wie Fritz Lamm, so wen Grund gehabt hat, über einen groß und wechselvollen Zeitraum, von d Weimarer Zeit über den Faschism bis zur westdeutschen Nachkrieg gesellschaft, sich von dem zu dista zieren, was er einmal gesagt u getan hatte. Ich glaube nicht, d es einen "sozialistischen Charakte gibt, der sich überall bewährt u einfach durchhält, vergleichbar jen über alle Korruptionsanfälligkeit dur die Welt erhabenen Weisen, über d Brecht spottete; aber es gibt so

Broschüre über Verteidigerausschlüsse

Zum Thema Verteidigerausschlüsse und Anwaltsverfolgung ist jetzt eine umfassende Dokumentation von Frank Rühmann: "Anwaltsverfolgung in der Bundesrepublik 1971-1976" im Verlag Neue Politik, Hamburg, erschienen. Der erste Teil dokumentiert die Kampagne gegen die Rechtsanwälte seit 1971. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den zentralen Vorwürfen und untersucht die dahinterstehenden unterschiedlichen Auffassungen von einer rechtsstaatlichen Verteidigung. Im dritten Teil wird schließlich versucht, das vorgelegte Material in einen politischen Zusammenhang einzuordnen.

was wie ein überall waches Bewußtsein, eine politische Erfahrungsfähigkeit, die ihre Identität gerade darin gewinnt, daß sie die Widersprüche der Realität nicht nur aushält und *erträgt*, sondern *austrägt*, nach ihrer produktiven Seite hin anerkennt und erarbeitet.

Aber was bedeuten hier überhaupt Kontinuität und Identität, was bedeutet die Unkorrumpierbarkeit des Veränderungswillens, der sozialistischen Gesinnung und die Verlebendigung des Marxismus, die von alledem unabtrennbar ist?

Die Suche nach politischer Identität und organisatorischer Verbindlichkeit scheint heute bei großen Teilen der jüngeren Generation Westdeutschlands, die eine an positiven Orientierungen arme Übergangssituation vorfindet und bis ins Mark ihrer Lebenszusammenhänge hinein von der Krise betroffen ist, Energien in Anspruch zu nehmen, die den wirklichen Klassenkämpfen verlorengehen. Der Abgrenzungswahn von Fraktionen der Linken, die mit avantgardistischen Monopolansprüchen auftreten und meist weniger einen Überzeugungs- als einen gegenseitigen Vernichtungswillen an den Tag legen, was mit der Klärung von Positionen nichts mehr zu tun hat, zehrt einen erheblichen Teil der kollektiven politischen Arbeitskraft auf, die auf den gemeinsamen Klassengegner zu richten wäre.

Aber alle diese Versuche, durch sektiererische Abgrenzungen, durch theoretische Scheinklarheit und durch eine an der Realität vorbeilebende Durchhaltemoral Identität in einem Rande herzustellen, das in keiner Einsicht eine ungebrochene revolutionäre Geschichte oder auch nur eine ins Gewicht fallende neuere Widerstandstradition hat, erweisen sich als gefährliche Restbestände bürgerlicher Ideologie. Denn die *geistige* Suche nach einer Identität, die es in der materiellen Organisation der Gesellschaft wie in den kämpferischen Massen nicht gibt, ist ein bestimmendes Moment des deutschen "Nationalcharakters" seit Jahrhunderten.

Fritz Lamm weiß um die Schwerkraft und das bittere Erbe der deutschen Geschichte, er weiß, was es für politische und geistig-kulturelle Folgen hat: drei gebrochene, auf der Strecke gebliebene Revolutionen, der große Bauernkrieg, 1848 und 1918; zwei Weltkriege; eine durch und durch gelungene Gegenrevolution, in den zerstörerischen Ausmaßen des Faschismus. Es ist deshalb kaum zufällig und nicht nur von symbolischer Bedeutung, daß er in dem ersten der Diskussionsbriefe vom Juni 1949, mit dem er Gleichgesinnte zur Selbstverständigung über die neuen Bedingungen sozialistischer Arbeit auffordert, Anfangs- und vorläufigen Endpunkt der deutschen revolutionären Entwicklung an zwei Namen festmacht, die prägenden Einfluß auf eine politische Existenzweise haben: Thomas Münzer und Rosa Luxemburg. Er zitiert einen Satz aus der Marx-Broschüre von 1916, im Gefängnis entstanden, von dem er meint, er wäre vor 33 kaum aufgefallen. Doch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben".

Diese Sätze an den Anfang der politischen Aufbauarbeit zu stellen, bedeutet nicht Resignation. Es ist das nüchterne Bewußtsein darüber, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn sie die *wirklichen* Ausgangsbedingungen ihres Kampfes in jeder geschichtlichen Phase neu durchdringt und begreift. Diese Nüchternheit und Konkretheit der Lagebeurteilung definiert den kategorischen Imperativ, sich nichts vorzumachen und sich nichts vormachen zu lassen. "Wenn wir, Du und ich," schreibt Fritz Lamm in einem der Münzer-Briefe, "heute beginnen würden, die ehrlichen und anständigen, die gutwilligen jungen und alten Genossen zu sammeln, so müßten wir so phrasenlos und so einfach wie nur möglich sprechen."

Die Einsicht, daß der Kleinkrieg von Fraktionen am Ende politisch nutzlos und menschlich ruinös ist, bestimmt bereits den ersten der Thomas-Münzer-Briefe, der den ein volles Jahrzehnt umfassenden intensiven Gedankenaustausch zwischen Sozialisten einleitet. Als 1950 die erste Nummer der "Funken" erscheint, formuliert er diese Erkenntnis als Leitsatz, an den er sich bis zu seinem Lebensende hält. "Wir lehnen es ab, neue Parteien oder Gruppierungen innerhalb der bestehenden Arbeiterorganisationen gründen oder vorbereiten zu wollen. ... Wir wissen, daß wir nicht mehr sind als Funken, die sich weiterhin bemühen werden, das große Feuer zu entfachen, das Altes verbrennen und Neuem leuchten soll".

Daß diese Bescheidenheit in der Formulierung des Beitrages, den eine relativ kleine, von allen Großspendern abgeschnittene Gruppe konsequenter Sozialisten zur Erneuerung der sozialistischen Bewegung zu leisten vermag, gleichwohl nicht verhindern konnte, ihm den Vorwurf der Wühlarbeit und Fraktionsmacherei einzutragen, hat Fritz Lamm nicht überrascht und auch nicht getroffen. Dieser Vorwurf ist völlig aus der Luft gegriffen. Tatsächlich kann man selbst jene fast legendäre Versammlung linker Sozialdemokraten, die 1958 auf Initiative der "Funken" zustande kommt und sicherlich, ein Jahr vor deren Selbstauflösung, den Höhepunkt ihres politischen Einflusses darstellt, nicht in die Schablonen von Fraktionsarbeit pressen. Um das zu verstehen, muß man Fritz Lamms spezifischen Begriff von politischen Lernprozessen und sein Verhältnis zu Organisationen ansprechen. Sozialisten haben, anders als Kirchenmitglieder oder Angehörige von Sekten, Organisationen nicht als Einrichtungen zu verstehen, denen man sich mit Haut und Haaren verschreibt; für sie sind sie vielmehr kollektive Instrumente, mit denen die Überwindung der Klassengesellschaft vorangetrieben werden soll. Die Fetischisierung der Organisation ist die abstrakte Kehrseite der Auffassung, der Sozialismus werde sich von selbst, durch das Wirken spontaner Gesetzmäßigkeiten, herstellen.

Damit Organisationen ihren *Mittel-*

NEU BEI TRIKONT

„Staatsfeind, der ich bin..."

Ein Lesebuch

POLITISCHE JUSTIZ IN SELBSTZEUGNISSEN UND DOKUMENTEN
Hrsg. von Helmut Ortner

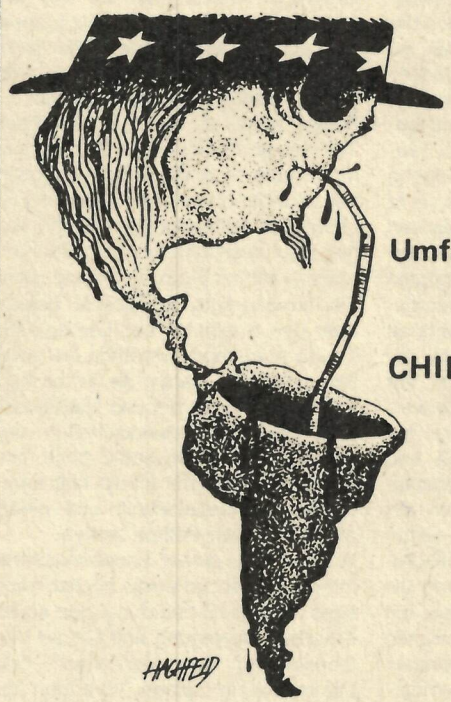
In den hier zusammengefaßten Texten und Beiträgen schildern unmittelbar Betroffene ihre Auseinandersetzung mit einer politischen Justiz, die in Deutschland eine lange Geschichte hat. Weimarer Zeit, Faschismus, Nachkriegsjahre bis heute: die Repression gegen Sozialisten, Demokraten, Andersdenkende hat Kontinuität.
Aus diesen exemplarischen, subjektiven Schilderungen von Betroffenen ist über Rolle und Funktion dieser politischen Justiz mehr zu erfahren als aus seitenlangen, oft abstrakten Justizanalysen.
Texte und Beiträge von: Ernst Toller, Max Hoelz, Rosa Luxemburg, Heinz Brandt, Luise Rinser, Elfriede Kautz, Hans Christian Ströbele, Peter Paul Zahl.
Grafiken und Collagen von: George Grosz, John Heartfield, Jürgen Holfreter u.a.
ca. 180 Seiten ca. 12 Mark

Josephsburgstr. 16 **TRIKONT** 8000 München 80

CHILE-NACHRICHTEN

BERICHTE UND ANALYSEN ZU LATEINAMERIKA

Solidaritätspreis 2.00 DM



Umfassende Information über Lateinamerika
— nicht ohne die CHILE-NACHRICHTEN

Die CHILE-NACHRICHTEN bringen monatlich:

Dokumente, Berichte und Analysen über Wirtschaft und Politik, Repression und Widerstand in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas, über die Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika, sowie über die internationale Solidaritätsbewegung.

Jahresabonnement DM 30,-; Vorauszahlung auf das Sonderkonto des Komitees „Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nr. 38 00 87-108, Berlin (W), Kennwort: Neuabo. Bezugsbedingungen für Mehrfach-Bezieher auf Anfrage.
CHILE-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. 030/ 31 35 065

und *Vermittlungs*charakter jedoch erhalten können, damit sie lebendig bleiben und nicht in eine bürokratische Maschinerie des bürgerlichen Staates absacken, bedarf es vieler einzelner, die auf Grund einer radikalen materialistischen Analyse der Bewegungsgesetze der bestehenden Gesellschaft und der Überzeugung der praktischen Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft in jedem Augenblick die *Gesamtinteressen* der Arbeiterklasse zur Geltung bringen.
Der Standpunkt, von dem aus Fritz Lamm argumentiert, von dem aus er erziehen, Meinungen koordinieren, Bedürfnisse artikulieren und Erkenntnismaterialien vermitteln will, beruht auf einer Art *überfraktionellem Bewußtsein*, in dem die Gesamtbewegung mit den konkreten, einzelnen Alltagsproblemen der Menschen am Arbeitsplatz verknüpft ist. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Stationen, die Schwerpunkte seiner politischen Aktivität ausmachen: zunächst die langjährige Arbeit in der SPD, konstant bleibend die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften und bei den Naturfreunden (bei denen er sich wahrscheinlich menschlich am wohlsten fühlte und wo er sicherlich die größten Lehrerfolge hatte), Anfang der sechziger Jahre zunehmende politische Orientierung am SDS und der Außerparlamentarischen Opposition, Ostermarsch, Notstandsopposition, schließlich Sozialistisches Büro. Keine Organisation kann ihn völlig für sich reklamieren und besetzen.
Fritz Lamm versucht als Einzelner Ernst zu machen mit der Sache, die mit den so häufig strapazierten und mißbrauchten Sätzen aus dem Kommunistischen Manifest gemeint sein könnte: daß nämlich die Kommunisten keine *besondere* Partei gegenüber den Arbeiterparteien seien, daß sie keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen vertreten, daß sie schließlich keine besonderen Prinzipien aufstellen, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Dabei hat es Fritz Lamm bewußt vermieden, nur an den sogenannten *objektiven* oder emanzipatorischen Interessen anzuknüpfen und die Organisation der entfremdeten, aber nicht weniger elementaren Bedürfnisse den anderen, z. B. der Bewußtseinsindustrie Springers, zur Manipulation und politischen Verwertung zu überlassen. Wenn er auf diese unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse mit äußerster Genauigkeit einging, dann allerdings in der Überzeugung, daß sie sich in einem offenen politischen Diskussionsprozeß artikulieren, daß sie dadurch die Stumpfheit und Begrenztheit des rein Privaten verlieren und öffentlichen Ausdruck gewinnen in Protesten, Streiks, Betriebsbesetzungen, Widerstandshandlungen ganz unterschiedlicher Art, daß sie, mit einem Wort: am Ende nicht bleiben, was sie sind.
Das setzt freilich eine revolutionäre Geduld voraus, die den Zorn gegen das unmittelbare Unrecht aufbewahrt und sich doch nicht in bloßen Vertröstungen befriedigt. Fritz Lamm hat sich in vielen Artikeln der "Funken" und in Vorträgen immer gegen den scheinbar plausiblen, in Wirklichkeit aber von Herrschaftsinteressen diktierten Einwand zur Wehr setzen müssen, daß *zu viel an Diskussion*, zu viel Problematisierung eigener und fremder Positionen die Arbeiter nur verwirre und bei ihnen klare Handlungsorientierungen verhindere.
Es ist richtig: ihm fehlte das Vertrauen auf die langfristige, d. h. auf die *geschichtliche* Bedeutsamkeit von Abstimmungssiegen, auf den Erfolg, den man in Vorstands- und Mehrheitsentscheidungen kleidet, um mit der Sache schnell fertig zu werden und zur Tagesordnung zurückkehren zu können – wie es geübte Praxis in den sozialdemokratischen Parteien ebenso wie in den kommunistischen der Dritten Internationalen war und überwiegend auch noch heute ist. Dieses Mißtrauen ist ein Erbteil Rosa Luxemburgs, die Gewißheit, daß Organisationsentscheidungen eine reife Frucht ausgetragener Konflikte und das *Ende* eines öffentlichen Überzeugungskampfes sein müssen, um einen spürbaren Beitrag zur Emanzipation der Menschen leisten zu können. In diesem *Austragen* der Widersprüche liegt nicht nur ein Prinzip des dialektischen Denkens, sondern es bestimmt gleichzeitig den humanen Wesensgehalt der sozialistischen Demokratie. Fritz Lamm war sich wohl dessen bewußt, daß die Zeitstruktur politischer Lernprozesse eher etwas mit den langwierigen Vorgängen von Kindererziehung zu tun hat als mit der technischen und industriellen Zeitökonomie, mit dem Bau von Straßen oder Brücken, wie sie von den vereinigten Bürokratien aller Länder gerne auf Prozesse der Willens- und Bewußtseinsbildung übertragen wird.
Gewiß ist vieles, was ich hier anspreche, von der Person Fritz Lamms nur schwer abtrennbar. Wie jeder gute Lehrer – und er war ein guter Lehrer und ein großer Redner –, nimmt auch er einen wesentlichen Teil seiner Fähigkeiten, die sich gerade in der lebendigen Erziehungsarbeit an einer erheblichen Zahl von jüngeren Sozialisten bewährten und sich hier wohl auch in manchen Fällen fortsetzen, mit ins Grab. Ich meine damit die ausgeprägte Sensibilität gegenüber den *Subjekten* des Lernens, die für ihn Ausgangs- wie Endpunkt einer Bildungsarbeit waren, die er bis kurz vor seinem Ende bei den Naturfreunden, bei den Gewerkschaften und überall da, wo er sonst noch eingeladen wurde, mit einem fast asketischen Lebenszuschnitt und einem aufklärerischen Pathos betrieb.
Was wir aus dieser Erziehungsarbeit lernen können, ist etwas höchst Wichtiges für die Erneuerung der sozialistischen Bewegung und für die Verlebendigung des Marxismus. Fritz Lamm hat in seinen Vorträgen die spürbare Neigung gehabt, der Dialektik, die häufig zu einem klappernden Gerüst von Haupt-, Grund- und Nebenwidersprüchen heruntergekommen und vielfach auch in der Linken zu einer Summe von Leerformeln entpolitisiert ist, den *ursprünglichen Sinn des Dialogs*, der nüchternen und rationalen Verständigung der Menschen über ihre ureigenen Angelegenheiten zurückzugeben. So hat er wohl auch die Funktion der "Funken" verstanden; sie bilden keine Zeitschrift im traditionellen Sinne, sondern sind Koordinationsstelle für einen permanenten Briefwechsel, die Grundform der Verständigung und des dialogischen Umgangs mit Menschen, wie sie Fritz Lamm verstanden und, viele werden sich daran erinnern, über eine lange Zeit hinweg mit ermutigenden Neujahrsbriefen zur Lageeinschätzung praktiziert hat.

Ein Mißverständnis wäre es jedoch, würde man aus dieser Dialogform die Hälfte des Widerspruchs und die Unversöhnlichkeit der Konfrontation, wenn es die Sache erforderlich machte, entfernen. Im Gegenteil: Fritz Lamm hat sich gegenüber zu großem Einverständnis meist quergelegt, ist gegen den Strom geschwommen, wenn er sah, daß Positionen durch Vereinseitigung abstrakt und deshalb politisch wirkungslos zu werden drohen. Sein Verhalten könnte man, in Analogie zur musikalischen Satztechnik, bei der die einzelnen Stimmen selbständig gegeneinander geführt werden, *kontrapunktisch* nennen.

Als sich die Neue Linke konstituierte und mit einem Sprung über Marx hinauszugelangen dachte, schrieb er den Artikel "Der alte Marx und die Neue Linke", in dem er aufzuzeigen versuchte, wie sehr diese neue Bewegung der Marxschen Kategorien bedarf, um sich als sozialistische begreifen zu können. Als sich die antiautoritäre Strömung siegessicher gab, rückte er den Gesichtspunkt von Organisation und Zentralisierung ins Blickfeld. Bereits in einer Veranstaltung des nächsten Tages hat er, wie berichtet wird, denjenigen gegenüber, die auf ihre alten Organisationserfahrungen pochten und die Neue Linke als Strohfeuer zu ignorieren versuchten, entschieden den *neuen* Geist der Protestbewegung der Jugendlichen und der Studenten verteidigt.
Fritz Lamm, der mehrfach Verfolgt und Diskriminierte, mit persönlichen Problemen, die im Grunde keine anderen als die der Gesellschaft sind, als konsequenter Sozialist und als Jude in einem Lande, in dem sich Vorurteile gegenüber Minderheiten verschoben, nicht aber aufgehoben haben, hat nie wirklich resigniert. Rudolf Ketzer und Thomas Münzer, seine Pseudonyme, drücken etwas von der Person aus, die dahinter steht. Wenn Bloch einmal sagt, das Beste am Christentum sei, daß es Ketzer hervorgebracht habe, so gilt Ähnliches auch für Parteien und andere Großorganisationen. Fritz Lamm war ein Ketzer, mit dem Bewußtsein allerdings, daß gesellschaftliche Bedingungen hergestellt werden müssen, die Ketzer dieser Art nicht mehr nötig haben.
Das ist ein langer Weg. Das Tagesprogramm hat er anders formuliert: "In unserer Zeit haben Atomenergie und Elektronik begonnen, neuerdings die ganze Gesellschaft umzuwälzen. Wollten wir nur nachbeten, was einst (unter Voraussetzungen der Dampfmaschine) geschrieben wurde, so würden wir keine 'Neue Linke', sondern eine schlechte,, dogmatisierte, sektiererische und unfruchtbare Neuauflage der alten Linken sein. Den Sozialismus aus unserer Zeit mit unseren Erkenntnissen neu zu begründen, das ist die entscheidende Aufgabe der sozialistischen Intelligenz, sei sie nun an den Hochschulen oder an den Drehbänken oder an den Rotationsmaschinen."
Ich meine, Fritz Lamm hat uns für die Bewältigung dieser Aufgabe viele Beispiele gegeben.

Arbeitstagung "Heimerziehung"

Das Redaktionskollektiv "Info Sozialarbeit" veranstaltet am 25./26. Juni 1977 eine Arbeitstagung zur Heimerziehung im Kölner Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum. Wir wollen dazu beitragen, daß die Diskussion über die Heimerziehung wieder aufgenommen wird, die nach den Heimkampagnen Ende der sechziger Jahre abgerissen ist. Die ehemals versprochenen Reformen sind weitgehend ausgeblieben. Die wenigen Modelleinrichtungen haben in erster Linie Alibicharakter als Aushängeschilder der Verbände.
Um Möglichkeiten zu diskutieren, aus dieser Sackgasse herauszukommen und gemeinsam handlungsfähig zu werden, müssen Erzieher und Sozialarbeiter ihre Sache selber in die Hand nehmen. Wir meinen, daß eine solche Diskussion hautnah an den täglichen Erfahrungen ansetzen sollte und z. B. folgende Problemkreise aufgreifen müßte:
– Erfahrungsaustausch über Stellenpläne, Dienstpläne, hierarchische Einstufungen, Überstunden, Nachtdienst etc.,
– Möglichkeiten des Austausches unter den Kollegen am Arbeitsplatz, pädagogische Konzept Fortbildung, Supervision,
– Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit und der neuen Volljährigkeitsregelungen auf die Jugendlichen und die pädagogische Arbeit,
– psychische Belastungen aus dem Spannungsfeld zwischen der eigenen Lohnerziehersituation und der solidarischen Betroffenheit gegenüber den Kindern und Jugendlichen,
– Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisierung in Betriebsgruppen.
Wir halten es für sinnvoll, wenn auch Berater aus Jugendwohngemeinschaften an der Tagung teilnehmen. Für den Herbst planen wir einen Info mit dem Schwerpunktthema "Heimerziehung".
Um rechtzeitig einen Überblick zu bekommen und evtl. noch Material zu verschicken, bitten wir die interessierten Gruppen und Einzelkämpfer sich anzumelden bei Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Jugendrevolte und Linke in Italien

Detlev Claussen/Heinrich Grün

e heftigen Straßenschlachten von om und Bologna im Februar und ärz haben Erinnerungen an die oßen Auseinandersetzungen von 968 und 1969 geweckt. Man spricht n einer "neuen Studentenbewe- ng". Und schon tauchen auch die en ideologischen Rezeptionsmuster der BRD-Linken wieder auf, der ythos Italien feiert Urstände. Wäh- nd sich die interessierten Beobach- des "Compromesso storico", des CI und der gesamten "eurokommu- stischen Bewegung" weigern, den derspruch zwischen gesellschaft- nen Auseinandersetzungen und rteistrategie zu begreifen und die CI-Politik zu einem hierzulande ein- ch zu imitierenden "Beispiel" oder lodell" ideologisieren, begeistern ch andere an den gewaltsamen ebellionen und sehen darin ein Wie- raufleben der Kämpfe der späten chziger Jahre und "Vorbild" für e eigene Politik zugleich (vgl. zur tik dieser Mythologisierung der ita- nischen Klassenkämpfe die letzte nks").

e Ausgangsbedingungen scheinen eich, aber sie sind doch sehr ver- nieden: national wie international, onomisch wie politisch haben sich e Dinge verändert. Während die dentischen Aktionen von 1968, e sich gegen die gesellschaftliche agnation der italienischen Gesell- haft richteten, neue Initiativen und mpfpotentiale in der Arbeiterbewe- ng weckten, hat die ökonomische d politische Blockierung Italiens ute die Interessen sich auseinan- rentwickeln lassen. Die totale Blok- de der Bildungsreform, die weit utlicher als in der BRD akademische oletarisierung mit der Perspektiv- igkeit proletarischer Jugendar- tslosigkeit verknüpft, hat den Wi- rspruch zwischen ökonomischer se und Langsamkeit parlamentari- her Politik und Veränderungen die Spitze getrieben. Neben der h seit 1968 kontinuierlich verschär- den Misere im Ausbildungswesen ht der Versuch der Rückeroberung erbetrieblicher und gesamtgesell- haftlicher Machtpositionen durch herrschende Klasse, gegen den italienische Arbeiterbewegung en schwierigen und mit Kompromis- n verbundenen Verteidigungskampf rt. Ohne nationale politische Ein- ßnahme ist aber dieser Kampf nicht führen, während nicht nur für Studenten, sondern auch für die sige Zahl vor allem jugendlicher beitsloser die Wahrnehmung ihrer eressen nur auf der Straße zu lie- n scheint. Die objektive Perspek- osigkeit eines bloßen Konfronta- nskurses, der gesellschaftliche Koa- nen schon für die Abkehr vom volutionären Weg" hält, findet sei- Kehrseite in der heftigen Ableh- nung dieser Art der Politik durch die in Parteien organisierte Linke, die – und das gilt nicht nur für den PCI, sondern auch für die Parteien der radikalen Linken, d. h. für PDUP, Lotta continua und Avanguardia operaia – nach den Straßenkämpfen von Bologna und Rom sich eingestehen müssen, das Jugendproblem in sträflicher Weise vernachlässigt zu haben.

Aus Protest gegen miserable Studien- und Existenzbedingungen in den bis zum Bersten überfüllten italienischen Universitäten (es gibt zur Zeit in Italien über eine Million Studenten) und gegen die Pläne des christdemokratischen Unterrichtsministers Malfatti, mittels Zulassungsbeschränkungen, Wiederherstellung der alten Professoren-Privilegien und ähnlichen "Reformen" endlich "Ruhe und Ordnung" an den Hochschulen zu schaffen, finden seit Anfang dieses Jahres in allen Uni-Städten zahlreiche Aktionen statt. In der ersten Hälfte des Februars werden die meisten Universitäten des Landes von Studenten besetzt.

Rom

Trotz dieser über das ganze Land hinweg stattfindenden Proteste findet der Beginn der spektakulären Bewegung in Rom statt, und das ist kein bloßer Zufall. In Süditalien sind die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche des italienischen Kapitalismus in einer Weise zugespitzt, verdichten sich zu einer explosiven Situation in Permanenz. Man erinnere sich an die blutigen Ereignisse von Reggio Calabria vom Sommer 1970. Die in der Landwirtschaft beschäftigte aktive Bevölkerung Italiens ist von noch fast 30% im Jahre 1961 auf mittlerweile unter 15% gesunken (Corriere della sera, 20.3. 77) – ein Exodus, der im städtischen Randproletariat als grauenhaftes Massenelend wiederzufinden ist. Und seit mit der internationalen Krise und einer hohen Arbeitslosigkeit auch in Norditalien die klassischen Wege der Arbeitsemigration aus dem Süden nach Norditalien und -europa verstopft sind, akkumulieren sich die Widersprüche im Mezzogiorno.

Schon 1972 stellte ein Bericht des Arbeitsministeriums für Italien die weitaus größte Jugendarbeitslosigkeit in der EG fest: 700.000 Jugendliche zwischen 14 und 29 sind arbeitslos; der Anteil von Diplomierten und Promovierten betrug schon damals 40% (L´Unità, 26.10.72). Eine kürzliche Studie von Luigi Frey ergab für Anfang 1976 1,2 Mio. jugendliche Arbeitslose, davon 425.000 mit Uni-Diplom und 105.000 mit Doktorhut (Praxis Nr. 12, Febr. 1977). Und diese Misere hat sich inzwischen noch dramatisch verschlimmert, insbesondere im Mezzogiorno. Denn hier bot ein Studium trotz der hohen Akademikerarbeitslosigkeit noch am ehesten die Chance, überhaupt irgend eine Art von Arbeit zu erhalten – eine Chance, die mit der jetzigen Krise und dem Studentenboom minimal geworden ist. Die Verzweiflung über die berufliche Perspektivlosigkeit, die von Tag zu Tag zunimmt, ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen Studentenbewegung, die eben als Teil einer massenhaften Revolte arbeitsloser Jugendlicher keine reine Studentenbewegung ist. Daß bei den an den Rand der Gesellschaft gedrängten arbeits- und perspektivlosen Jugendlichen des städtischen "sottoproletariato" im Süden ein enormes Potential für eruptiven Protest, wütendes Aufbegehren, Bandenwesen (vgl. die Sumpfblüten der Entführungs"industrie"), individuelle oder kollektive Kriminalität liegt, versteht sich von selbst. Auch politisch können in diesem Klima einer sich dissoziierenden Gesellschaft Hoffnungslosigkeit und Apathie schnell in gewalttätige Wut der Verzweiflung umschlagen – nur die politisch blinde Fetischisierung jeder "Bewegung" und jeder "Militanz" redet sich ein, dabei könne es sich in Italien a priori nur um linke Revolten handeln.

Eine letzte Zahl noch: allein in Rom studieren nach neuesten Schätzungen über 170.000 Studenten – in universitären und sozialen Einrichtungen, die ursprünglich für 20.000 Studenten konzipiert waren (Le nouvel observateur Nr. 645, 22.3.77). Zu diesem objektiven materiellen Elend Zehntausender von Jugendlichen in den und außerhalb der Universitäten kommen spezifische politische Probleme hinzu. Die italienische kommunistische Partei (PCI) erzielte bei den Regionalwahlen vom 15. Juni 1975 und den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 gerade im Süden und in Mittelitalien beträchtliche Stimmengewinne auf Kosten der Christdemokraten. Dabei bedeutete gerade Rom mehr als bloße Wahlgewinne. Denn nicht nur war "ein rotes Rom" im Land des Papstes für diejenigen, die vom DC-Regime profitieren oder es umsonst für die gottgewollte gesellschaftliche Ordnung halten, *das* Schreckgespenst, *der* Ausdruck für den beginnenden Untergang des christlichen Abendlandes – sondern

"Kommunisten auf dem Kapitol" bedeutete für die Ausgebeuteten und Verelendeten besonders des Südens auch *das* Symbol aller Hoffnung auf Veränderung. Den Einbrüchen des PCI in die bisher uneinnehmbar scheinenden Bastionen des christdemokratischen und ultrarechten Wählerpotentials entspricht jedoch weder eine historisch entstandene soziale Basis (industrielle Unterentwicklung des Südens!), noch eine politisierte und kampferfahrene Mitgliederbasis, wie sie der PCI in Teilen des Nordens besitzt. Sein Problem, "Regierungspartei" und "Partei des sozialen Konflikts" in einem zu sein, sein zu müssen, stellt sich deshalb im ganzen Süden noch weitaus schwieriger, als es eh schon ist. Gleichzeitig steht der PCI aber seit den Wahlen gerade im Süden unter einem riesigen Erwartungsdruck seiner neuen Wähler, der sehr schnell Enttäuschung, Resignation und Verzweiflung Platz machen und politisch in konterrevolutionäre Bewegungen umkippen kann. Ein Stück dieser Ambivalenz breiter gesellschaftlicher Schichten dem PCI gegenüber ist jetzt sichtbar geworden in der Römer Studentenbewegung. Denn diese richtete sich zu Anfang dieses Jahres nicht nur gegen Malfattis Pläne und die allgemeine Misere, sondern zugleich wesentlich gegen die bewaffneten Einfälle neofaschistischer Kommandos in die Universität (das gibt's im ganzen Süden noch immer!). Das heißt, sie war wesentlich antifaschistisch. Zugleich artikulierte eine Minderheit in der Römer Protestbewegung, die sogenannten "Autonomen" – in Rom um die ursprünglich von Manifesto-Dissidenten herausgegebene Zeitschrift "Rivolta di classe" gruppiert –, schon früh schroffe Kritik an PCI und Gewerkschaften, in denen man nichts als Bestandteile des Systems, sozialdemokratische Erfüllungsgehilfen des Kapitals sah. Die "Analysen" und strategischen Einschätzungen der "Autonomen" gipfelten im höhnischen Reden vom "Kabinett Berlinguotti" oder gar in der verstiegenen Forderung, es komme jetzt in Italien alles darauf an, "Berlinguer in Kerenski und nicht in Noske zu verwandeln" (so "Rivolta di Classe", zit. nach Praxis, Heft 13, März 1977). Daß der PCI einerseits die Regierung stützt (Andreottis Kabinett wird treffend als "Regierung des Nicht-Mißtrauens" bezeichnet), andererseits ihm aber die Möglichkeit des zentralen Regierungsapparates zur Durchsetzung einschneidender Strukturreformen fehlen – eine politische Situation, die Veränderungen seit der Bildung der Regierung im Sommer letzten Jahres blockiert –, verleiht dieser begriffslosen Kritik den Anschein von Plausibilität. Umso mehr, wenn man die angedeuteten übergroßen Erwartungen an unmittelbar spürbare Veränderungen und die relativ geringe Zahl von erfahrenen Kadern im PCI im Süden berücksichtigt. Der ideologische und politische Einfluß der "Autonomen" auf die gesamte Römer Protestbewegung stieg im selben Maß wie der PCI selber in der neuen Bewegung nicht nur nicht präsent war (schon am 9. Februar mußte die Jugendorganisation FGCI dies selbstkritisch eingestehen), sondern zugleich die Zeichen der neuen Bewegung allzu lange nicht verstand, die Parolen der "Autonomen" für den Inhalt der Bewegung selbst nahm und als Werk von "Provokateuren", als "faschistisch", "squadristisch" und "antikommunistisch" usw. denunzierte. Erst als es zu spät war, holte er – von außen – zur Gegenoffensive aus, um verlorenes Terrain wettzumachen. Am 18. Februar erschien Luciano Lama, Generalsekretär der größten italienischen Gewerkschaft CGIL und namhaftes PCI-Mitglied, mit mehreren hundert Gewerkschaftern in der besetzten Universität von Rom, um zu den Studenten zu sprechen. Nach einer wilden Schlägerei zwischen Studenten und Gewerkschaftern – als "neue Bullen" verhöhnt – wurde Lama schließlich vom Campus verjagt. Daraufhin holte der Rektor, der dem PCI nahesteht, die Polizei. Und der christdemokratische Innenminister Cossiga verkündete, er lasse "Italien nicht zum Wilden Westen werden" (was ihm den Spitznamen "Sheriff Cossiga" eintrug) und ordnete die polizeiliche Räumung der besetzten Hochschule an. Wie der verbissene Antikommunist Karl Korn in der FAZ Lamas Auftritt hämisch kommentierte: "Da fiel das Wort, jetzt müsse endlich Ordnung in die Universitäten gebracht werden, damit wieder ernsthaft gelernt werden könne. Basta!" (FAZ, 22.2.77), so versuchten auch Innenminister Cossiga und andere christdemokratische Scharfmacher, die durchschnittenen Fäden zwischen PCI und jugendlichem Massenprotest dazu zu benutzen, beide zugleich zu treffen und zur autoritären Gegenattacke überzugehen. Deshalb bildeten die spektakuläre Vertreibung Lamas und die Reaktionen darauf den Auftakt und ersten Höhepunkt einer Reihe von weiteren Auseinandersetzungen zwischen Studenten (und anderen Jugendlichen) und den Ordnungskräften, zu denen seither allzu umstandslos auch PCI und Gewerkschaften gerechnet wurden.

Bologna

Nichts wäre falscher, als einzelne polemische Kommentare der PCI-Zeitung "Unità" über die neue Studentenrevolte oder das psychologisch und politisch zumindest ungeschickte Verhalten von Lama zu verwechseln mit der Politik des PCI insgesamt. Er reagierte weitaus widersprüchlicher, als die es sich zu einfach machende These von der "Versozialdemokratisierung" des PCI – die nicht nur von Lotta continua oder den verschiedensten "Autonomie"-Gruppen in Italien, sondern auch von Genossen hierzulande vertreten wird (nur als Beispiel: der KB im "Arbeiterkampf" Nr. 86 v. 23.8.76) – es wahrhaben will. Zwei Tage nach dem Lama-Rausschmiß übte der PCI offen Selbstkritik. Statt von "Provokateuren" und "verbrecherischen E
menten" mußte er jetzt den Pro
der Studenten als "berechtigt
begründet" anerkennen und ein
stehen, sich um die Probleme
Jugend zu wenig gekümmert zu
ben – ohne allerdings von
entschiedenen Kritik an den r
taristischen Gruppen der Beweg
abzugehen. Und Bruno Trentin,
Chef der italienischen Metaller-E
heitsgewerkschaft FLM (eine der
flußreichsten und gewerkschaftsp
tisch fortgeschrittensten Gewe
schaften), namhafter PCI-Repräs
tant nicht minder als Lama, ließ
sich nicht nehmen, Vertreter der S
dentenbewegung einzuladen zu
nem Arbeiterdelegierten-Treffen
9. März in Florenz. Die gemeinsa
Diskussion kam zustande – t
aller antikommunistischen und a
gewerkschaftlichen Parolen gro
Teile der Studentenbewegung, die
den Römer Vorfällen nicht müde w
den, die italienischen Gewerksch
ten gleichzusetzen mit Pinoch
Panzern. Das Treffen in Flor
bleibt ein vielversprechender Anfa
löst keineswegs die Probleme. D
zunächst kommt es noch einmal
harten Konfrontation, und zwar aus
rechnet in Bologna, der Musters
erfolgreicher PCI-Verwaltung.
Bei einer von der rechten, der
nahestehenden Organisation "Co

Evangelischer Kirchentag 8.-12.6.1977

• 11.6. Treffen des Arbeitsfeld "Kirche" Halle 1 im Markt der Mö lichkeiten:
In Fortsetzung der Diskussion a dem Antirepressionskongreß s len diskutiert werden
– Erfahrungsberichte der arbeite den regionalen Gruppen,
– Funktion überregionaler Arb
– Projekte.
• 10.6. Hallenveranstaltung "Me schenrechte bei uns":
Von 10.30 - 12.30 Uhr werden ei Straßentheatergruppe, Expert und Betroffene über die Them "Arbeitslosigkeit, Ausbildungs tuation, Berufsverbote – Vera wortung der Kirche – alternat Modelle gegen die Disziplinieru durch Arbeitsentzug" informier und diskutieren.
• Thema Arbeitslosigkeit:
Die Hannoveraner Gruppe der E (Evangelische Arbeitnehmerscha die sich seit 1 1/2 Jahren mit d Problem der Arbeitslosigkeit (sp ziell Erwachsenenarbeitslosigk auseinandersetzt und in der beitslose und noch Beschäftigte sammenarbeiten, wird auf d diesjährigen Kirchentag einen formationsstand einrichten. Neb der allgemeinen Information s er der Kontaktaufnahme und d Erfahrungsaustausch zu bzw. arbeitslosen Kollegen und Arbe loseninitiativen dienen.
Nähere Informationen/Interess ten, die noch an der Vorbereitu mitarbeiten wollen, wenden sich das AF Kirche c/o Sozialistisch Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

22 v. Greiff: Abbildtheorie / Müller: Kinderaufzucht im Kapitalismus / Hopf, Hopf: Kritik der Klassenanalyse des PKA / Itoh: Krisentheorie bei Marx / Buddeberg und Damus: Herrschaft in „nachkapitalistischen" Gesellschaften / Schultz: Bäuerliche Interessenvertretung (1) — 22

23 Blanke: Zur innerlinken Auseinandersetzung / Massarrat: Linksbürgerliche Analysen der „Energiekrise" / Betriebspolitik bei Osram / Mänicke-Gyöngyösi: Kultur und Alltagsleben in der SU / Altvater, Zeuner: Sontheimer-Kritik / Schultz: Bäuerliche Interessenvertretung (2) — 23

24 Schaile: Der Arbeitskampf der Druckarbeiter 1976 / Hildebrandt, Olle, Schoeller: Kritik des syndikalistischen Internationalismus / Deutschmann: Das Elend systemtheoretischer Krisenanalyse / Krause: Die allgemeine Struktur des Monopols / Dudek: Engels und das Problem der Naturdialektik — 24

25 Seifert: Bundestagswahl 76 / Schmollinger, Stöss: Bundestagswahlen und soziale Basis der Parteien (1) / Berger: Historische Sozialbewegung und heutige Arbeitsemigration in Südspanien / Stamatis: Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate / Penk, Thörmer: Reformismus u. Aufstieg — 25

26 Schwerpunkt: Parteien, Bündnispolitik / Zeuner: SPD und Gewerkschaften / Brandt: Einheitsfront und Volksfront in Deutschland / Altvater, Genth: Eurokommunismus und Wirtschaftskrise in Italien / Schmollinger, Stöss: Bundestagswahlen (2) / Hildebrandt: Kap. Betriebspolitik 74/76 — 26

Prokla: einzeln 9 Mark, im Abonnement 7 Mark, über Buchhandlungen oder den Verlag: Rotbuch, Potsdamerstr. 98, 1 Berlin 30. Jahresabo (4 Hefte): 28 Mark plus Porto

Rotbuch Verlag

Wandgemälde an einer Architektur-Fakultät

one e liberazione" provozierten seinandersetzung mit linksradi- en Studenten und einem darauf genden Polizeieinsatz wird der -jährige Genosse Francesco Lorus- Mitglied von Lotta continua, schossen. Am 11. März, exakt en Tag, nachdem der Pro- ß über die ehemaligen Minister i (DC) und Tanassi (Sozialdemo- t), beide bis zum Hals im Sumpf s Lockheed-Bestechungsskandals ckend, zu Ende gegangen war. liegt auf der Hand, daß die ita- nische Rechte ein Interesse daran , der Öffentlichkeit zu demonstrie- , daß der PCI nicht in der Lage die "Basis" zu kontrollieren und uhe zu garantieren". Insofern die genattacke ausgerechnet in Bo- na stattfindet, hat der PCI "schon endwie recht, wenn er von Provo- ion spricht", schreibt Jean-Marcel uguerau in der "Libération" (Zit. nach "Pflasterstrand" Nr. 7, 6.4.77), nicht gerade bekannt als U-Boot des PCI.

In Bologna stellen sich die gesellschaftlichen und ideologischen Auflösungsprozesse, die die ökonomische Krise mit sich bringt, anders dar als in den Elendsquartieren und -vorstädten von Rom oder Neapel. Nicht nur erhielt der PCI bei den letzten Wahlen hier 52% der Stimmen, die Sozialisten 11%; die kommunistische Stadtverwaltung hat in Bologna seit Jahren ein "Modell" geschaffen, das weit über die italienischen Grenzen hinaus als Schaufenster des PCI gilt. Die Emilia Romagna, die erste große rote Region Italiens, ist mit ihren leistungsfähigen roten Kooperativen, Bauernverbänden und mit ihrer erfolgreich praktizierten Zusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse, Bauern und Kleinunternehmern nicht nur die klassische Hochburg des PCI, die fast ein Drittel aller seiner Mitglieder stellt, sondern hier ist der "historische Kompromiß" weitgehend Realität geworden. Die Reform des öffentlichen Dienstes, der städtischen Verkehrsmittel und -tarife, die Schaffung von Kindergärten, Mensen, ärztlicher Versorgung etc. haben in Bologna soziale Zustände geschaffen, die von Rom oder Neapel aus gesehen utopisch anmuten. Bologna ist eine der wenigen italienischen Städte, in denen es seit Kriegsende keinen Toten in Straßenschlachten gegeben hat, man hat geradezu vom "sozialen Frieden" in dieser Stadt gesprochen. Die neue Studentenbewegung hat in diesem Klima eine andere Physiognomie als in Rom, Neapel oder Palermo, wo das existentielle Überleben eine zentrale Rolle einnimmt. Bologna ist der Wallfahrtsort der sogenannten "Metropolitan-Indianer", in denen radikale Bedürfnisse nach neuen Qualitäten von Leben und Liebe ihren spielerischen, mitunter verspielt vor-politischen Ausdruck finden. Dieses Indianerspielen knüpft nicht nur an die situationistisch-surrealistischen Züge der Protestbewegung der 60er Jahre mit ihren happenings an, zugleich kommt in ihr ein infrastruktureller scene-Zusammenhang auf den Begriff. Gesamtgesellschaftliche Isolierung erzeugt Lagermentalität, sich nach außen abschottendes in-group-Verhalten, das sich kaum noch gesellschaftlich und politisch vermittelt – wie man es in ersten Ansätzen auch aus einigen großen deutschen Universitätsstädten kennt. Das läßt sich schon an der Sprache festmachen, etwa, wenn eine Zeitung einer der "Autonomie"-Gruppen Bolognas den Titel trägt: "Endlich ist der Himmel auf die Erde herabgekommen: das ist die Revolution". Und dieser scene-Zusammenhang ist nicht klein, Bolognas Universität – die älteste Europas – zählt immerhin über 60.000 Studenten (bei 490.000 Einwohnern), d. h. fast dreimal soviele wie etwa Frankfurt! Deren Frustrationen richten sich gegen eine traditionelle Linke, die hier seit Jahrzehnten das Sagen hat und die deshalb mehr als anderswo als Teil des Systems erscheint. Die Forderungen von Studenten und Jugendlichen nach Veränderungen, nach einem qualitativ neuen Leben richten sich hier deswegen fast ebenso unmittelbar gegen den PCI wie – aus ganz anderen Gründen – im Süden. Aus der Ablehnung der "Politik der Politiker" konnte gerade in Bologna die subjektivistisch-irrationalistische Kritik der Politik überhaupt werden. So schrieb die Bologneser "Autonomie"-Zeitung "A traverso" im März: "Wer hat denn gesagt, daß die Politik der Ort sei, wo die Befreiung, der Kommunismus sich realisiert?" (Zit. nach Praxis Nr. 13, März 1977). Die Jugendmisere wird von Indianern und "Autonomen" kurzatmig gedeutet als Ausfluß einer "reformistischen" Strategie – als ob die Geschicke Italiens (und das weiß der PCI seit der Resistenza) nicht weitgehend außerhalb Italiens entschieden würden. Der Internationale Währungsfonds, der im März die Kreditvergabe von 530 Mio. Dollar an Italien von drakonischen Bedingun-

SZ München **Über eine Italienreise**

rch die Reise nach Pontedera fften wir, die bislang doch ziem- n abstrakte Konfrontation unse- 'Bücherwissens' mit der ita- nischen Realität durch die Aus- andersetzung in Gesprächen zu änzen. Vor allem zur eigenen rarbeitung unserer Erfahrungen ben wir Protokolle angefertigt er die Treffen mit Vertretern der tallergewerkschaft FLM, Frauen- ppen (UDI und autonome), PCI- kretären (Provinz, Sektion), Leh- n und dem Bürgermeister der dt. Um über unseren Verdau- gsprozeß hinaus vor allem die SZ-interne Diskussion voranzutreiben, haben wir Artikel über die ökonomische Situation Italiens, die Geschichte des PCI, den historischen Kompromiß und die Bedeutung Gramscis für den PCI verfaßt, die zugleich erste Resultate unserer längerfristig konzipierten 'Italien-Arbeit' sind. Auf Grund reger Nachfrage haben wir uns zum Nachdruck dieses Infos (50 S., DM 3,-- incl. Porto) entschlossen. Bestellungen an: Internationalismus-Gruppe, SZ München, Heßstraße 80, 8000 München 40. ★

olle&wolter

G. Armanski, B. Penth, J. Pohlmann
Lohnarbeit im öffentlichen Dienst der BRD
Staatstreue oder Klassenkampf?
358 Seiten DM 19.80

★ **Die neue Broschüre vom Aktionskomitee gegen Berufsverbote:** *Gewerkschaften und Berufsverbote* / 80 Seiten – DM 4,–

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE ☆
Eine Auseinandersetzung mit dem Archipel GULag und weitere Beiträge
100 Seiten, DM 7,80

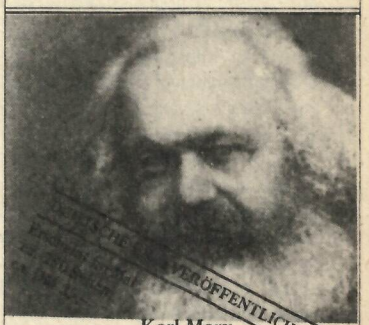
KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE ★
Beiträge des internationalen Marxismus

In den jeweiligen Schwerpunktheften (Länderstudien) werden in der 'KRITIK' Brennpunkte der internationalen Klassenkämpfe kommentiert.
Auf Revolutionseuphorie wird verzichtet zugunsten kritischer Analysen der jeweiligen sozialen und ökonomischen Strukturen, aus denen die Perspektive der Kämpfe gewonnen, aber auch deren Grenzen angegeben werden können.

Bisher erschienen: **Nr. 1 – Widersprüche und Funktion der Theorie von Bettelheim. Nr. 2 – Imperialismus und Unterentwicklung. Nr. 3/4 – Reform und Revolution in Portugal. Nr. 5 – Portugal - Grenzen der Revolution. Nr. 8/9/10 – Spanien – Die zweite Revolution:** Beiträge zu Bürgerkrieg, Franco-Regime, Wirtschaftskrise, Militärapparat, Arbeiterbewegung, KP Spaniens. **Nr. 11/12 – USA, Südafrika;** Beiträge von Armanski, Sam Mhlongo, u. a.

Das nächste Heft – **Nr. 13, Italien** – behandelt zwei zentrale Aspekte der gegenwärtigen Situation Italiens: die politische Kräftekonstellation im Inneren und die ökonomische Situation des Landes vor allem im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Abhängigkeit, um der Frage nachzugehen, inwieweit unter den gegebenen Verhältnissen eine alternative Nationalpolitik, wie sie die PCI anstrebt, überhaupt möglich ist, bzw. wo ihre Grenzen liegen.
Beiträge von Krippendorf, Flores, Moretti u. a.

Einfachheft DM 6.–; Doppelheft DM 9.–; Dreifachheft DM 15.–; Abo, 4 Nr. incl. Porto DM 21.–



Karl Marx
DIE GESCHICHTE DER GEHEIMDIPLOMATIE IM 18. JAHRHUNDERT
ÜBER DEN ASIATISCHEN URSPRUNG DER RUSSISCHEN DESPOTIE

Die Brisanz des Marx-Textes und der darin enthaltenen Problemstellungen liegt darin, daß in der scheinbar spezialisierten Diskussion über die Analyse der russischen Produktionsverhältnisse und Überbauformen die Grundlagen für eine radikale Neuinterpretation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, des Stalinismus – samt seiner ideologischen Zersetzungs- und Abfallprodukte – gelegt werden, die über eine ideologiekritische Position hinausgeht und zu der Frage vorstoßt, ob nicht in den russischen Produktionsverhältnissen und ihrer Einbettung in den Weltmarktzusammenhang die Tendenz zu Formen der ökonomischen und politischen Despotie angelegt ist.

— ☆ —

Mit einem ausführlichen Kommentar von D. B. Rjasanov: „Karl Marx über den Ursprung der russischen Vorherrschaft in Europa".

— ☆ ☆ —

Mit einer Einleitung von Bernd Rabehl: „Die Kontroverse innerhalb des russischen Marxismus über die asiatischen und westlich kapitalistischen Ursprünge von Gesellschaft, Kapitalismus und zaristischem Staat in Rußland".

— ☆ ☆ ☆ —

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

gen abhängig machte, bewies das ebenso wie die massiven ökonomischen Interventionsdrohungen Kanzler Schmidts nach Puerto Rico im vergangenen Jahr (die sozialdemokratisch-"weiche" Variante offen ausgesprochener militärischer Interventionsdrohungen, wie sie von US-Präsidenten und NATO-Generälen bekannt sind). Diese objektive Abhängigkeit des PCI und der Gewerkschaften von internationalen Kräfteverhältnissen nicht zu sehen, gehört mit zur Fetischisierung unmittelbarer Gewalt, wie sie einige Gruppen der "Autonomen" und des scene-Zusammenhangs betreiben. Weder ist der PCI einziges Subjekt der italienischen Gesellschaft, das man für alles im Lande verantwortlich machen könnte, noch besteht der Unterschied zwischen "Reformismus" und "revolutionärer Politik" einzig in der Frage der Gewalt.

Der Tod Francesco Lorussos führte in Bologna zu einem gewaltsamen Wutausbruch, wie ihn diese Stadt seit Kriegsende noch nie erlebt hatte: "Kein Schaufenster der wunderschönen Boutiquen und Delikatessenläden überlebt" (Pflasterstrand Nr. 6, 16.3.77). In den folgenden Tagen befindet sich die Stadt in einem Quasi-Belagerungszustand: Panzerwagen, Helikopter und Tausende von schwer gerüsteten Carabinieri. Innenminister "Sheriff Cossiga" zeigt hier – an einem ihm gewiß nicht unliebsamen Ort – die Flagge des autoritären Staates. Die PCI-Verwaltung sieht sich vor ein fait accompli gestellt und überläßt vorerst das Feld denjenigen, die "Krieg führen" (so Bürgermeister Zangheri).

Am 13. März findet eine landesweit mobilisierte, zentrale Studentendemonstration in Rom statt, die durch die Erschießung Francesco Lorussos zusätzlich angeheizt worden ist. Es kommt zu stundenlangen heftigen Kämpfen der an die 100.000 Studenten und Jugendlichen mit der Polizei. Die DC beeilt sich, im Parlament eine Gesetzesvorlage "über die Verteidigung der öffentlichen Ordnung" einzubringen, der die Schließung der Lokale linksradikaler Gruppen und zahlreicher linker "freier Radiostationen" vorsieht. Im Senat verlangt Fanfani gar die Proklamierung des Belagerungszustandes und kritisiert die Regierung seines Parteigenossen Andreotti als zu lasch. Bedrohliche Tendenzen.

Die linken Parteien und die neue Bewegung

Inzwischen versuchen PCI und Gewerkschaften, die militanten Gruppen vom Rest der Studentenbewegung zu isolieren. Sie verurteilen die Hetzparole der "Autonomen", "Bologna ist rot vom Blut des Genossen Francesco", als Ausdruck eines reaktionären Komplotts und halten sich fern von der Beerdigung Lorussos. Am 16. März mobilisieren sie dann – zusammen mit allen Parteien, außer den Faschisten – zu einer der größten Kundgebung, die Bologna je gesehen hat: 200.000 Demonstranten fordern "demokratische Ordnung und Sicherheit". Der PCI hat damit das Heft des Handelns wieder in der Hand. hat es der militanten Studentenbewegung ebenso wie der Polizei – die jetzt den Belagerungszustand aufhebt – entrissen. Trotz aller höhnischen Parolen gegen den "Reformismus" der traditionellen Arbeiterbewegung ist sie allein in der Lage, wie sie in der Nachkriegsgeschichte wiederholt bewiesen hat, allen reaktionären Tendenzen, die Demokratie in einen autoritären Staat zu verwandeln und sie damit ihrer Substanz zu berauben, wirksam entgegenzutreten.

Die "Ordnungsdemonstration" in Bologna war keineswegs, wie einige Gruppen meinten, bloßer Ausdruck der Komplizenschaft der beiden "Ruhe- und Ordnungsparteien" DC und PCI. Vielmehr geht es dem PCI gerade darum, reaktionäre Tendenzen auch in der DC selber zu isolieren. Fürs erste erfolgreich; aber weder ist damit die Attacke der Reaktion, die es auf die Zermürbung der sozialen Basis des PCI abgesehen hat, bereits endgültig abgewehrt, noch das beinahe vollständige Auseinanderfallen von Jugendrevolten und traditioneller Arbeiterbewegung aufgehoben. Hier stellen sich dem PCI, den Gewerkschaften enorme Probleme. Darüber hinaus aber auch den Parteien der radikalen Linken, PDUP/manifesto, Avanguardia operaia und Lotta continua. Die organisationsinternen Auseinandersetzungen, Spaltungen und Neugruppierungen der letzten Zeit, die damit zusammenhängen, daß man sich als Konkurrenzpartei zum PCI definieren wollte, haben dazu beigetragen, daß politische Parteien der Linken und Revol-

Info Gesundheitswesen "Pflege im Krankenhaus"

Für den Herbst 1977 ist die Herausgabe eines Info mit dem Schwerpunktthema zur Situation im pflegerischen Bereich im Krankenhaus geplant. Neben Erfahrungsberichten aus den Krankenhäusern, sollen die Probleme der Gewerkschaftsarbeit und des Ausbildungsbereiches behandelt werden.

Kolleginnen und Kollegen, die mitarbeiten wollen, wenden sich an das Arbeitsfeld Gesundheitswesen c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

3.-Welt-Gruppen

Auf einem Treffen der Dritten-We Gruppen aus allen Teilen des Bu desgebietes in Frönsberg/Iserlo einigten sich die Teilnehmer dara ein zentrales Informations- und A tionsforum zu bilden. Zum Grü dungskongreß vom 30.9. - 2. 1977 in Bonn sind insbesonde alle kontinuierlich an der Bas arbeitenden Aktionsgruppen e geladen. Ausführliche Unterlag erhältlich bei: Informationszentru Dritte Welt, Weißenburgerstraße 2 4600 Dortmund 1.

te nicht nur nebeneinander her, so dern gegeneinander sich entwick konnte. Lucio Magri und Rossa Rossanda haben offen eingestand (vgl. il manifesto v. 15.3.77), d hier viel versäumt wurde, und d jetzt die Herstellung eines brei und unitarischen antikapitalistisch Blockes dringendste Aufgabe s Dazu gehört eine mühsame politisc Kleinarbeit in den sozialen Bewegu gen selber, die aufgrund der Selb traditionalisierungstendenzen der P teien der radikalen Linken zu k gekommen ist. Insofern haben ebenso wie der PCI, der glaub Jugend- und Studentenprobleme a deren überlassen zu können, da beigetragen, daß sich die neofasc stische Zeitung "Il seculo" begeiste an "dieser frischen Welle von A kommunismus", die erstmals seit l gem wieder durchs Land gehe. (nach L´espresso, 27.3.77).

NEU IM TRIKONT-VERLAG

MÄNNERWIRTSCHAFT oder die Schwierigkeiten mit der Emanzipation in der Praxis.

Wie sieht es aus, wenn Männer die Hausarbeit übernehmen? Welche Probleme treten auf, wenn alleinstehende Männer Kinder haben, gar noch Töchter? Wie sieht das Nichtehelichenrecht aus? Wie werden Schwule damit fertig, daß ihre Beziehungen nicht von dem gesellschaftlichen Auftrag der Kindererziehung bestimmt werden? Wie lösen sie die Rollenverteilung.

ca. 120 Seiten ca. 10 Mark

BOB MARLEY und die Musik der Rastas.

Reggae, die populäre Musik der Karibik seit den 60er Jahren, ist das Sprachrohr der unterprivilegierten Jamaicaner geworden. Sie wird inzwischen auch bei uns kapitalintensiv vermarktet. Bob Marley, der bekannteste Interpret, ist zu einer weltweiten Kultfigur geworden, in dem einige weiße Journalisten so etwas wie den braunen Bob Dylan sehen möchten und aus dessen Liedmaterial sich bereits etliche Popstars verwertungshalber ein paar Hits gepickt haben.

ca, 80 Seiten ca. 7 Mark

Jerry Rubin: DO IT! Szenarios für die Revolution

263 Seiten 10 Mark

AUTONOMIE IN ITALIEN 1973 - 1977

Aufsätze von Toni Negri

ca. 180 Seiten ca. 15 Mark

David Dickson, ALTERNATIVE TECHNOLOGIE und Strategien der technischen Veränderung.

Bis heute haben die technischen Fähigkeiten der Menschheit keine effektiven Lösungen für die dringensten Weltprobleme gefunden. Die hemmungslose Vernichtung der natürlichen Umwelt und die radikale Ausbeutung der Vorräte an Rohstoffen begründen die Notwendigkeit einer alternativen Technologie. Die Möglichkeiten, die Dickson aufzeigt, reichen von der Nutzung der Sonnenenergie zur Beheizung von Häusern bis zu neuen Formen organischer Landwirtschaft.

ca. 250 Seiten ca. 20 Mark

Arno Münster, ARGENTINIEN – Guerilla und Konterrevolution

Entwicklungsgeschichte der sozialen Auseinandersetzung von den peronistischen Anfängen bis heute.

246 Seiten 15 Mark

Victor Serge GEBURT UNSERER MACHT

Historischer Roman, übersetzt von Peter Paul Zahl

240 Seiten 15 Mark

Gisela Bock, Die „andere" Arbeiterbewegung in den USA von 1905 - 1922 (I.W.W. – The Industrial Workers of the World)

200 Seiten 15 Mark

TRIKONT

Josephsburgstr. 16 8 München 80

Zur Situation in Portugal

Zur wirtschaftlichen Lage und Regierungspolitik und zur Gewerkschaftsbewegung (Erster Teil)

Cesarina Girasol

ie ökonomische Situation in Portgal ist gekennzeichnet durch hohe reissteigerungen (1976: 14,5% ohne ieten, 30% für Nahrungsmittel in ssabon; Gazeta vom 15.1.77), Ination (1976: 25%), Arbeitslosigkeit on mehr als 450.000 (ohne die 50.000-350.000 Kolonieheimkehrer), h. mehr als 20% insgesamt, imense Auslandsverschuldung, sehr eringen Anstieg der sowieso unterntwickelten Industrieproduktion (ca. %) und niedrig bleibende Löhne. andarbeiter, d. h. 30% der Bevölerung, verdienen etwa 3.500 Esc. a. DM 270.--), 61% der Lohnabängigen verdienen weniger als 7.000 sc. (ca. 530.--DM), 96% verdienen nter 12.000 Esc. (ca. 900.--DM oletim do Ministério do Trabalho, 976), und das bei einem BRD-ähnhen Preisniveau! Preissteigerungen nd bedingt durch die ökonomischen wänge, denen sich die reformkapiistische PS-Regierung durch ihren klärten EG-Integrationskurs und der mit verbundenen Wirtschaftskonption (Billiglohnarbeit erhalten, um uslandsinvestitionen anzulocken, andel ausschließlich mit Westeuround den USA zu ungünstigen uschrelationen) unterwirft. So verhren Portugals Wirtschaft auch nach Jahren Faschismus ist, hätte es ch Möglichkeiten gegeben (z. B. n Wirtschaftsplan von Melo Antus vom Februar 1975, der verstärkn Handel mit den Dritt-Welt-Länrn und ehemaligen Kolonien, die er große Rohstoffquellen, z. B. in ngola, verfügen, vorsah), die einseie Abhängigkeit von Westeuropa satzweise aufzubrechen.

e Regierungspolitik von Preissteirungen bei gleichzeitiger hoher beitslosigkeit ist von einschneidenn Maßnahmen begleitet, gegen die n Arbeitern und Bauern nach dem .4.74 erreichten Ziele: Die "Antibeiter-Gesetze" der PS-Regierung, e auf Forderung der Kapitalfraktion und mit Unterstützung der PSD/PD und CDS verabschiedet wurden, deuten eine Wiedererlangung der chte der Arbeitgeber. Sie berechen diese zu (früher verbotenen) ndigungen aus Rentabilitätsgrün, Sabotage und Fehltagen. "Satage" kann sich auf Streik, Arbeiversammlungen und konsequente litik der Arbeiterorgane usw. beziehn. Zwar sieht das Gesetz Lohnzahlungen von 3 Monaten vor, aber ne Instanz außer der Kampfkraft r Arbeiterschaft kann dies erzwinn, da sowohl Arbeitsministerium auch Gerichte auf die vorgeschrieie Einigungspflicht beider Teile verisen.

anderes Gesetz entzieht dem beitgeber die Pflicht, den Gewerkhaftsbeitrag der Arbeiter einzuzieh, so daß die Gewerkschaften sich urplötzlich vor großen finanziellen und organisatorischen Problemen sehen. Denn es gibt weder ein entwickeltes Banksystem (der Lohn wird in bar ausbezahlt), noch Regeln oder überhaupt einen organisatorischen Apparat, der die Einziehung der Gelder gewährleisten könnte. Ebenso wurde die Normalarbeitszeit auf 40 bis 45 Stunden erhöht, sowie das Gewerkschaftsgesetz in der Weise geändert, daß es nun statt des Einheitsdachverbandes Intersindical mehrere Gewerkschaftszentralen geben kann. Nach dem Soares-Besuch in Brasilien, wo er um die Rückkehr der aus politischen Gründen emigrierten Techniker, Produktionsmittelbesitzer und Manager bat, zeichnet sich in vielen Betrieben eine Rückkehr von kurz nach dem 25.4.74 "Gesäuberten" ("Leitende Angestellte", Spitzel, Pide-Agenten, Bürgerwehr-Mitglieder) ab, ebenso wie sich die Forderungen der Ex-Besitzer von heute selbstverwalteten Firmen auf Rückgabe erhöhen. So befindet sich z. B. Champalimand (das ist die reichste Familie Portugals mit riesigem, jetzt verstaatlichtem Industriebesitz) wieder unbehelligt im Lande, obwohl ein Haftbefehl wegen Kapitalflucht vorliegt. Die Änderung des Streik-, Aussperrungs- und Kündigungsgesetzes, also deren Verschärfung, ist für die nächsten Monate vorgesehen.

Auf der Ebene der Agrarreform gibt es nach den Landentsetzungen von 101 Kooperativen weitere Angriffe (einige davon mit Polizeigewalt), so den Versuch der Staatskontrolle über die Produktionskooperativen (wird die Staatskontrolle abgelehnt, gibt es keine finanzielle Unterstützung) und das "Reserverecht" für die ehemaligen Latifundienbesitzer, also das Recht, einen Teil (wohl den besten...) der besetzten Ländereien zurückzuerhalten. Im Distrikt von Evora beziehen sich diese Forderungen auf ein größeres Gebiet als jemals besetzt wurde!

Die PC, die über großen Einfluß im Alentejo und in der Landarbeitergewerkschaft verfügt, fixiert sich völlig auf institutionelle Politik wie Parlament und Wahlen, statt konkret zu informieren und zu mobilisieren, wie es leicht durch Informationsveranstaltungen über politisch-ökonomische Zusammenhänge und Aufklärungskampagnen möglich wäre. Diese Politik steht ungebrochen in der PC-Tradition, der es nach dem 25.4.74 vor allem auf Posten in Gemeinderäten, Ministerien, Presse und Gewerkschaften ankam, anstatt längerfristig von unten Initiativen zu fördern.

Der PS-Agrarminister Lopes Cardoso, dessen relativ fortschrittliche Positionen mit der vorläufigen Machtabsicherung der Regierung auf dem Agrarsektor ausgedient hatten, trat im Dezember 1976 aus Protest zurück. Die Politik des PS-Erziehungsministers Cardia (ehemals PC-Mitglied) erinnert an Methoden in CDU-regierten Bundesländern. Obwohl es im portugiesischen Schulwesen üblich ist, halbqualifizierte (Lehrerstudenten, Studenten der Naturwissenschaften) Lehrkräfte einzusetzen, um den chronischen Lehrermangel abzubauen, entließ Cardia zu Anfang des letzten Schuljahres (Oktober 76) mehrere tausend Lehrerstudenten aus dem Schuldienst. Dies in einer Situation, in der die Schulpflicht von 6 Jahren wegen Lehrermangels nicht durchzuführen ist, die Schulabgänger oft nicht lesen und schreiben können und die Zahl der mehr als 34% Analphabeten sich nicht verringert (betr: erziehung, April 1975, S. 58), geschweige denn eine Vermittlung anderer Qualifikationen stattfindet. In einer Fernsehrede wütete Cardia gegen "Linksextremismus", "Anarchie", "linksradikale Infiltration" und "undemokratische, totalitäre Beeinflussung von wehrlosen Schülern" in den Schulen und Universitäten. Zwar waren bis Ende des Jahres bis auf 1.500 Lehrer die meisten wieder eingestellt, jedoch willkürlich in alle Ecken der Provinz, so daß die meisten Lehrerstudenten ihr Studium unterbrechen müssen, um anderweitig Geld zu verdienen. Mit diesen willkürlichen Maßnahmen will man zum einen das Problem des Numerus Clausus an den Unsiversitäten beseitigen, zum anderen mit minimaler Bezahlung der Lehrer die Verringerung des Bildungsdefizits in den Provinzen kosteneinsparend beginnen.

Mit einem anderen Erlaß wurde die Autonomie der Selbstverwaltungsorgane der Schulen und Universitäten aufgehoben, das Einstellungsrecht im Erziehungsministerium zentralisiert und den Ordinarien und Schuldirektoren "ihre" Zuständigkeit zurückgegeben (incl. Disziplinarverfahren). Dies spiegelt auf der anderen Seite eine Niederlage der Studentenvertretungen und Lehrergewerkschaft (hauptsächlich PS/PC dominiert) wider, die ohne Kampfmaßnahmen (außer zwei großen Demonstrationen) diesen schwerwiegenden Eingriff hinnahmen. Außerdem wurden drei PS-Mitglieder der Lehrergewerkschaftsführung allein wegen eines Aufrufs zur Demonstration aus der PS ausgeschlossen. In zwei Fällen (Ökonomie-Fakultät Porto und Politik/Ökonomie-Fakultät Lisboa) wurden wegen Verweigerung der Annahme des genannten Erlasses die Fakultäten über Nacht ohne Ankündigung durch die Polizei geschlossen, was für die Studenten Aberkennung des Studienjahres bedeuten kann.

Alle aufgeführten Beispiele stellen Zugeständnisse an die Rechte, also an den Druck von PSD und CDS und die direkte Lobby in Arbeitgeber- und Bauernverband dar. Gegen Kritik und Ablehnung dieser Politik in den eigenen Reihen geht die PS-Parteiführung rigoros vor: Ausschlüsse von Abgeordneten, die nicht linientreu stimmen, an die tausend Ausschlüsse insgesamt, zum Großteil in der Jugendorganisation JS, die regional (in Coimbra) gegen die Bildungspolitik agiert hatte. Dennoch ist von einer Spaltung der Partei nichts zu merken. Dazu ist sie eine zu wohl strukturierte Wahlpartei, deren Einfachst-Slogan "Vota PS" ("Wähle PS") z. B. ausreichte, die Lokalwahlen zu gewinnen.

Gegen diese Angriffe der Regierungspartei gehen die Lohnabhängigen nicht geschlossen vor, was zum Großteil durch ihr Bewußtsein und ihre Verbundenheit mit PS und PC zu erklären ist. Auch wird durch den ständigen Einfluß dieser Parteien auf die Gewerkschaften das Aufkommen bzw. die Stabilisierung von alternativen Organisationsformen behindert, wie sie z. B. in den Arbeiterkommissionen vorhanden waren. Die Gewerkschaftszentrale Intersindical, in der 80% der arbeitenden Bevölkerung organisiert sind, vertritt mehrheitlich PC-Positionen, die durch Abwiegeln von Kampfbereitschaft mit Verweisen auf Verhandlungspositionen bis hin zur zustimmenden Haltung zu einem Sozialpakt zwischen Arbeitgebern, Regierung und Gewerkschaften (konzertierte Aktion) gekennzeichnet ist. Die innergewerkschaftliche Opposition ist schwach und untereinander zerstritten. Am letzten Januar-Wochenende 1977 fand mit fast einjähriger Vorbereitung der 2. Gewerkschaftskongreß nach dem 25.4.74 statt. Hier einige Daten zu den portugiesischen Gewerkschaften: Im April 1975 wurde per Gesetz (Revolutionsrat) die Intersindical zur Dachgewerkschaft erklärt. Diese wurde 1969 in der Illegalität gegründet und verfügte gleich nach dem 25.4.74 über einen relativ gut

Parteien in Portugal

Centro Democratico Social (CDS) – Demokratisch-Soziales Zentrum
Frente Socialista Popular (FSP) – Sozialistische Volksfront
Liga de Uniao e Accao Revolucionaria (LUAR) – Liga der vereinten und revolutionären Aktion
Movimento Democratico Portugues (MDP) – Demokratische Bewegung Portugals
Movimento Esquerda Socialista (MES) – Bewegung der Sozialistischen Linken
Partido Communista Portugues (PCP) – Kommunistische Partei Portugals
Partido Popular Democratico (PPD) – Volksdemokratische Partei
Partico Socialista Portugues (PSP) – Sozialistische Partei Portugals

organisierten Apparat. Ihre Vertreter waren – und sind – fast ausschließlich in der PC organisiert, was deren stetiger Arbeit unter dem Faschismus Rechnung trägt. Andere Parteien, vor allem die erst Anfang der 70er Jahre in der BRD gegründete PS, hatten keine ausreichende Verankerung in der Arbeiterklasse. Seit Mai 1975 arbeitet nun die PS auf einen Bruch der PC-Hegemonie in der Intersindical bzw. auf eine Spaltung der Gewerkschaften (Richtungsgewerkschaften) von oben hin. Dazu benützt sie die ohne Zweifel fehlende innergewerkschaftliche Demokratie der Intersindical als Aufhänger. Im April 1976 forderten 40 Gewerkschaftsdirektoren, zum größten Teil Angestellten-Gewerkschaften (in Portugal gibt es 342 Gewerkschaften insgesamt, davon sind 192 in Intersindical), in einem offenen Brief (Carta Aberta, im folgenden als Gewerkschaftsrichtung so bezeichnet) an die Intersindical die Abhaltung eines Kongresses von allen portugiesischen Gewerkschaften, um demokratisch über neue Statuten und die Dachverbandsfrage zu entscheiden. Es folgte eine Reihe von Verhandlungen zwischen Intersindical und Carta Aberta, bis sich im Oktober 1976 die bürokratische Intersindical-Linie durchsetzte, was bedeutete: Die Vorbereitungskommission des Kongresses setzt sich aus Intersindical- und unabhängigen Gewerkschaften zusammen, aber ohne Gewerkschaften der Carta Aberta. Diese Linie verlor mehr und mehr ihren Einfluß, vor allem wegen immer deutlicher werdender Spaltungstendenzen (zwei Gewerkschaftszentralen) und ihrer Instrumentalisierung durch die PS (= keinerlei Angriffe gegen oder Kritik der arbeiterfeindlichen PS-Politik), zum anderen schrumpfte ihr Potential auf die Angestelltengewerkschaften (Banken, Versicherungen, Handels- und Büroangestellte) in den Städten Lissabon und Porto zusammen. Die Intersindical wird, wenn auch sehr kritisch, von den übrigen linken Organisationen als Einheitsgewerkschaft unterstützt.

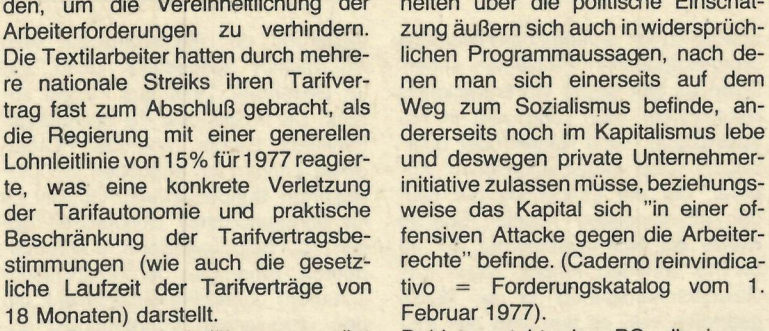
Der Kongreß aller Gewerkschaften (270 Teilnehmende) vertritt 1,7 Mio. von 2,2 Mio. Arbeiter und brachte Vorherrschaft und Abstimmungsgewinne der PC-Mehrheit in den Gewerkschaftsspitzen mit sich. Kritisiert wurde die Vorbereitungskommission sowohl von links als auch von Carta Aberta, wegen Nichtveröffentlichung von Alternativvorschlägen (Aktionsprogramme, unterschiedliche politische Einschätzungen), d'Hondtschem Abstimmungsmodus und nichtparitätischer Verteilung der Delegierten auf dem Kongreß. Der Forderungskatalog der Intersindical beschränkt sich beschwörend auf die Einhaltung der Verfassung, bezieht sich auf die Verantwortlichkeit der Arbeiter gegenüber der nationalen Ökonomie (Angebot zum Sozialpakt), Preiseinfrierung, Lohnverhandlungen (keine konkreten Forderungen), mehr Mitbestimmung. Konkrete Kampfschritte werden ausgeblendet, man hat ja die segensreiche Verfassung, die zum Sozialismus führt! Zwischen dem Programm der Zentrale und aktueller Wirklichkeit besteht ein Widerspruch, der sich in den einzelgewerkschaftlichen Kämpfen bereits niederschlägt. So befinden sich mehr als 30 Großgewerkschaften (insgesamt mehr als 1 Mio. Mitglieder) seit mehr als 1 Jahr in Verhandlungen um kollektive Branchentarifverträge (bis jetzt bestehen immer noch Berufsgruppenverträge), die jedoch ständig von Arbeitgeberseite boykottiert werden, um die Vereinheitlichung der Arbeiterforderungen zu verhindern. Die Textilarbeiter hatten durch mehrere nationale Streiks ihren Tarifvertrag fast zum Abschluß gebracht, als die Regierung mit einer generellen Lohnleitlinie von 15% für 1977 reagierte, was eine konkrete Verletzung der Tarifautonomie und praktische Beschränkung der Tarifvertragsbestimmungen (wie auch die gesetzliche Laufzeit der Tarifverträge von 18 Monaten) darstellt.

Die Gewerkschaftsführung erwägt trotz dieser Angriffe keine einheitlichen nationalen Kampfmaßnahmen;

links

sie bezeichnet solche Forderungen als "linksextremistisches Abenteurertum", das zur Rechtsdiktatur führe. Unklarheiten über die politische Einschätzung äußern sich auch in widersprüchlichen Programmaussagen, nach denen man sich einerseits auf dem Weg zum Sozialismus befinde, andererseits noch im Kapitalismus lebe und deswegen private Unternehmerinitiative zulassen müsse, beziehungsweise das Kapital sich "in einer offensiven Attacke gegen die Arbeiterrechte" befinde. (Caderno reinvindicativo = Forderungskatalog vom 1. Februar 1977).

Dahinter steht eine PC, die immer noch als salonfähiger Regierungspartner für die PS erscheinen will



und unter dieser Leitlinie ihre Po
tik ausrichtet. Wie A. Cunhal a
dem VIII. PC-Kongreß im Oktob
1976 ausführte, bedarf es, grob g
sagt, zur Verwirklichung des Sozi
lismus nur einer Regierungsbet
ligung der PC, weil diese die Ve
fassungseinhaltung garantiert und
einmal mit an der Regierung – üb
ca. 45% der Industrie, d. h. d
verstaatlichten Sektor, verfügen u
durch Staatsinterventionen eine s
zialistische Politik betreiben könn
Die bürgerlichen und repressiv
Strukturen des Staatsapparates we
den in dieser Argumentation ausg
blendet; der Staatsapparat ist p
Definition und Verfassung "demokr
tisch". Abgesehen von diesen oc
ähnlichen traditionellen Politik-Ko
zepten müssen wir uns fragen, w
aus der Basisbewegung in Portug
geworden ist. Generell kann m
deren Zerbröckelung und ihren E
flußverlust gegenüber den tradition
len Parteien damit erklären, daß
Zeit für einen politischen Lernproz
(knapp 2 Jahre) einfach zu kurz w
um sich gegenüber anderen Stru
turen zu konstituieren und zu festige
Die Basisbewegung konnte mit ihre
spezifischen Erfahrungsprozeß
Probleme, vor die sie gestellt w
nicht lösen, denn dazu bedarf
u. a. eben Zeit zur Aufarbeitung u
kollektiven Verarbeitung historisch
und aktueller Erfahrungen. Zum be
seren Verständnis dieses Prozess
soll im folgenden Abschnitt ein k
zer Rückblick auf Entstehung u
aktuelle Geschichte dieser "Orga
der Vollmacht" gegeben werden.
(Wird fortgesetzt in "links", Juni 19

IMPRESSUM

**Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Sout
rain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn
Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jan Kuhnert, Roland Roth, Jutta Rücker, Ha
fried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, (Sout
rain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatli
Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, ein
zahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokon
Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigu
der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Hono
bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim
Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abo
nieren!"; "links"-extrablatt; Prospekt "Neues von campus – Januar bis Juni 1977" mit eingelegter Best
karte "Vom Ostermarsch zur APO"; Prospekt "emanzipation – Zeitschrift homosexueller Gruppen".**

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1977 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1977 DM 25,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift